



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 118. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 24. November 2016, 11.30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

**Tagesordnungspunkt**

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- W. K., BND (Beweisbeschluss Z-52)	4
- Dr. Ansgar Heuser, BND (Beweisbeschluss Z-88)	59

\* Hinweis:

Die Korrekturen/ Anmerkungen des Zeugen Dr. Heuser sind in dem Protokoll eingearbeitet. (siehe Anlage 1). Der Zeuge W. K. hatte keine Korrekturwünsche.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Schipanski, Tankred Warken, Nina	Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Kordon, David Schrot, Jacob Wehrl, Wolfgang, Dr.
SPD	Heyer, Christian Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Harald, Dr. Hanke, Christian Diego
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Busold, Christian Hortolani, Johanna Leopold, Nils Pohl, Jörn Schlikker, Michael



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Lampe, Margit Metscher, Andreas Wolff, Philipp Neist, Dennis Pachabeyan, Maria
Auswärtiges Amt	Müller-Berner, Kai Stephen
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Karsten, Dr. Darge, Tobias, Dr. Fremke, Eva Matthes, Thomas
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch, Rüdiger
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Bruske, Petra Kirchner, Heino Unterlöhner, Ulrike, Dr.
<b>Teilnehmer Bundesrat</b>	
LV Bayern	Luderschmid, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.14 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 118. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Pressevertreter darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Es ist in den letzten Tagen ja wieder sehr viel schon geschrieben worden im Vorfeld; das hat mich sehr gefreut, insbesondere die hochinteressanten Kommentierungen und Kommentare auf Twitter. Ich hoffe, das bleibt in dieser Sitzung auch so, dass dieser Untersuchungsausschuss einen dementsprechend öffentlichen Widerhall in der Diskussion erfährt.

(Heiterkeit auf der Besuchertribüne)

- Genau die richtigen Personen fühlten sich anscheinend angesprochen.

Wir beginnen mit dem üblichen Prozedere dieser Sitzung. Bevor ich nämlich zum eigentlichen Gegenstand komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** dieser Sitzung auf:

### *Zeugenvernehmung*

- W. K., BND  
(Beweisbeschluss Z-52)
- Dr. Ansgar Heuser, BND  
(Beweisbeschluss Z-88)

- D. B., BND  
(Beweisbeschluss Z-86)

Der Beweisbeschluss Z-52 stammt vom 09.10.2014, der Beweisbeschluss Z-88 vom 07.05.2015 und der Beweisbeschluss Z-86 vom 23.04.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksachen 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugen W. K., Dr. Ansgar Heuser und D. B. Zunächst werden die Zeugen W. K. und Dr. Ansgar Heuser hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung dieser Zeugen statt. Der Zeuge D. B. wird heute ausschließlich nichtöffentlich vernommen, voraussichtlich als dritter Zeuge der nichtöffentlichen Vernehmung.

### **Vernehmung des Zeugen W. K.**

Ganz besonders darf ich jetzt - schon anwesend - unseren Zeugen W. K. begrüßen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr K., Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. November 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Herr K., Sie wurden ja bereits mehrfach, zuletzt am 20. Mai 2015, vom Ausschuss vernommen. Trotzdem werde ich Ihnen noch einmal entsprechende Vorgehensweisen, den Rahmen und auch eine Belehrung dementsprechend in Erinnerung rufen. Sie sind ja auch von einem Zeugenbeistand vertreten, sodass Sie auch fragen können. Trotzdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Dieses Protokoll wird Ihnen dann nach Fertigstellung zugestellt, und Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzu-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nehmen. Dies war ja auch bei den letzten Zeugenvernehmungen der Fall. Hat auch so geklappt, richtig?

(Der Zeuge nickt)

- Gut. Und das erübrigt dann auch meine Frage, ob Sie hierzu Fragen haben. Es funktioniert, richtig?

**Zeuge W. K.:** Mir ist das Prozedere bekannt. Keine Fragen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wunderbar. Dann handhaben wir das auch weiter. - Ich hatte den Zeugenbeistand gerade schon erwähnt. Sie sind begleitet von Rechtsanwalt Eisenberg, uns hinlänglich bekannt. Herr Rechtsanwalt, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Schön, dass Sie wieder bei uns sind.

Herr K., vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen, also die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortsetzen und Ihnen dann gegebenenfalls die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge W. K.:** Keine Fragen. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Und dazu können Sie sich dann auch immer ja mit Ihrem Anwalt beraten.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf, den Sie ja bereits kennen, kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes auch heute die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen, anschließend erhalten die anderen Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, Ihnen ihre Fragen zu stellen, und dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der jeweiligen Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. Auch dies kennen Sie bereits.

Ich darf Sie dann jetzt nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. Auch hier wissen Sie, dass bei Ihnen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle genügen.

**Zeuge W. K.:** Ja, die Initialen meines Namens sind W. K. Ich bin 51 Jahre alt. Mein Beruf ist Elektroingenieur. Ich arbeite beim Bundesnachrichtendienst, und die ladungsfähige Anschrift ist der Bundesnachrichtendienst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Möchten Sie davon Gebrauch machen, ein Eingangsstatement heute abzugeben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Nein, Herr Vorsitzender, möchte ich heute nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich es so handhaben, dass wir direkt mit den Fragen der Fraktionen beginnen, um auch dementsprechend heute bei dem Zeugenprogramm im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten zu bleiben. - Und es beginnt dann die Fraktion der CDU/CSU. Ich würde mit einigen einleitenden Fragen beginnen und dann an die Kolleginnen und Kollegen weitergeben.

Gibt es seit Ihrer letzten Vernehmung am 20. Mai - ich habe es gesagt - wesentliche Veränderungen in Ihrem Verantwortungsbereich, in Ihrer Verantwortung, was Sie dementsprechend jetzt machen im BND?

**Zeuge W. K.:** Ja, die gibt es.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge W. K.:** Ich habe zusätzlich noch die Aufgabe übertragen bekommen: die Leitung der Abteilung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Gut. Dann komme ich mal zur BND-eigenen Erfassung. Können Sie uns einmal dieses Prozedere beschreiben, wie BND-eigene Erfassung mit BND-eigenen Selektoren funktioniert? Wo werden die Selektoren gewonnen? Wer - und wie - nutzt sie? Wie wandert der Selektor - - Oder um es vielleicht dann doch schon präziser zu sagen: Wie wird denn auf aktiv geschaltet oder nicht? Also, wie funktioniert das?

(Der Zeuge blickt zu  
MR Philipp Wolff (BK))

**Zeuge W. K.:** Gut, ich habe gerade nach hinten geblickt, weil ich mir etwas unsicher bin, wie weit ich hier in öffentlicher Sitzung gehen darf. Weil es ja unsere aktuelle -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Erst mal nur grob, -

**Zeuge W. K.:** - Methodik betrifft.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - dass man überhaupt so versteht: Wie funktioniert es? Wer macht was? Also, hier war oft in der Diskussion: Zwischen Zentrale und Bad Aibling, -

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - wer macht da wie was?

**Zeuge W. K.:** Also, grundsätzlich ist es so, dass unsere gesamte Fernmeldeaufklärung ja auf Aufträgen basiert, die letztlich aus dem Auftragsprofil der Bundesregierung stammen und die über unseren insofern steuernden Bereich - das ist der Geschäftsbereich 2 des Bundesnachrichtendienstes - an uns gesteuert werden. Die Aufträge sind manchmal so konkret, dass sie bereits Selektoren enthalten, manchmal auch so, dass hierzu Selektoren über die, sage ich mal, Eignungsfeststellung auf bestimmten Übertragungstrecken selbst gewonnen werden müssen. Und das machen dann die Außenstellen. Und wenn diese Selektoren dann zur Anwendung kommen, werden die Meldungen, die an den Geschäftsbereich 2 gehen, bewertet, und das ist dann, wenn Sie so wollen, über die Meldungsbewertung, das Controlling, worüber wir dann feststellen, ob die Selektoren in Ordnung waren, ob die Strecken in Ordnung waren, ob der gesamte Prozess funktioniert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt ist ja diese Anzahl der Selektoren ziemlich groß. Wie kann man denn gewährleisten, dass das, was im Topf der Selektoren ist, auch dem Auftragsprofil entspricht, dass dort nicht übersehen wird zum Beispiel, dass da G-10-relevante Selektoren sind?

Also, was ich mir immer sehr schwer vorstelle, ist, aus der großen Zahl an Selektoren da eine valide Zahl herauszufinden. Wenn ich jetzt einen einzelnen Selektor gewinne - deswegen hatte ich da so nachgefragt -, zum Beispiel aus dem HUMINT-Bereich, und gewinne eine Handynummer, da kann ich ja vielleicht mit entsprechenden Erkenntnissen klar sagen: Das ist die Handynummer vom Terroristen X oder Y. - Aber das kann ich ja anscheinend nicht immer so gewährleisten. Wie macht das der BND, dass er das kann? Also, wie funktioniert das? Weil das wäre



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja auch dann hinterher für einen Empfehlungsteil bei uns relevant, wenn man sagt: „So ganz toll funktioniert das gar nicht“, dass man das besser macht. *Wenn* es nicht toll funktioniert - - Ich wollte Ihnen das nicht in den Mund legen; aber ich habe so ein bisschen Sorge, dass das gut gemeint ist, aber nicht gut klappt.

**Zeuge W. K.:** Also, ein wesentlicher Aspekt ist natürlich die Rückmeldung des auswertenden Bereiches. Wenn Sie über den Einsatz der Selektoren Meldungen gewinnen und diese dann zur Meldungsbewertung abgeben, dann erhalten Sie ja eine Bewertung. Wenn die Bewertung so lautet: „Ist wertlos; davon brauchen wir auch nichts mehr“, ist das für Sie ja ein Zeichen, dass Sie mit diesem Selektor nicht weiterkommen oder mit diesen Selektoren, die Sie hier angewendet haben. Wenn die Bewertung natürlich heißt: „Das ist hervorragendes Material, das wird verwendet“, vielleicht sogar für die Ausgangsberichterstattung direkt, manchmal auch noch mit Hinweisen versehen: „Bitte mehr“, ist das dann der Hinweis: Dieser Selektor ist wertvoll und vor allem auch, sagen wir mal, für die nachrichtendienstliche Aufklärung relevant. - Also, im Wesentlichen ist es das.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, verstehe ich das dann so - ich überspitze jetzt mal, aber vielleicht doch in Tendenz -: Man hat erst mal einen großen Topf und erkennt eigentlich nur, ob ein Selektor da richtig drin ist, wenn es einen Treffer gibt, die Meldung erzeugt wird, und man dann erkennt: Oh, das ist ja eigentlich nicht so glücklich.

**Zeuge W. K.:** Nein, das ist vielleicht ein falsches Bild.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge W. K.:** Ich habe ja gerade eingangs gesagt: Entweder enthält schon die Steuerung an uns, der Auftrag an uns, Selektoren, woher immer die dann gewonnen wurden, vielleicht aus, weiß ich nicht, HUMINT-Maßnahmen möglicherweise, oder die Außenstelle muss sich aufgrund des Auftrags Selektoren erarbeiten; aber auch die werden ja dann zielgerichtet erarbeitet über

Metadatenanalysen zum Beispiel. Auf die möchte ich aber jetzt hier öffentlich im Detail nicht eingehen; ich bin aber bereit, in nichtöffentlicher Sitzung etwas mehr dazu zu sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja klar. Geht mir jetzt auch gar nicht um konkrete Details. Aber das erweckt jetzt den Eindruck, als wenn alle BND-internen Selektoren - und nur die hatte ich ja angesprochen - tipptopp sind. Ist das richtig?

**Zeuge W. K.:** Nein, natürlich, wo gearbeitet wird, passieren Fehler.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte schon: Da fallen Späne. - Okay. Da passieren Fehler. Da ist mal ein Fehler passiert - muss ich das so verstehen?

**Zeuge W. K.:** Jetzt muss ich dazu sagen: Ich selber war nie in der Nachrichtenbearbeitung tätig und in der Steuerung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein. Klar.

**Zeuge W. K.:** Was ich Ihnen jetzt hier berichte, berichte ich, weil ich bei der Aufarbeitung der Selektorenüberprüfung mit dabei war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, aber würden Sie aufgrund dieser Erfahrung sagen: „Da sind auch mal Fehler passiert“, was bei der großen Zahl aus meiner Sicht nachvollziehbar wäre? Ist trotzdem ärgerlich, weil es geht dann immer um Individualinteressen, aber insbesondere um Individualrechte derjenigen, die hinter den Selektoren stehen. Dann wäre das eine überschaubare Zahl. Oder sind die Fehler doch entstanden, weil man systemisch vielleicht doch hätte besser unterwegs sein sollen? Also, ich sage mal, wenn wir da jetzt von 20 Selektoren im großen Topf reden, sage ich: Ja, wo gearbeitet wird, gibt es auch Fehler. - Wenn wir jetzt von einer größeren Zahl sprechen, dann hätte ich schon die Frage, ob da nicht systemisch man besser arbeiten muss, dass die Fehler nicht passieren. Wie bewerten Sie das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Dieses ganze System ist ja gewachsen über Jahrzehnte, das System der Fernmeldeaufklärung. Und ohne dass ich jetzt hier in der öffentlichen Sitzung zu sehr ins Detail gehen möchte: Wir werden dieses ganze System umstellen. Das ist auch ein Ergebnis der Untersuchungen der PKG-Taskforce, die ja auch einen öffentlichen Bericht dazu gemacht hat, wo auch Empfehlungen abgegeben worden sind, und die vor allem Dinge festgestellt hat - - Wie soll ich hier sagen? Ich habe Ihnen gerade gesagt: Es fand ein Controlling statt. Was nicht stattfand, war tatsächlich eine -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bestandsanalyse.

**Zeuge W. K.:** - Analyse, eine Bestandsanalyse oder, wenn Sie so wollen, eine Kontrolle der eingesteuerten Selektoren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, den Eindruck hatten wir sogar noch vor dem PKGr. Genau. Okay. - Das hilft mir schon mal viel, weil die Frage ist ja nicht nur: „Was war wann wo schiefgelaufen?“, sondern: Wie können wir in Zukunft gewährleisten, dass Dinge nicht noch mal schieflaufen? Ob das absichtlich oder versehentlich passiert - - sondern dass der BND das Know-how hat, dass eben die Auswahl der Selektoren, die Prüfung, auch die kontinuierliche Revision der Selektoren so läuft, dass man mit einem hohen Grad der Wahrscheinlichkeit gewährleisten kann, dass nur die richtigen Selektoren gesteuert werden.

**Zeuge W. K.:** Ich möchte vielleicht eins noch ergänzen, weil Sie haben es vorhin erwähnt. G 10 spielt ja auch eine Rolle da. Die ganze Prüfung auf G-10-relevante Selektoren, das ist ja etwas, was wir schon seit vielen, vielen Jahren sehr genau machen, wo die Leute auch geschult werden. Die erste Weisung dazu, die ich kenne, gab es von 1979. Für den ganzen Rest der Selektoren - - Diese Abwägungen, die Sie gerade angedeutet haben, eine Kontrolle: „Ist das“, sage ich mal, „vor dem möglichen politischen Risiko korrekt, dass man den Selektor so steuert?“, diese Abwägungen fanden bislang nicht statt; das wird aber geändert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen ist es ja auch gut, dass es diesen Untersuchungsausschuss gibt. Und ich finde es manchmal schade, wenn dann gesagt wird: Da kommt nichts. - Ich finde es ganz wesentlich, dass dieser Teil, der in der Abteilung TA läuft, wenn ich es richtig sehe, auch dementsprechend sich noch mal angeguckt wird. Das finde ich gut zu hören.

Was ich mich jetzt noch frage, ist: Wie gewährleisten Sie denn, dass insbesondere die G-10-Kontrolle auch wirklich funktioniert? Wir diskutieren ja immer die Handynummern, die „de“-Adressen. Das ist alles wunderbar. Wie gewährleisten Sie es denn bei den Dingen, die nicht so offensichtlich sind? Ist es da nicht so, dass im Endeffekt dann doch erst an der Meldung gemerkt wird: „Das hat einen G-10-Hintergrund“? Sie wissen diese Beispiele: „com“-Adresse - - Ich schreibe meinen Kumpel auf Englisch an, und dann habe ich Pech gehabt. Und dann merkt man in der Konversation vielleicht erst: „Das ist ja der Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg, der hier mit seinem Freund auf Englisch kommuniziert“, weil man die Inhalte liest, und sagt dann: Dann werfen wir es weg. - Oder gibt es da noch einen Filter, der mir jetzt noch nicht so bekannt ist?

**Zeuge W. K.:** Ja, das ist ja eine Diskussion, die immer wieder aufkommt, die wir auch gegenüber den zuständigen parlamentarischen Gremien, dem PKG, der G-10-Kommission, immer wieder erläutern müssen. Ich glaube, es wird zu kurz dargestellt, wenn man sagt - ich nenne den Begriff öffentlich; er ist ja schon oftmals gefallen -, dieses DAFIS, das Datenfiltersystem, ist das einzige, was bei uns G 10 filtert. Und wenn ich hier nur nach „.de“ filtere oder „+49“, das wäre natürlich zu wenig.

Der gesamte Prozess ist ja viel länger; der beginnt schon weiter vorher mit der Streckenauswahl, mit der Filterung der Selektoren, die ich darauf anwende. Wir wenden ja Selektoren an, nur die, die ich schon vorher geprüft habe mit der Auswahl der Satelliten, der Auswahl der Kabel. Es gibt einen Vorfilter vor DAFIS, den kann ich erläutern, aber nur in nichtöffentlicher Sitzung. DAFIS hat mehrere Stufen, wird kontinuierlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weiterentwickelt, das Filterprofil in DAFIS. Und ganz am Schluss haben Sie selbstverständlich den Nachrichtenspezialisten. Wenn dann noch Verkehre übrig sind, die nach all diesen automatischen Schritten nicht erkennbar waren als grundrechtsrelevant, dann gibt es noch eine Weisung, wie der Bearbeiter zu verfahren hat, um das System nachzubessern, und wie er mit den Verkehren zu verfahren hat. Also, es ist ein vielstufiges System, das sich nicht damit erschöpft, dass man nur „de“ oder „+49“ zur Filterung heranzieht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und die Konstellation müsste ja so sein, wenn ich es richtig verstehe, dass entweder mein Selektor in Ihre Erfassung geraten ist - dann hätten Sie wahrscheinlich schon im Vorfeld bei der Einsteuerung von mir als Selektor einen Fehler gemacht, wenn er irgendwie da reingerutscht wäre, auch wenn ich keine „de“ habe, sondern eine „com“ oder irgendeine andere Handynummer - oder ich kommuniziere mit jemandem, der in der Erfassung als Selektor drin ist; sonst würde ja meine Kommunikation nie rausgesaugt aus dem Datenstrom. Also, ich kommuniziere mit jemandem, der als Selektor bei Ihnen eingesteuert ist, und es kommt ein Treffer zustande.

**Zeuge W. K.:** Genau. Das ist ja das Bild, das auch oftmals falsch dargestellt wird. Wir sammeln ja nicht alle Daten. Wir sind ja nicht ein Staubsauger, sammeln erst alle Daten und erst, wenn wir die bei uns haben, dann werden die durchgesehen; so ist es ja nicht. Wir arbeiten ja selektiert. Und es ist so, wie Sie darstellen: Es muss aufgrund irgendeines Suchbegriffs, wenn Sie so wollen, Ihr Verkehr da in die Erfassung geraten sein. Dass Sie persönlich von uns gesucht werden, schließe ich aus, aber -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir suchen Sie ja aktuell immer.

**Zeuge W. K.:** - wenn Sie mit einem gesuchten Terroristen kommunizieren, besteht durchaus die Möglichkeit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt mache ich das. Und jetzt kommuniziere ich mit einem

gesuchten Terroristen, von dem ich eine Mobilnummer bekommen habe. Ich rufe den jetzt an, und der ist gerade im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet. Ich will einfach mal wissen: Was macht der da? - Ich rufe den an, und die Nummer haben Sie als Selektor in Ihrem System, und das fällt auf. Jetzt haben Sie die Kommunikation und hören, wie ich dem sage: „Was fällt Ihnen eigentlich ein, hier als Terrorist da rumzulaufen?“, und der sagt: „Das ist doch meine Entscheidung, ob ich hier nach Pakistan gerade reise. Was rufen Sie mich hier an, Abgeordneter in Deutschland?“, und legt auf. Was machen Sie jetzt mit dem Gespräch?

**Zeuge W. K.:** Wir haben das Gespräch gar nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Warum nicht?

**Zeuge W. K.:** Wenn kein entsprechender G-10-Antrag läuft, werden die Verkehre automatisch gelöscht, wenn sie mit Nummern in Deutschland ... (akustisch unverständlich)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, ich rufe einen echten Terroristen an, -

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - und der sagt: Was interessiert Sie das, dass ich hier in Pakistan bin? - Und Sie sagen: „Schade, hätte doch ein anderer angerufen, nicht der Sensburg. Total wichtige Information: Der ist jetzt in Pakistan“, und Sie sagen: Weg damit. Vergessen. - So ist das?

**Zeuge W. K.:** Nein, wir würden dann natürlich eine G-10-Maßnahme einleiten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nachträglich.

**Zeuge W. K.:** Ja, Ja, irgendwann - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt rufe ich den aber nicht mehr an, dann sagen Sie: Eigentlich wissen wir es. Wir dürfen es aber nicht - -

**Zeuge W. K.:** Die Gesetze mache nicht ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie legalisieren das  
nachträglich!)

- Ja, ja, das ist nämlich meine Frage.

**Zeuge W. K.:** Nein, nein, nachträglich geht nicht.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schmeißen das  
weg?)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, das Telefonat ist weg, weg, weg. Das kommt nie wieder irgendwo auf.

**Zeuge W. K.:** Wenn wir keinen G-10-Antrag haben und ich stelle fest, eine Nummer auf - - Wie gesagt: Ich habe keinen G-10-Antrag laufen und der kommuniziert mit Deutschland, dann schmeißen die Systeme diesen Verkehr weg.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge W. K.:** Ich habe auch die Metadaten nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also Pech gehabt.

**Zeuge W. K.:** Ich müsste dann jetzt einen G-10-Antrag stellen und für die Zukunft - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Und hoffen, dass ich noch mal mit dem telefoniere.

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Zeuge W. K.:** Aber, wie gesagt, das ist die Grundlage, auf der müssen wir arbeiten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Jetzt drehe ich den Fall mal ein bisschen weiter. Das war ja ein BND-eigener Selektor. Jetzt haben die Amerikaner durch eigene Erfassung genau die gleiche Handynummer auch auf dem Schirm,

nicht weil das ausgetauscht worden ist, sondern weil die ja auch nicht ganz doof sind. So, und jetzt haben die das Gespräch auch mitgekriegt. Die interessiert die G-10-relevante Nummer vom Sensburg überhaupt nicht. Die nehmen das Telefonat voll. Und da ruft einer an bei Ihnen und sagt: Boah! Wisst ihr eigentlich, der X oder Y ist in Pakistan? Wir haben gerade ein Telefonat abgehört. Wir können es euch sagen. - Was passiert dann jetzt?

**Zeuge W. K.:** Also, die haben das selber erfasst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Die Amerikaner haben es selber erfasst auch mit einem Selektor, den sie selbst gewonnen haben, parallel quasi.

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie haben einen aus dem HUMINT-Bereich gewonnen, und die Amerikaner haben es auch aus dem HUMINT-Bereich gewonnen, ist zufällig die gleiche Handynummer des Terroristen, der jetzt da in Pakistan hockt. Und beide haben es erfasst, unabhängig voneinander. Sie haben es weggeschmissen, weil der Telefonteilnehmer ich war, und die Amerikaner haben gesagt: Sensburg ist uns total egal. Wir haben ein wichtiges Gespräch erfasst und wissen es und teilen es dem BND mit. - Was machen Sie jetzt?

**Zeuge W. K.:** Kann ich Ihnen gar nichts dazu sagen; denn so was wird der Auswertung ja mitgeteilt. Das ist ja ein Ergebnis.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das kriegen Sie auch dann gar nicht mit.

**Zeuge W. K.:** Wenn die Auswertung nicht entscheidet: „Wir stellen jetzt auch einen G-10-Antrag und fordern die Abteilung TA auf, hier weitere Erfassungen zu machen“, wenn die das nicht machen, kriege ich es gar nicht mit. Muss ich aber auch gar nicht; denn das ist ja wichtig für die Auswertung. Die kommunizieren ja dann auch mit den zuständigen Innenbehörden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ja, also, die Frage geht hin Richtung Ringtausch, nicht? Die geht da hin, ob Sie natürlich aufgrund der G-10-Relevanz sagen: „Schade, das können wir nicht, aber wir können ja“, sagen wir mal, „bei den brisanten Selektoren davon ausgehen, dass eigentlich jeder Nachrichtendienst mit entsprechenden Selektoren unterwegs ist. Da kann man ja mal gucken, ob die Amerikaner oder die Franzosen“ - die jetzt hier nicht Untersuchungsgegenstand sind - „oder wer auch immer das Gespräch nicht auch abgegriffen haben.“ Und man könnte ja jetzt sagen: Wir wollen natürlich nicht wissen, wer der andere Gesprächsteilnehmer ist; denn sonst würden wir ja in die G-10-Relevanz reinrutschen, aber was der Terrorist in Pakistan gesagt hat, ohne - - also, wir wollen die Meldung haben. Streicht bitte alles raus, was Sensburgs ist, aber die Meldung holen wir uns von den Amerikanern. - So könnte man doch - -

**Zeuge W. K.:** Nein. Ringtausch wäre ja, wenn ich jetzt die auffordern würde: Erfasse du hier mal, weil ich darf nicht. - Und das machen wir nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, im Nachgang. Natürlich nicht vorher. Das wäre ja schlimm.

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber das Telefonat war ja jetzt in der Welt, -

**Zeuge W. K.:** Ja, aber das - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - und alle haben es mitgehört.

**Zeuge W. K.:** Ich weiß nicht, was die dann mit dem Telefonat machen, aber das kommt nicht zu uns; denn das sind ja Ergebnisse, und die tauschen die mit dem zuständigen Fachbereich aus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge W. K.:** Und natürlich muss dann - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da würde ich aber gern ad hoc einen Auswerter fragen, was der

damit macht; aber den haben wir jetzt nicht hier. Okay. - Ich bin erst mal durch. Ich muss das erst mal sacken lassen. Ich weiß nicht, ob noch jemand - -

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Gib erst mal weiter! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage war gar nicht so - -)

- Nein, ich habe gute Fragen, Herr Kollege Ströbele.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, die Frage war gar nicht so unberechtigt!)

- Ich lasse hier die Zeit noch mal - - Nein, die Fragen - -

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss nur den Namen Sensburg durch Ströbele ersetzen!)

- Ich lasse gerne die positive Bewertung mal über mich ergehen. Danke, Herr Kollege Ströbele. - Es kommt aber jetzt die Fraktion Die Linke dran. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herr Vorsitzender, ich habe gar nicht damit gerechnet, dass die Fragezeit der CDU schon rum ist. Aber gerne.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich muss das erst mal sacken lassen. Ist auch noch gar nicht rum.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich muss nur erst mal sacken lassen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Herr W. K., mich würde tatsächlich noch mal das Thema, das eben auch schon behandelt wurde, wie BND-Se-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lektoren generiert werden, interessieren. Sie sagten: Diese werden auch in den Außenstellen erarbeitet. - Das ist unser Kenntnisstand auch bisher aus der Zeugeneinvernahme. Wie ist es denn bei diesen Eigenkreationen in den Außenstellen? Wie läuft denn da das Controlling ab?

**Zeuge W. K.:** Das Controlling läuft im Wesentlichen so ab, wie ich es gerade erwähnt habe: über die erfassten Meldungen. Also, in der Vergangenheit. Für die Zukunft werden wir das ändern; da kann ich auch in eingestufte Sitzung etwas dazu sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na, uns interessiert ja die Vergangenheit.

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, ein Sachbearbeiter bekommt eine Meldung und sagt: Huch, mein Selektor hat angeschlagen. Ich habe jetzt noch fünf Kontaktpersonen; die schmeiße ich auch noch in die Erfassung. - Und wer kontrolliert, dass diese neuen fünf Selektoren nicht gegen zum Beispiel deutsche und europäische Interessen verstoßen? Der Sachbearbeiter selbst? Oder gibt es da noch jemanden Übergeordneten?

**Zeuge W. K.:** In der Vergangenheit war das der Sachbearbeiter.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und woher bezieht der seine Kompetenz, entscheiden zu können, wer gesteuert wird und wer nicht?

**Zeuge W. K.:** Ja, gut, das ist seine fachliche Ausbildung. Er muss ja den Aufklärungsauftrag erfüllen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber er braucht ja auch eine juristische Ausbildung, -

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - er braucht ja nicht allein eine fachliche Ausbildung.

**Zeuge W. K.:** Nein, eine juristische Ausbildung nicht, aber er muss wissen, wo er nachfragen

muss. Wir haben dazu ja einen juristischen Bereich. Und ich habe ja gerade schon gesagt: Das ganze G-10-Regime ist bei uns seit Jahrzehnten etabliert; da sind auch die Sachbearbeiter immer geschult, werden auch regelmäßig geschult. Alles außerhalb des G 10 war davon nicht erfasst.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, nun beschäftigen wir uns ja mit den irgendwann als kritisch angesehenen BND-Selektoren. Und darunter waren ja auch viele Ziele - zum Beispiel europäische Regierungsstellen -, die explizit auch in den Außenstellen generiert und gesteuert wurden. Wie kann ich mir das vorstellen? Also, ein einzelner Sachbearbeiter sagt: So ein Außenminister, ein Premier oder - - ist interessant; den steuere ich mal. - Und das obliegt dann allein dessen Entscheidung?

**Zeuge W. K.:** Nein. Erst mal ist es ja so, dass in unserem Aufklärungsprofil diese Ziele - jetzt EU- oder NATO-Staaten - ja nicht auftauchen. Der Sachbearbeiter sagt nicht einfach: Ich steuere jetzt mal einen EU-Außenminister. - Das liegt ja nicht in seinem Auftrag. Und was nicht in seinem Auftrag liegt, zu steuern - - Schadet er sich ja nur selber; letztlich führt das bei ihm zu einer schlechten Beurteilung, weil er keine Meldungen machen kann, die in seinem Auftragsprofil liegen. Aber es kann natürlich sein, wenn er auf eine Kommunikation stößt zwischen einem Ziel, das im Auftragsprofil liegt - - mit einer Nummer, die er nicht kennt, dass er dann sagt: „Die steuere ich. Das ist ja interessant; denn da geht es über Dinge im Auftragsprofil“, zum Beispiel Krisenregionen, „die steuere ich weiter“, ohne sich jetzt konkret darum zu kümmern natürlich, dass es keine G-10-geschützte Nummer ist; das ist ja etabliert gewesen. Aber alles andere hat ihn, muss man sich sagen, bis jetzt eigentlich nicht interessiert.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber ich glaube, das ist, ehrlich gesagt, ein Erklärungsversuch, der den Fakten so nicht ganz entspricht, ja? Wenn man behauptet - - Also, das haben wir jetzt schon öfter gehört: Okay, da gibt es ein Ziel in Mali. Und der hat eben dann einmal mit dem französischen Außenministerium telefoniert, und deswegen ist das französische Außenministerium dort



## Nur zur dienstlichen Verwendung

reingerutscht. - Dann erklärt das eben nicht, warum bei diesen Selektoren sich nicht eine Nummer in irgendwelchem Ministerium befindet, sondern Dutzende, manchmal quasi das ganze Ministerium durchmonitort wird von, weiß ich nicht, irgendwie der Telefoneingangsstelle bis zum Minister hoch. Da kann es - - Alle haben mit Mali telefoniert, auch die Telefonistin. Das kann ja nicht sein. Also, ich glaube, dass das eine Geschichte ist, die man wohlfeil dem PKGr und uns erzählt, die aber mit den Tatsachen relativ wenig zu tun hat. Wie kommt es, dass eben nicht einzelne Nummern, sondern - - Es sind ja auch Wildcards gesteuert worden. Wie kommt es, dass da quasi durchgescannt wird?

(Der Zeuge wendet sich an  
MR Philipp Wolff (BK))

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, vielleicht mit dem Anwalt - - kurze Beratung, weil - -

**Zeuge W. K.:** Ja, ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass ich über die Inhalte nur in nichtöffentlicher Sitzung sprechen darf.

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, ideal ist es immer, wenn die Kommunikation mit dem Anwalt verläuft - - und mit dem Anwalt mit dem Zeugen.

**MR Philipp Wolff (BK):** So wollte ich es eigentlich auch machen. Mir geht es allerdings auch um die Fragestellung: Ich gehe davon aus, dass das hypothetische Fragen sind. Wir reden über die - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, natürlich. Es sind ja auch einige Sachen in der Öffentlichkeit. Und das konnte man ja auch nachlesen irgendwie.

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich gehe davon aus, dass es hypothetische Fragen sind. Was in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt oder nicht, wird hier weder bestätigt, noch wird es irgendwie angesprochen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber dann frage ich mal ganz abstrakt: Ich habe den Begriff „Wildcard“ eben eingeführt. Dieses Bild, es gab eben einen Kontakt aus einer Meldung, und dann ist der dann auch zusätzlich gesteuert worden über den Sachbearbeiter, stimmt ja nicht, wenn dann eben über Wildcards Hunderte oder möglicherweise Tausende dahinterliegende E-Mail-Adressen gesteuert werden. Wie kommt es denn zu dieser Wildcard-Steuerung? Wie würden Sie das erklären?

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Tut mir leid. Ich darf es nur in nichtöffentlicher Sitzung erläutern. Ich kann dazu was sagen, aber - ich bin gerade darauf hingewiesen worden - nur in nichtöffentlicher Sitzung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie häufig kam das denn vor, dass ein Sachbearbeiter in einer Außenstelle gesagt hat: „Oh, da muss ich mich mal jetzt juristisch schlaumachen“? Kennen Sie solche Fälle?

**Zeuge W. K.:** Ich weiß, dass es solche Fälle gab; aber über die Anzahl kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** War das eher so ein regelmäßiges Prozedere, dass man gesagt hat: „Ich muss da mal durchrufen. Bei mir ist gerade etwas aufgetaucht, das erscheint mir fragwürdig“? Oder ist es eher doch die Ausnahme?

**Zeuge W. K.:** Ja, also, wir haben ja einen juristischen Bereich. Sie hatten ja auch schon mal einen Zeugen, der da gearbeitet hat. Die haben regelmäßig Belehrungen durchgeführt an den Außenstellen, diese sogenannten G-10-Belehrungen, um die Leute zu sensibilisieren und - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber - - Entschuldigung. Ich sehe gerne, dass Sie immer wieder auf G 10 abstellen - das ist ja auch irgendwie schön -; aber uns geht es ja bei den BND-Selektoren nicht nur um die G-10-Problematik, sondern eben um diese Steuerung von EU-, NATO-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zielen usw. Wie ist denn da die Belehrung gelaufen? Was wissen Sie denn dazu? Seit wann ist es denn nicht erlaubt, so etwas zu steuern?

**Zeuge W. K.:** Also, eine politische Sensibilität außerhalb G 10?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge W. K.:** Da fand keine Belehrung statt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeuge W. K.:** Da fand keine Belehrung statt. Mir ist jetzt keine Weisung bekannt, die auf eine politische Sensibilität abzielt. Das meinen Sie ja jetzt -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm. Genau.

**Zeuge W. K.:** - mit den Beispielen, die Sie - - Kenne ich keine Weisung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, es war quasi dem Sachbearbeiter erlaubt, Ziele innerhalb der EU und der NATO zu steuern ohne Einschränkung.

**Zeuge W. K.:** Es fand hier kein - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Solange es keinen G-10-Bezug hatte, ist das - -

**Zeuge W. K.:** Es fand hier keine Kontrolle zu diesem Sachverhalt statt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und gab es irgend-eine Weisungslage, Handreichung oder Belehrung hinsichtlich der Frage, ob man Parlamente steuert, Journalisten, Berufsheimnisträger, Berufsheimnisträgerinnen?

**Zeuge W. K.:** Ist mir nicht bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das heißt, der einzige tatsächliche Ausschlussgrund waren Daten zu deutschen Staatsbürgerinnen.

**Zeuge W. K.:** Daten, die nach dem G 10 geschützt sind; so war die Rechtslage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und somit hatte ja auch kein Sachbearbeiter wirklich Anlass, wenn dort ein Ministerpräsident auftaucht in der Meldung, sich an die Rechtsabteilung zu wenden und zu fragen, ob das okay ist, oder?

**Zeuge W. K.:** So ist es. Was man vielleicht auch bedenken muss: Allein die Tatsache, dass diese Selektoren da waren, heißt ja nicht, dass es immer auch zu Meldungen kam.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Klar.

**Zeuge W. K.:** Wenn es nie mehr zu einer Meldung kam, dann stellte sich die Frage auch gar nicht mehr.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und was ist mit den Metadaten passiert, die dabei angefallen sind? Wer hat die alles bekommen?

**Zeuge W. K.:** Die Metadaten wurden an der Außenstelle verarbeitet und in der Zentrale des BND.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und dann geteilt mit wem? Mit der Bundeswehr? Mit einem ausländischen Nachrichtendienst? Wer bekommt alles diese Metadaten aus diesen Erfassungen?

**Zeuge W. K.:** Diese Metadaten nicht - - Jetzt muss ich mal kurz - - Augenblick.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand - MR Philipp Wolff (BK) begibt sich zu RA Johannes Eisenberg und berät sich mit diesem)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Müsste dann die letzte Frage sein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge W. K.:** Also, die einzigen Metadaten, die mit einem Dienst der Five-Eyes-Staaten geteilt wurden, das waren die, die in Bad Aibling erfasst wurden. Dazu kann ich aber nur in nichtöffentlicher Sitzung Genaueres sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

**Christian Flisek** (SPD): Ja. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr K., zunächst einmal würde ich Sie noch mal befragen wollen über die Weisungslage und Veränderungen von Weisungslagen im Oktober 2013. Ist Ihnen da eine Weisung vom damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Herrn Pofalla, bekannt?

**Zeuge W. K.:** Also, von Herrn Pofalla direkt nicht, aber von unserem Präsidenten, nachdem er bei Herrn Pofalla war.

**Christian Flisek** (SPD): Also, es ist eine Weisung vom ehemaligen Präsidenten des BND, Herrn Schindler. An wen?

**Zeuge W. K.:** An wen alles er sie gegeben hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur: Er hat damals angerufen den Herrn D. B., der ebenfalls heute als Zeuge geladen ist, und mich und hat uns die Weisung gegeben, bestimmte Steuerungen aus der Erfassung zu nehmen.

**Christian Flisek** (SPD): Und hat er sie auch darüber informiert, was der Anlass dieser Weisung war?

**Zeuge W. K.:** Nein, das hat er nicht. Ich kenne jetzt im Nachhinein, durch die Aufarbeitung des ganzen Falles, zumindest einen möglichen Anlass, aber damals hat er mich nicht darüber informiert.

**Christian Flisek** (SPD): Also, er hat nicht gesagt: „Es gab jetzt Unterredungen mit den Bundeskanzleramt“, oder vielleicht sogar „mit Herrn Pofalla direkt.“

**Zeuge W. K.:** Ach so, doch, er hat gesagt - - Ich meine, mich zu erinnern, er hat gesagt: „Ich komme gerade aus dem Bundeskanzleramt“, aber -

**Christian Flisek** (SPD): „Ich komme gerade aus dem Bundeskanzleramt.“

**Zeuge W. K.:** - über Inhalte - - Gut, muss er uns auch nicht berichten.

**Christian Flisek** (SPD): Und jetzt nur mal zur Form der Weisung. Sie haben ja gesagt, er hat Sie angerufen. Ist das üblich, dass man über doch recht grundlegende Fragen - - Zumindest werde ich das jetzt so; ist ja eine grundlegende Frage, welche Selektoren man in Zukunft steuern darf und welche nicht, insbesondere in Zeiten, wo das Ganze ja sehr politisch auch gerade unter Beobachtung steht. Ist das üblich, dass dann solche Weisungen mündlich erteilt werden, telefonisch?

**Zeuge W. K.:** Also, das ist nicht unüblich; Sie können die Weisung mündlich erteilen, schriftlich, per E-Mail. Ich sage mal so: Ich entnehme der Tatsache, dass es mündlich erteilt wurde, telefonisch, dass es dringend war.

**Christian Flisek** (SPD): Also, das hatten Sie sozusagen dabei empfunden: Das war jetzt direkt von oben quasi -

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): - die Ansage, sofort, unverzüglich -

**Zeuge W. K.:** Sofort.

**Christian Flisek** (SPD): - umzusetzen. Und bevor man sich da lange an den Schreibtisch setzt und das verschriftlicht und auf was weiß ich für welchem Postweg schickt, -

**Zeuge W. K.:** Na ja, es ist ja im Nachhinein - -

**Christian Flisek** (SPD): - greift man zum Hörer und sagt: So ist es jetzt.

**Zeuge W. K.:** Es ist ja im Nachhinein dann verschriftlicht worden durch verschiedene Weisungen; aber mir schien es so, dass es dringend war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben gesagt: Das ist im Nachhinein verschriftlicht worden. - War das so?

**Zeuge W. K.:** Ja, es gab dann Weisungen. Ich habe jetzt die genauen Daten nicht parat. Nur von ein oder zwei Weisungen - - Es gab dann in der Folge mehrere Weisungen, die sich mit dem Thema befassten.

**Christian Flisek (SPD):** Was heißt „in der Folge“? Unmittelbar nach oder im zeitlichen Kontext Oktober 2013? Oder erst viel später?

**Zeuge W. K.:** Nein, später. Später. Die wurden dann erarbeitet. Solche Weisungen müssen abgestimmt werden. Die wurden dann erlassen durch den Abteilungsleiter.

**Christian Flisek (SPD):** Kann das sein: sehr viel später? Erst 2015?

**Zeuge W. K.:** Nein. Nein, wenige Monate - - noch 2014.

**Christian Flisek (SPD):** April 2014 vielleicht, -

**Zeuge W. K.:** Ich glaube: März.

**Christian Flisek (SPD):** - vom Abteilungsleiter Pauland.

**Zeuge W. K.:** Nein, ich glaube, die erste war schon März.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Und können Sie sich noch an den Inhalt dieser Weisung, die Sie telefonisch, mündlich bekommen haben, erinnern?

**Zeuge W. K.:** Augenblick bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ja, ich kann mich an den Inhalt erinnern, kann ich aber nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Sie wissen, dass Sie und Herr D. B. von Herrn Präsident Schindler angerufen worden sind?

**Zeuge W. K.:** Das weiß ich noch, weil - ich habe das ja schon mal ausgesagt, als ich das letzte Mal hier war - ich war bei ihm im Büro, als Herr Schindler bei ihm anrief.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Jetzt war das der 28. Oktober 2013.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben ja jetzt auch sicherlich so ein bisschen die Zeitachse vor Augen. Wie bewerten Sie das? In welchem politischen Gesamtkontext stand das denn? Die ist ja nicht vom blauen Himmel herabgefallen, diese Weisung, oder?

**Zeuge W. K.:** Nein, jetzt im Nachhinein ist es relativ leicht; denn, ich glaube, es war vier Tage vorher, als Frau Dr. Merkel ja den Satz gesagt hat: „Freunde abhören, geht gar nicht“, ohne dass er jetzt in jedem Wort korrekt ist. Ich denke, dass es in diesem Zusammenhang war.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. Das bedeutet im Endeffekt, ein Satz, den die Bundeskanzlerin - ich glaube, in Brüssel war es - beim Hereingehen in den Europäischen Rat, beim Aussteigen aus ihrem Auto in ein Mikrofon sagt, führt dazu, dass doch innerhalb des BND die gesamte - oder in wesentlichen Punkten - Frage, wie man mit Selektoren umgeht, sich ändert.

**Zeuge W. K.:** Ich glaube nicht, dass dieser Prozess im BND stattfand. Mir scheint es ja so, dass dieser Prozess eher im Bundeskanzleramt stattfand.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja, klar. Also, die Frau Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel - ich habe das irgendwie noch bildlich vor Augen -, steigt aus ihrem Auto aus. Die Kameras stehen da immer, wenn die Staats- und Regierungschefs den Europäischen Rat betreten. Und dann wird sie gefragt, was sie denn da so sagt, und da sie ja bis dato wenig dazu gesagt hatte und wir alle ja immer gemeint haben: „Was sagt sie jetzt da eigentlich mit diesem Satz?“, sagt sie: Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht. - Das sagt sie am 23.10. Und dann passiert was? Dann stellen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

plötzlich irgendwie alle im BND und im Bundeskanzleramt fest: Ausspähen unter Freunden ist Alltagsgeschäft. - Und dann glühen die Drähte.

**Zeuge W. K.:** Mag sein.

**Christian Flisek (SPD):** Und dann wird der Chef, der Präsident des BND, einbestellt in das Bundeskanzleramt, und dann sagt der Herr Pofalla: „Schindler, Sie haben gehört, was die Kanzlerin gesagt hat, passen Sie da mal ganz schnell Ihre Praxis drauf an“, und dann ruft der Herr Schindler den Herrn W. K. und den Herrn D. B. an und sagt: So. So ist das jetzt.

**Zeuge W. K.:** Ihren allerletzten Satz kann ich bestätigen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bei allem anderen war ich nicht zugegen.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, würde aber auch nicht sagen, dass das, was ich vorher gesagt habe, aus dem Bereich der Fiktion ist. Würden Sie denn sagen, das, was diese Weisung beinhaltet, hatte im Wesentlichen zur roten Linie das, was die Bundeskanzlerin fünf Tage zuvor ins Mikrofon gesagt hat?

**Zeuge W. K.:** Ja, das war der wesentliche Inhalt.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. Dann kommen wir hier ja schon mal einen Schritt weiter. - Und das bedeutet aber auch, dass die Praxis bis zu diesem Punkt so war - - Ich meine, ein Kollege von Ihnen - ich habe jetzt die Kürzel nicht im Kopf; das kriege ich nicht immer auf die Reihe; ich habe schon Schwierigkeiten, mir Namen zu merken, aber mit Kürzeln habe ich es erst recht nicht - hat ja gesagt: Wir haben den G-10-Standard usw., aber der „Rest ist zum Abschluss“ freigegeben.

(Heiterkeit des Zeugen)

- Ja, ich nehme das, weil das halt bei uns immer in den Protokollen steht. Das ist eine griffige Formulierung, Herr K. Aber jetzt formulieren wir es mal so: Es war zumindest vorher nicht wirklich

gesichert - - und ausgeschlossen, dass man Freunde und Partner ausspäht.

**Zeuge W. K.:** Ja, kann ich in nichtöffentlicher Sitzung etwas mehr dazu sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Sonst hätte es ja der Weisung nicht bedurft.

**Zeuge W. K.:** Es ist nicht so, dass jeder andere zum Abschluss freigegeben ist; aber es ist so, wie ich vorhin gesagt habe: Wir hatten für G 10 Rechtsregime, und bei den anderen Erfassungen war eine Kontrolle in dem Sinne nicht da; es gab keine Weisungen dazu.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt mal eine Frage: War diese Weisung, die Sie da fernmündlich bekommen haben, aus Ihrer Sicht - wie gesagt, Einzelheiten werden Sie uns ja dann wahrscheinlich noch mal in der eingestuften Sitzung sagen - eher eine pauschale Weisung im Sinne von, ich sage jetzt mal: „Ab heute keine Freunde mehr ausspähen“ - ich formuliere das jetzt mal so flapsig -, wo Sie dann gesagt haben, das obliegt Ihnen jetzt in den Abteilungen, Unterabteilungen und drunter, das umzusetzen? Oder war das eine sehr konkrete Weisung schon mit sehr vielen Details, wo man sagte: „Das, das, das geht noch gerade eben, und das aber geht überhaupt nicht mehr“?

**Zeuge W. K.:** Eine Sekunde bitte.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

(MR Philipp Wolff (BK) be-  
gibt sich zum Zeugen und  
seinem Rechtsbeistand und  
berät sich mit diesen)

**Zeuge W. K.:** Also, es gab - - Es ist konkreter, als Sie es gerade gesagt haben. Ich darf es aber nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen; aber ich bin bereit, das zu erläutern.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Christian Flisek (SPD):** Gab es denn eine Debatte dann infolge dieser neuen Weisung innerhalb des BND, vielleicht auch mit dem Kanzleramt, aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht vor allen Dingen erst mal zunächst innerhalb des BND, ob die neue Weisungslage zu einer Beeinträchtigung der Aufgabenerfüllung führen könnte?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Dazu kann ich in nichtöffentlicher Sitzung was sagen, auch etwas mehr.

**Christian Flisek (SPD):** Ob es diese Debatte gab?

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Dann würde ich Sie jetzt einfach mal bitten, uns im Rahmen der Möglichkeiten, die Sie jetzt hier haben in nicht eingestufte Sitzung, zu schildern, wie das sich weiterentwickelte von diesem 28. Oktober 2013. Was waren dann so markante Termine, wann es dann mal wirklich in der Weisungslage was Neues gab bzw. sich auch formal was änderte, also wann dann was Schriftliches vorlag oder was Differenziertes?

**Zeuge W. K.:** Ja, ich habe gerade schon erwähnt: Es gab im März eine schriftliche Weisung, es gab im April dann eine Weisung, die diese konkretisiert hat; das war eigentlich die wesentliche Weisung im April, die sehr genau geregelt hat, wie bei der Steuerung in Zukunft zu verfahren ist. Und dann gab es in der Folge noch, ich glaube, zwei Ergänzungen. Aber die Weisung im April, das war eigentlich die wesentliche, die auch abgestimmt war mit der Leitung des Hauses, die fortan dann auch galt für die Steuerung der Nachrichtenbearbeitung.

**Christian Flisek (SPD):** Hatten Sie in diesem ganzen Zeitraum vom 28. Oktober 2013 weg - - Also, März, April - - Das waren dann ja alles verschriftlichte Weisungen, die aus dem BND selber heraus erarbeitet worden sind, nicht?

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Hatten Sie irgendwann mal das Gefühl, dass dann vonseiten des Bundes-

kanzleramtes da mal - - Oder haben Sie Erkenntnisse darüber - nicht ein Gefühl -, ob vonseiten des Bundeskanzleramtes da noch mal nachgefasst wurde so nach dem Motto: Das, was wir dem Herrn Schindler gesagt haben, das, was der jetzt mündlich Ihnen beiden gesagt hat und was da jetzt irgendwie umzusetzen sei - - Gab es da mal eine Kontrolle, eine Rückfrage: „Wie läuft das jetzt? Wie macht ihr das jetzt tatsächlich?“?

**Zeuge W. K.:** Ja, also, da habe ich keine Kenntnis, ob es da Rückfragen bei dem Herrn Präsidenten gab. Ich nehme schon an, dass da Gespräche stattfanden. Also, ich persönlich hatte keine Rücksprachen vom Kanzleramt.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, gut. Also, ich gehe jetzt mal davon aus: Wenn der Präsident eine Frage bekommt vom Kanzleramt: Hallo, Herr Schindler, ich habe ja am 28. Oktober Ihnen eine Weisung gesagt; was ist denn der Stand - - Also, was ich jetzt bisher vom BND gelernt habe, wäre: Wenn so eine Anfrage gekommen wäre vom Kanzleramt an den Präsidenten, dann würde der Präsident nicht einfach flapsig sagen: „Alles in Ordnung. Wiederhören“, sondern dann würde der erst mal sagen: So, in den Abteilungen macht mal einen Bericht. Bereitet das mal auf, damit ich da was bieten kann, damit wir sagen können: „Ja-wohl haben wir gemacht.“ - Gab es solche Aufträge?

**Zeuge W. K.:** Wir haben diese Weisungen erstellt in der Folge, über die ich gerade berichtet habe, die dann vom Abteilungsleiter erlassen wurden. Die hat er natürlich mit der Leitung abgestimmt. Ob die Leitung - - in welcher Form die das mit dem Kanzleramt abstimmt, das weiß ich nicht. Aber ich gehe davon aus - -

**Christian Flisek (SPD):** Aber Sie hatten nie, Herr K., die Aufgabe, mal irgendeinen Bericht mit zu erstellen, wo Sie das Gefühl hatten - das weiß man ja dann -, das ist jetzt mal eine Vorlage für das Kanzleramt. Sie wissen ja auch, wenn Sie Vorlagen machen für das PKGr oder so und wenn Sie Berichte schreiben oder Stellungnahmen schreiben, Zwischenfazit ziehen. Also, da gab es nichts dazu.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Erst nach dem März 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Und das ist natürlich die Frage, die ich mir so ein bisschen auch hier als jemand, der im Untersuchungsausschuss arbeitet, stelle; die lautet nämlich: Wie kann das sein, dass man sozusagen in einer gewissen Hektik im Oktober 2013 sozusagen hier akuten Handlungsbedarf sieht, das Ganze im Zweifel - vielleicht war es ja auch noch anders, aber wir haben keine anderen Erkenntnisse darüber - erst mal mit einer mündlichen Weisung in den Apparat einspeist - mit „Apparat“ meine ich jetzt: BND - und dann sagt: „Passt schon“ - so sagen die Bayern - „schau'n mir mal, wie's läuft“ -, und erst dann, als der neue Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Altmaier, in Pullach im März 2015, am 20. März 2015, auftaucht, also anderthalb Jahre später, das Ganze wieder zu einem akuten Thema wird, trotz der Tatsache, dass zwischenzeitlich hier der Untersuchungsausschuss läuft und eigentlich das Thema - also aus meiner Beurteilung - eigentlich irgendwie hochsensibel behandelt werden müsste? Verstehen Sie? Die Frage, die ich mir stelle: Hatte der Präsident gedacht: „Das ist jetzt alles in Ordnung“? Hat das Kanzleramt gedacht: „Das ist jetzt alles in Ordnung“?

**Zeuge W. K.:** Wenn ich einen Auftrag bekomme vom Bundeskanzleramt über den Herrn Präsidenten, dann erfüllen wir den natürlich. Ich habe keinen bekommen in der Form, wie Sie gerade sagen. Warum, das müssen Sie andere fragen.

**Christian Flisek (SPD):** Nein, ich frage halt Sie, ob Sie daran beteiligt waren, an irgendwelchen Berichten. Und das haben Sie ja zutreffend aufgrund Ihrer Wahrnehmungen als wohl - - haben Sie verneint, haben Sie gesagt, da waren Sie nicht beteiligt.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Können Sie uns hier in der nichtöffentlichen Sitzung etwas über Kooperationen mit anderen Staaten des Five-Eyes-Verbundes sagen, insbesondere mit Großbritannien?

**Zeuge W. K.:** Ja - -

**Christian Flisek (SPD):** Natürlich wenn es untersuchungsgegenständlich ist, das ist ja klar.

**Zeuge W. K.:** Ja. Darf ich Ihnen überhaupt nichts sagen. Ich darf auch nicht mal den Namen der Kooperationen erwähnen. Ich kann das in nicht-öffentlicher Sitzung machen; aber ich darf hier in öffentlicher nichts dazu sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Aber in nichtöffentlicher Sitzung werden Sie es dann machen?

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Da werden wir dann auch noch mal drauf zurückkommen. Jetzt vielleicht noch mal ganz kurz - - Habe ich noch Zeit?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zwei Minuten.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie bei der Umsetzung dieser Weisung denn aktiv mitgearbeitet, also bei der Weisung aus dem Oktober 2013? Weil das muss ja dann wirklich - - Ich meine, wir haben ja gelernt, wie viele Mitarbeiter da irgendwie mit der Selektorenprüfung beschäftigt waren. Im Zweifel gilt das ja auch für alle Außenstellen, oder?

**Zeuge W. K.:** Die aus dem Oktober 2013?

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Und die dann verschriftlicht wurde im März/April 2014.

**Zeuge W. K.:** Ja, nein, selbst - -

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie da an der Umsetzung mitge- - Wie muss ich mir das vorstellen? Ist das ein Prozess gewesen? Hat man da - - Man hat ja doch irgendwo jetzt in Zukunft dafür sorgen können müssen, dass bestimmte Selektoren in einen anderen Topf kommen. Wie ist das umgesetzt worden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja, an der konkreten Umsetzung war ich nicht beteiligt. Natürlich war ich beteiligt mit an der Erstellung der Weisungen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge W. K.:** Die fallen ja nicht vom Himmel. Man prüft ja natürlich auch: Kann ich meinen Auftrag noch erfüllen, wenn die Weisung so gestaltet ist, wie sie jetzt geplant ist? - Daran war ich schon beteiligt, an der Umsetzung dann nicht; das war ja nicht meine Aufgabe, das geschah ja dann vor Ort.

**Christian Flisek (SPD):** Aber vielleicht auch noch mal allgemein die Frage: Wenn so eine neue Weisungslage, die sehr tief in das operative Geschäft eingreift, in dem Fall in das operative Geschäft - welche Selektoren sind wie scharf zu stellen und welche nicht - - läuft das beim BND dann so, dass man - ich sage jetzt noch mal: immerhin ist es ja ein Fortschritt, wenn man eine schriftliche Weisung hat -, einfach eine schriftliche Weisung, ein Stück Papier, zwei Seiten, fünf Seiten überall hinschickt und sagt: „So, Leute, so ist das jetzt, und jetzt macht mal“? Oder gibt es da irgendwo mal einen Prozess, wo man noch mal schaut: „Wird das auch so gemacht? Welche Probleme gibt es jetzt?“? Ist das vielleicht sogar ein Projekt, das aufgesetzt werden muss? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge W. K.:** Nein, ein Projekt wurde nicht aufgesetzt. Aber natürlich hat man mit den Leitern der Organisationseinheiten geredet: Gibt es Probleme bei der Umsetzung? Gibt es Bedenken? - Man hat die auch im Vorfeld eingebunden bei dieser Weisung: Gibt es vielleicht andere Vorschläge? Ist hier etwas dabei, was uns die Auftragsbefreiung komplett behindert? - Solche Gespräche wurden schon geführt. Aber ein Projekt jetzt aufgesetzt zur Umsetzung - in meiner Erinnerung nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wechseln.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. Erst mal herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran mit dem Kollegen von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr W. K.! Ich werde da gleich anschließen, wo der Kollege Flisek aufgehört hat, weil ich die Geschichte noch nicht ganz verstehe. Also, Sie sagen, wenn ich das kurz zusammenfassen darf: Diese Weisung vom 28. begründet sich in dem Ausspruch der Kanzlerin drei bis vier Tage - ich glaube, am 24. - zuvor.

**Zeuge W. K.:** Nein, das kann ich ja gar nicht sagen. Ich wurde nur gerade gefragt, wie ich mir das erklären kann.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So haben Sie das erklärt.

**Zeuge W. K.:** Das ist meine Erklärung; aber ich weiß nicht, ob das jetzt wirklich der kausale Zusammenhang war.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber ist denn die Aussage der Kanzlerin: „Abhören unter Freunden geht gar nicht - - Haben Sie die da zum ersten Mal gehört, im Oktober?“

**Zeuge W. K.:** Ja, sie hat sie ja erst im Oktober gemacht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist, glaube ich, ein Missverständnis; denn sie hat am 19.07. auf der Sommerpressekonferenz gesagt:

Das fällt in die Kategorie dessen, dass man das unter Freunden nicht macht. Das geht nicht.

- Das Ausspähen. - Deswegen: Irgendwie ist dieser Zeitplan ungeschlüssig. Und deswegen frage ich jetzt mal zurück. Hat es denn Ihrer Kenntnis nach vor dem Oktober schon irgendwie Aktivitäten im BND bezüglich der Selektoren gegeben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja, die hat es, nicht in meinem Bereich, sondern in einem anderen Bereich. Ich glaube, da hat auch schon ein anderer Zeuge dazu berichtet.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in Ihrem Bereich, sondern in Ihrem anderen Bereich.

**Zeuge W. K.:** Nicht in meinem Bereich, sondern in *einem* - nicht in *meinem* - anderen Bereich, in einer anderen Unterabteilung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber waren Sie nicht für sozusagen alle Außenstellen zuständig?

**Zeuge W. K.:** Organisatorisch waren die Außenstellen in meiner Unterabteilung; fachlich wurde die Nachrichtenbearbeitung von einer anderen Seite geführt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge W. K.:** Und da gab es Aktivitäten auch schon, bevor der Fall Snowden aufkam.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Und die spielten sich dann zufälligerweise im August 2013 ab.

**Zeuge W. K.:** Nein, vor Snowden. Snowden war ja im Juni.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war vor Snowden?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Ich weiß das jetzt durch die Aufarbeitung der ganzen Geschichte. Ich war damals nicht beteiligt. Und ich bin gerade darauf hingewiesen worden: Über die Inhalte kann ich nur in nichtöffentlicher Sitzung berichten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sagen Sie jetzt mehrfach.

**Zeuge W. K.:** Ich kann nichts dafür; das ist meine Aussagegenehmigung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, ich zitiere jetzt einfach mal vom 29.10. die Weisung, von der Sie sagen, dass man nicht drüber reden darf, weil die VS-NfD eingestuft ist bei uns. Ich kann auch gern sagen, wo sich die befindet: Tagebuchnummer 223/16, Anlage 1-2 und da das Blatt 164; es ist VS-NfD. Und da steht in einer E-Mail vom 29.10.2013 um 6.50 Uhr

Sehr geehrte Mitarbeiter, im Rahmen der zurückliegenden und aktuellen Diskussionen zu Abhöraffaires etc. - -

(MR Philipp Wolff (BK) begibt sich zum Zeugen und seinem Rechtsbeistand und berät sich mit diesem)

- Ach so. - Können ihr die Zeit anhalten?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Angehalten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich zitiere erneut:

Sehr geehrte Mitarbeiter, im Rahmen der zurückliegenden und aktuellen Diskussionen zu Abhöraffaires etc.

- also sehr direkter Bezug -

sind auch die bei BND eingesteuerten Botschaften von EU- und NATO-Staaten betrachtet worden. Gestern hat UAL T2 in diesem Zusammenhang angewiesen, dass sämtliche gesteuerten Botschaften aus den o. g. Staaten in der PBDB deaktiviert werden. Die Deaktivierung wird durch T2B automatisiert umgesetzt. (?)

Zitat Ende. - Der Bezug nach oben ist auf die Betreffzeile; da steht: „EU- und NATO-Botschaften“. - Jetzt frage ich mich, ob - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(MR Philipp Wolff (BK) legt dem Zeugen Unterlagen vor)

- Vielleicht halten wir noch mal kurz an, dass der Zeuge einmal das angucken kann. - Also, erst mal: In dieser E-Mail wird ganz konkret Bezug genommen auf die Snowden-Diskussion. Würden Sie das auch so sehen?

**Zeuge W. K.:** Also, ich war nicht beteiligt an der E-Mail damals.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge W. K.:** Ich habe die jetzt auch erst gesehen im Rahmen der Aufarbeitung der ganzen Sache.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge W. K.:** Warum er die geschrieben hat, der Mitarbeiter hier, und wie er dazu kam: Ich weiß es nicht. Da müssten Sie ihn selbst fragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entsprach das der Weisung?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Das kann ich Ihnen sagen, aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso? Das steht doch hier drin.

**Zeuge W. K.:** Weil es meine Aussagegenehmigung nicht umfasst. Ich darf über die Inhalte der Weisungen nur in nichtöffentlicher Sitzung sprechen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Sagen Sie: Und wenn jetzt hier steht - - oder wenn in der Weisung stand - - Ich habe das Gefühl, dass das die Weisung ist, aber sei's drum. „Die bei BND eingesteuerten Botschaften“, heißt das, dass hier nur die BND-Se-

lektoren gemeint sind oder auch die NSA-Selektoren? Weil ja auch die NSA-Selektoren beim BND eingesteuert sind.

**Zeuge W. K.:** Also, wie gesagt, über die Inhalte darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung reden; aber ich kann hier sagen: Es ging natürlich insgesamt - - das Ganze ging nur um die BND-eigene Steuerung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber warum? Denn „bei BND eingesteuert“ war ja ein zweistelliger Millionenbetrag NSA-Selektoren. Wussten das nicht alle?

**Zeuge W. K.:** Noch mal: Es ging bei dieser ganzen Geschichte nur um die BND-eigenen Selektoren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist total un schlüssig, und das steht hier so auch nicht in dem Schriftstück, was ich habe. Und deswegen: Können Sie mir erläutern - - Wurde das denn gesagt: „Es geht nur um die BND-Selektoren“? Weil hier in dieser E-Mail wird Bezug genommen auf die Snowden-Diskussion - das ist der aktuelle Anlass - und auch, was die NSA macht. Und da kam in Ihrer Behörde - jetzt kommt meine Frage - niemand auf den Gedanken: „Mensch, du, wir haben da zwar auch ein paar BND-Selektoren, aber wir haben eine riesige Anzahl von NSA-Selektoren. Was ist denn mit denen?“?

**Zeuge W. K.:** Bei dieser Geschichte hier ging es nur um die BND-eigene Steuerung. Das war auch der Anruf von Herrn Schindler am 28. Und ich denke mal, das ist dann auch das, was zu dieser Mail geführt hat. Ich weiß es aber nicht; ich habe sie ja nicht geschrieben, und ich war auch nicht beteiligt an der Mail.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie, dass der Bundesnachrichtendienst einen zwei- - Millionenbetrag, also ungefähr 12 Millionen NSA-Selektoren, steuert?

**Zeuge W. K.:** Nein, das wusste ich nicht; das habe ich aber schon bei meiner letzten Vernehmung hier gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wussten Sie nicht; das war Ihnen nicht bekannt. Sie waren zuständig für die Außenstelle Bad Aibling, und Sie wussten nicht, dass dort 12 Millionen NSA-Selektoren gesteuert wurden.

**Zeuge W. K.:** Ja, ich war nicht zuständig für die Steuerung der Nachrichtenbearbeitung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie waren zuständig für die Außenstelle, und das ist eine Gesamtverantwortung organisatorisch. Und deswegen frage ich Sie: Als zuständiger Mensch in Pullach wussten Sie nicht, dass die Außenstelle Bad Aibling einen zweistelligen Millionenbetrag NSA-Selektoren steuert?

**Zeuge W. K.:** Nein. Das habe ich doch jetzt gerade schon beantwortet.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge W. K.:** Ich habe das beim letzten Mal - - haben wir die Diskussion da auch schon stundenlang geführt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge W. K.:** Wir haben einen Geschäftsverteilungsplan. Ich kann nicht für alles zuständig sein im BND.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn zuständig für die St- - Wer war in Pullach zuständig für die Steuerung der NSA-Selektoren in Bad Aibling?

**Zeuge W. K.:** Die Steuerung fiel in den Bereich der Unterabteilung T2.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist mit Namen Ihr Kollege?

**Zeuge W. K.:** Der D. B. und dann eben die Organisationseinheiten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der D. B. Und der hat Ihnen gegenüber auch nie gesagt - - Haben die das abgeschirmt, dass Sie diese - - Ich meine, das ist doch ein relevanter Vorgang.

**Zeuge W. K.:** Ich weiß es nicht. Mir war die Größe nicht bekannt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es normal - - Also, kommt es Ihnen normal vor, dass Sie nicht wussten, dass auch diese hohe Anzahl von NSA-Selektoren in Bad Aibling gesteuert wird?

**Zeuge W. K.:** Das kann ich nicht beantworten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wusste das jemand im Bundeskanzleramt, dass NSA-Selektoren in Bad Aibling - -

**Zeuge W. K.:** Also, da müssen Sie im Bundeskanzleramt fragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werde ich dann machen; jetzt stelle ich Ihnen die Frage.

(RA Johannes Eisenberg:  
Woher soll er das wissen?)

**Zeuge W. K.:** Ich weiß doch nicht, ob es jemand im Bundeskanzleramt wusste.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wusste Herr Schindler, dass NSA-Selektoren in Bad Aibling gesteuert wurden?

**Zeuge W. K.:** Kann ich mir nicht vorstellen, aber auch da müssen Sie ihn selber fragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie halten es für vorstellbar, dass auch der Präsident, genauso wie Sie, nicht wusste, dass in der Außenstelle 12 Millionen NSA-Selektoren gesteuert werden.

**Zeuge W. K.:** Das halte ich für vorstellbar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir wären jetzt auch von der Zeit - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann passt das auch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau, „passen“.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Kommen wir zur zweiten Fragerunde. Da beginnt auch wieder die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja. - Herr K., ich würde mal zunächst mit Ihrer öffentlichen Befragung am 13. November 2014 hier beginnen. Sie haben damals in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der NSA erwähnt, dass die Auswahl der entsprechenden Strecken bei der Fernmeldeaufklärung sowohl im Kabel als auch auf dem Satelliten als die „erste Selektion“, so haben Sie es genannt, der Kommunikationsdaten durchgeführt werde. Ich weiß nicht, ob Sie in der öffentlichen Sitzung dazu was sagen können: Traf dies aber auch bei der Erfassung mit BND-eigenen Selektoren zu? Wurden für unterschiedliche Selektoren - und damit auch dann Aufklärungsziele weltweit - unterschiedliche Strecken ausgewählt, also auch bei den BND-eigenen Selektoren? War das da genauso, wie Sie es damals bezüglich der NSA gesagt haben?

**Zeuge W. K.:** Ja. Ich habe das vorhin eingangs auf die Frage des Herrn Vorsitzenden ja so ganz grob geschildert. Der erste Schritt ist immer die Auswahl des Satelliten, des Kabels oder anderer Übertragungsmedien und der darin dann verfügbaren Übertragungsstrecken. Welche Selektoren Sie dann da darauf ansetzen, ist davon völlig unabhängig, ob das jetzt NSA-Selektoren sind oder eigene Selektoren; auch für uns traf das zu.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, die Aussage gilt dann im Prinzip für jede Art von Selektor, egal woher.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wie muss ich mir das dann vorstellen? Wenn man dann neue Selektoren steuern wollte, muss dann die Auswahl der Strecken immer neu ausgerichtet werden?

**Zeuge W. K.:** Na ja, das hängt vom Auftrag ab. Wenn sich jetzt der Auftrag ändert, weil zum Beispiel, ich sage mal, ein neues Einsatzszenario der Bundeswehr - - und der BND ist beauftragt, hierfür Aufklärungsergebnisse zu liefern, dann muss man natürlich auch die Auswahl der aufzuklärenden Strecken entsprechend anpassen, wenn die bisher nicht schon verwendet wurden in der Fernmeldeaufklärung.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Konnten dann Selektoren zu EU- und NATO-Staaten überhaupt erfasst werden, wenn der Fokus Ihrer Erfassungsstellen, dem Beispiel Ihres Eingangsstatements am 13.11.14 folgend, eher im Bereich Nahost und Mittelost lag?

**Zeuge W. K.:** Ich würde das jetzt hier sehr gerne sagen, auch zu unserer Entlastung; aber ich kriege gerade den Hinweis, ich darf das nur in nichtöffentlicher Sitzung tun. Vielleicht können wir das nachher in nichtöffentlicher Sitzung noch mal ansprechen. Denn das ist - - Es ist in der Tat ein wichtiger Punkt.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Teilweise haben Sie ja dazu auch schon was in Ihrem Eingangsstatement damals gesagt.

**Zeuge W. K.:** Ja. Aber ich - - Da könnte man auch noch etwas mehr ins Details gehen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge W. K.:** Nur, ich darf das nicht in öffentlicher Sitzung tun.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Gut. Dann kommen wir später darauf zurück. - Wir haben jetzt schon



## Nur zur dienstlichen Verwendung

viel über die Weisung im Oktober 2013 gesprochen, den Telefonanruf, bei dem Sie ja dabei waren. Jetzt hat uns D. B. gesagt, unter anderem in seiner Befragung im Januar dieses Jahres hier, dass er schon ab Frühjahr 2013 - er sagt, es hat keinen konkreten Anlass dazu gegeben - schon bei einem Treffen mit einem Referatsleiter mal das Thema Steuerung von Botschaften und Regierungseinrichtungen besprochen hat und dann dem Referatsleiter T2D dann auch den Auftrag gegeben hat, mal eine Weisung im Entwurf zu erstellen, nach welchen Kriterien so was erfolgen kann oder nicht erfolgen kann. Und diese Weisung sei dann über den Sommer 2013 erarbeitet worden, aber letzten Endes nicht in Kraft getreten, weil dann die Weisung des Präsidenten im Oktober das Ganze überholt hat. Jetzt meine Frage an Sie: Kannten Sie die Überlegungen von D. B.? Hat man sich da ausgetauscht? Waren Sie in die Erwägungen mit einbezogen? Haben Sie vielleicht mitgezeichnet? Was wissen Sie darüber?

**Zeuge W. K.:** Also, bei der Erstellung, bei dem, was Sie jetzt gerade erwähnt haben, im Frühjahr, da war ich nicht dabei, allerdings dann bei der Erarbeitung, als dann im Spätsommer so die letzten Entwürfe der Weisung waren. Da war ich natürlich mit dabei zur Mitzeichnung und zur Überprüfung, und wir haben das auch mit den Außenstellen besprochen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was hat man denn da so besprochen? Was hatten Sie vielleicht für Anregungen? Was haben Sie geändert, beigesteuert?

**Zeuge W. K.:** Ja, der Kernpunkt war immer: Können wir mit so einer Weisung in Zukunft auch noch die Auftrags Erfüllung sicherstellen? - Das war eigentlich immer der wesentliche Gedankengang. Und darin finden sich ja auch - wie wir das jetzt ja auch einführen werden im Zuge des neuen Gesetzes - verschiedene Anordnungsschwellen je nach, ich sage mal, politischem Risiko. Und diese Dinge wurden eben erörtert.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist in Ihrer Unterabteilung, vielleicht auch von einzelnen Außenstellen - nicht? -, die Erfassung, basierend auf Selektoren mit EU- und NATO-Bezug, vor Oktober

2013 oder bevor man sich eben die Gedanken gemacht hat, über die wir jetzt gesprochen haben, schon mal kritisch hinterfragt worden? Sind da schon mal Mitarbeiter auf Sie zugekommen?

**Zeuge W. K.:** Das ist mir nicht erinnerlich. Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben - - Und Sie selbst haben dann erst mit den Gedanken, die D. B. sich gemacht hat und dann an Sie herangetragen hat, mit der Erstellung des Weisungsentwurfs sich auch erstmals Gedanken konkret dazu gemacht oder überhaupt dazu gemacht.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Mhm. - Jetzt wurden nach Aussage D. B. nach der Weisung im Oktober 2013, die er als „pauschal“ bezeichnet hat, ab November 2013 einige Selektoren wieder reaktiviert. Der D. B. hat gesagt, die Weisung sei eben zu weit gehend gewesen, und deswegen gab es die Reaktivierungen zunächst mit Entscheidungsvorbehalt UAL und ab März 2014 dann des AL. Und ja auch der PKGr-Bericht hat festgestellt, dass mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele rechts- und auftragskonform und ihre Steuerungen nicht zu beanstanden seien. Können Sie aus Ihrer Sicht bestätigen, dass zunächst deaktivierte Selektoren dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder eingesteuert wurden, und können Sie auch was dazu sagen, wann, in welchem Umfang und aus welchem Anlass das dann stattgefunden hat, und waren Sie da auch mit eingebunden bei Fragen der Reaktivierung?

**Zeuge W. K.:** Ja. Also, ich kann bestätigen, dass das passiert ist. Ich war aber da nicht eingebunden; das fällt nicht in meine Zuständigkeit.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie was zum Umfang sagen -

**Zeuge W. K.:** Nein, kann ich leider - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** - oder zum Anlass?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Kann ich leider nicht, nur in nicht-öffentlicher Sitzung; aber auch nur jetzt im Nachhinein aus der Aufarbeitung des Vorfalls. Selber war ich damals nicht dran beteiligt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben damals nicht mitbekommen, -

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - dass wieder eingestellt wurde.

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dann ist Ihnen wahrscheinlich auch nicht bekannt, ob es da einen Rückgang im technischen Meldungsaufkommen ab Ende Oktober 2013 gegeben hat. - Wir haben zum Beispiel ja den Zeugen B. R. gehört, Leiter des Sachgebiets Zusammenfassende Nachrichtenbearbeitung in Krisengebieten, und der hat uns von einem solchen Rückgang im Meldungsaufkommen berichtet. Und da würde mich interessieren, ob Sie da auch Kenntnisse haben, ob bei Ihnen in den Außenstellen es vielleicht einen Rückgang des Meldungsaufkommens gegeben hat.

**Zeuge W. K.:** Ist mir jetzt nicht rememberlich zu dem Zeitpunkt. Das Meldungsaufkommen schwankt grundsätzlich immer. Und ob das dann jetzt kausal hierauf zurückzuführen gewesen wäre, das stelle ich sowieso in Zweifel. Aber mir ist es nicht rememberlich.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Sie stellen - - Das habe ich jetzt akustisch nicht ganz verstanden. Sie stellen was in Zweifel?

**Zeuge W. K.:** Ich bezweifle ein bisschen, dass, wenn man jetzt sofort einen Rückgang festgestellt hätte, man den dann auch kausal auf die Aussteuerung solcher Selektoren zurückführen könnte; denn das Meldungsaufkommen schwankt immer. Ich glaube, so was können Sie nur über einen größeren Zeitraum betrachten, von einem Jahr zum nächsten.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also über einen längeren Zeitraum.

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** R. U., der ja die Außenstelle in Bad Aibling geleitet hat, hat uns im Mai letzten Jahres in seiner Befragung gesagt, dass der Meldungs-Output, der mit BND-eigenen Selektoren generiert wird, sein Kerngeschäft sei. Sehen Sie das auch so, und trifft das auch für die anderen Erfassungsstellen Ihrer Unterabteilung damals zu?

**Zeuge W. K.:** Ja, natürlich ist da - - Die Meldung, die wir mit unseren eigenen Mitteln erzeugen, ist natürlich unser Kerngeschäft, das Kerngeschäft des BND. Und wir müssen dafür sorgen, dass die dazu notwendigen Suchkriterien so geeignet sind, dass wir unseren Meldungs-Output immer optimieren können.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gehört dann - Sie haben vorhin schon Ausführungen gemacht; aber vielleicht können Sie es noch mal präzisieren - die erste Sichtung der erfassten Telekommunikationsverkehre, also der Treffer auf die gesteuerten Selektoren, in den Zuständigkeitsbereich Ihrer Unterabteilung?

**Zeuge W. K.:** Das ist unterschiedlich; aber bei vielen Erfassungen findet die erste Sichtung in der Außenstelle statt. Da sind Nachrichtenbearbeitungspartikel angesiedelt, die fachlich gesteuert werden vom Zentralbereich der Unterabteilung T2; aber dort findet die erste Sichtung statt, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und was ist dann weiter passiert mit den Erfassungen aus den Außenstellen? Im PKGr-Bericht stand was von „Meldungsbewertungssystem“.

**Zeuge W. K.:** Das ist das, was ich vorhin versucht habe zu erläutern: Die Bewertung der Meldung, die gibt uns ja letztlich der Geschäftsbereich 2, also die Auswertung des Bundesnachrichtendienstes, die dann eben beinhaltet - ich sage es jetzt mal hier ganz offen - entweder: „Das ist eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schlechte Meldung; da will ich nichts mehr davon“, oder: „Eine gute, bitte weiter!“, oder: „Wurde verwendet in der Ausgangsberichterstattung.“ Das ist das, was ich eingangs kurz skizziert habe; das ist die Bewertung der Meldung. Und da gibt es ein System im BND, das ich in nichtöffentlicher Sitzung auch etwas genauer erläutern kann.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wenn ein Selektor jetzt nur schlechte oder gar keine Ergebnisse lieferte, was wurde mit dem gemacht? Oder wenn einer besonders gute Ergebnisse lieferte?

**Zeuge W. K.:** Ja, wenn einer jetzt schlechte oder gar keine liefert: Jetzt im Nachhinein hat man ja festgestellt, der verblieb dann da einfach und hat nichts mehr getan. - Ein Vorwurf, der in dem offenen Bericht der Task Force steht, ist ja auch die Nichtnachvollziehbarkeit unserer Steuerung. Wenn so ein Selektor dann über Jahre im System bleibt, ist natürlich irgendwann nicht mehr nachvollziehbar: Warum ist der eigentlich da? - Das ist etwas, das werden wir in Zukunft abstellen; das ist auch ein berechtigter Vorwurf. Aber in der Vergangenheit war es eben oft so, dass die Selektoren einfach keiner mehr angefasst hat. Die sind auch nicht mehr aufgefallen; denn sie führten ja zu keinen Meldungen. Nur, jetzt im Nachhinein zu sagen: „Warum wurde der gesteuert? Warum war das so?“, das ist eben nicht mehr möglich gewesen. Und das war ein berechtigter Vorwurf, dass so etwas eigentlich nicht sein kann.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt haben wir ja schon vorhin über Dienstvorschriften oder fehlende Dienstvorschriften und solche Sachen gesprochen. D. B. hat uns gesagt, dass zwischenzeitlich ein unabhängiges Qualitätssicherungselement bei der Steuerung von Selektoren eingeführt wurde. Und B. R. berichtete uns auch, dass es schwieriger geworden sei, Selektoren einzustellen, weil jetzt mehrere Prüfschritte durchlaufen werden müssten und es eine Überprüfungskette nun gäbe, die eingeführt worden sei. Ab wann wurden denn diese neuen Prüfschritte eingeführt? Was genau ist anders?

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich zunächst mit RA Johannes Eisenberg und anschließend mit dem Zeugen)

- Wenn der Herr Eisenberg jetzt mit Ihnen spricht, mache ich eine kurze Pause, aber - -

**Zeuge W. K.:** Nein. Ich habe Ihnen schon zugehört.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Also, ab wann gab es die neuen Prüfschritte, was genau ist der Unterschied, und was genau verbirgt sich hinter dem Qualitätssicherungselement?

**Zeuge W. K.:** Also, ich bin gerade darauf hingewiesen worden: Das ist natürlich ein laufender Vorgang, der jetzt auch im Zuge der Einführung des dann mal erlassenen neuen Gesetzes ja auch stattfindet; das gab es, das bestätige ich. Ich kann auch in nichtöffentlicher Sitzung etwas mehr dazu sagen; aber es ist noch ein laufender Vorgang.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Gut. - Dann würde ich sagen, nachdem Sie auch zu den Kooperationen mit den Briten nur in eingestufte Sitzung was sagen können, dass ich jetzt im Moment keine Fragen mehr habe. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Herr W. K., waren Sie einmal in Bad Aibling in der Liegenschaft, die ausschließlich durch die Amerikaner, genannt „Blechbüchse“, genutzt wird?

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich mit RA Johannes Eisenberg)

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Und wie häufig waren Sie dort?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Kann ich Ihnen nicht sagen, vielleicht - - Ich weiß es nicht; aber das können Sie sich sicherlich an einer Hand abzählen. Nicht häufig.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Zu welchen Anlässen?

**Zeuge W. K.:** Besprechungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Besprechungen.

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch in 2013?

**Zeuge W. K.:** Das - - Kann ich mich nicht erinnern; ich will es aber nicht ausschließen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wer war vonseiten der Amerikaner bei diesen Gesprächen dabei?

**Zeuge W. K.:** Na, die dort arbeitenden Personen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, würde ich schon ganz gerne wissen: die Leiterin oder eher operativ tätige Führungspersonen oder - -

**Zeuge W. K.:** Ich bekomme gerade den Hinweis: Ich darf das nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

(RA Johannes Eisenberg:  
Gar nicht sagen!)

- Darf ich gar nicht sagen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aha. Gut.

**Zeuge W. K.:** Oh, Entschuldigung; ich darf das gar nicht sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ah, Sie dürfen das gar nicht sagen. Mhm. - Und seit wann kennen Sie die NSA-Selektoren oder dass es NSA-Selektoren gibt, die in Bad Aibling laufen?

**Zeuge W. K.:** Dass es überhaupt Selektoren gibt?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na, dass die NSA Selektoren übergeben hat, die in Bad Aibling auf dem Datenverarbeitungssystem des BND laufen. Seit wann wissen Sie das?

**Zeuge W. K.:** Also, schon viele Jahre, dass es überhaupt Selektoren gibt. Ich könnte jetzt kein genaues Datum festmachen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Seit - - Na ja, so ein bisschen könnten wir es vielleicht einzugrenzen versuchen.

**Zeuge W. K.:** Wir hatten natürlich - - Als ich im November 2014 hier war, musste ich ja auch zur Operation „Eikonal“ berichten; da haben wir natürlich auch schon Selektoren verwendet.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also seit Mitte der 2000er.

**Zeuge W. K.:** Ja, ungefähr. Aber ich kann jetzt wirklich kein genaues Datum - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und über die Größenordnung wussten Sie aber nichts.

**Zeuge W. K.:** Das waren auch keine solchen Größenordnungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeuge W. K.:** Das waren auch keine solchen Größenord- - Von diesen Größenordnungen, die jetzt bekannt geworden sind, wusste ich nichts.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das wussten Sie nicht.

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Spielten diese NSA-Selektoren bei den Besprechungen mal eine Rolle?

**Zeuge W. K.:** Bei mir nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja. Und bei anderen?

**Zeuge W. K.:** Das weiß ich nicht; da müssten Sie die anderen fragen. Meine hauptsächliche Zuständigkeit waren ja die technischen Systeme und die Partnerzusammenarbeit; da spielten die Selektoren keine Rolle.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und bei den Besuchen, die Sie in den USA durchgeführt hatten, spielten die NSA-Selektoren da mal eine Rolle?

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein. - Und seit wann war Ihnen bekannt, dass es bei der NSA unerlaubtes Kopieren von Dokumenten in Millio-nenhöhe in 2013 gab?

**Zeuge W. K.:** Das ist mir gar nicht bekannt, dass es -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na, ich meine - -

**Zeuge W. K.:** - unerlaubtes Kopieren von Dokumenten gab.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, es gibt ja die durch Edward Snowden kopierten Dokumente.

**Zeuge W. K.:** Ach so. Seit wann ich weiß, dass Edward Snowden die - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein. Nicht, seit wann Sie wissen, dass Edward Snowden die Dok- - also entfernt - - kopiert hat, sondern seit wann Sie wissen, dass bei der NSA eine große Anzahl von Dokumenten in 2013 unberechtigterweise kopiert wurde. Weil man hat ja dort erst mal nur bemerkt, dass Dokumente fehlen, und dann erst später festgestellt, durch wen. Und seit wann wussten Sie dies?

**Zeuge W. K.:** Also, ich bin nicht Mitarbeiter der NSA; ich wusste das gar nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, aber Sie arbeiten mit der NSA eng zusammen. Sie sind -

**Zeuge W. K.:** Na ja, aber die - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): - irgendwie in der Blechbüchse gewesen.

**Zeuge W. K.:** Aber die werden uns doch nicht erzählen, wenn sie ein internes Sicherheitsproblem haben.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Doch, gerade!)

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, natürlich. Also, wenn ich die NSA wäre und feststelle, dass bei mir unerlaubterweise irgendwie millionenfach Dokumente kopiert werden und darunter auch Dokumente, die zum Beispiel Sie betreffen, dann könnte es ja sein, dass ich meine Kooperationspartner im Ausland informiere.

**Zeuge W. K.:** Also, darüber ist mir nichts bekannt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und Sie haben das wann das erste Mal erfahren, dass es dieses Leak gibt?

**Zeuge W. K.:** Aus der Presse.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aus der Presse. Vorher - -

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also, Ihnen war nicht bei irgendeiner Zusammenkunft mit den Amerikanern - - sind Sie auf diesen Umstand hingewiesen worden.

**Zeuge W. K.:** Nein, bin ich nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie waren ja im April/Mai 2013 in den USA.

**Zeuge W. K.:** Ende April.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau, Ende April/Anfang Mai. - Da spielten ja auch gemeinsame Kooperationen eine Rolle.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja, so ist es.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und bei der Frage zu diesen gemeinsamen Kooperationen war das Thema Selektoreneinsatz kein Thema.

**Zeuge W. K.:** Nein. Da ging es um die Technik.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Da ging es lediglich um die Technik. - Wenn man bestimmte Selektoren einsetzt, ist es dann nicht auch unerlässlich, die entsprechenden Strecken mitzudefinieren, auf denen die Selektoren eingesetzt werden sollen?

**Zeuge W. K.:** Ja, natürlich. Wenn Sie ein Erfassungsziel haben, einen Erfassungsauftrag, und bestimmte Suchbegriffe dafür anwenden, wenn Sie die auf Strecken anwenden, wo die nie treffen können, ist das da natürlich sinnlos, klar.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wäre das - - Genau. Deswegen: Müsste nicht dieses technische Aufsetzen der Erfassung mit der Frage der Selektoren eng verbunden sein?

**Zeuge W. K.:** Das wird auch immer enger verbunden. Wir haben das in der Vergangenheit nicht so gemacht. Das war - - Das ist auch ein Prozess, die richtige Strecke zu finden und auszuwählen; das ist nicht trivial. Und da mussten wir auch erst viel lernen. Und auch die Organisationseinheit bei uns, die so etwas macht, die gab es damals noch gar nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und diese Streckenauswahl ist notwendig sowohl bei Satellit wie bei Kabel.

**Zeuge W. K.:** Überall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Überall.

**Zeuge W. K.:** Überall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ganz egal.

**Zeuge W. K.:** Überall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wenn ich jetzt eine Erfassung habe, die im Ausland angesiedelt ist, bei der aber auch Selektoren eingesetzt werden sollen, habe ich doch zwei Möglichkeiten: Ich kann den Selektoreneinsatz dann vor Ort durchführen, oder ich kann die Daten erst in die Bundesrepublik transferieren und hier die Selektoren einsetzen. Ist das richtig?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Also, Sie sprechen hier die Methodik der Fernmeldeaufklärung an; darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung was dazu sagen. Aber es sind natürlich verschiedene Methodiken denkbar.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und diese beiden Möglichkeiten gibt es sowohl bei den NSA- wie bei den BND-Selektoren.

**Zeuge W. K.:** Kann ich in nichtöffentlicher Sitzung etwas mehr im Detail dazu was sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Diese Frage, dass man nun, nachdem die Weisung ergangen war, bestimmte BND-eigene Selektoren nicht mehr steuern darf: Wann wurde nach Ihrem Erkenntnisstand jeweils diese Weisungslage an die Außenstellen übermittelt?

**Zeuge W. K.:** Sie meinen die vom 28. Oktober?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

**Zeuge W. K.:** Ich habe vorhin schon erwähnt, dass es uns beiden ja ziemlich dringlich schien, nachdem wir telefonisch ja angerufen wurden. Ich habe sofort telefonisch -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Alle.

**Zeuge W. K.:** - versucht, die Außenstellen, alle zu erreichen - ich weiß nicht mehr, wie die Tageszeit war; aber es war wohl schon Nachmittag, nehme ich an -, und bis auf eine Außenstelle, die ich nicht erreicht habe - - Und dann habe ich Herrn D. B. gebeten, das noch am nächsten Tag



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für mich zu erledigen, weil ich in den Urlaub ging für eine Woche ab dem nächsten Tag.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Und nach Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub haben Sie dann noch mal kontrolliert, dass alle Außenstellen Kenntnis zur Weisungslage erhalten haben und umgehend die BND-Selektoren identifiziert und „inaktiv“ gestellt haben?

**Zeuge W. K.:** Ich weiß jetzt nicht mehr, wie das genau geschehen ist. Aber natürlich habe ich mit den Außenstellenleitern auch gesprochen; denn die hatten natürlich auch Gesprächsbedarf, wie es jetzt in Zukunft weitergeht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wie sah es dann wirklich faktisch aus? Wann wurden in den jeweiligen Außenstellen die kritischen BND-Selektoren inaktiviert?

**Zeuge W. K.:** Das hat einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Warum eigentlich?

**Zeuge W. K.:** Augenblick, bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Also, da spielt natürlich auch unsere - - die Methodik rein unserer - - der Steuerung der Selektoren. Ich kann das in nichtöffentlicher Sitzung detailliert erläutern, warum es etwas länger gedauert hat; das hat zum einen technische Gründe, zum anderen Gründe, die in unserer Methodik liegen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Verstehe ich nicht, was das mit Methodik oder technischen Gründen zu tun hat. Wir haben das jetzt erklärt bekommen: Das ist eine Excel-Datei; da setze ich eine Flag: hoch, runter; Fähnchen rauf, runter. - Was dauerte da so lange?

**Zeuge W. K.:** Augenblick, bitte.

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich zunächst mit RA

Johannes Eisenberg und anschließend mit dem Zeugen  
- RA Johannes Eisenberg:  
Das hatten wir doch schon alles in nichtöffentlicher Sitzung!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das entscheiden Sie nicht, Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg: Na ja, man muss ja nicht alles zweimal erklären!)

- Bewerben Sie sich um ein Mandat; dann können Sie da mitreden.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber unsere Plätze sind voll!)

**Zeuge W. K.:** Also, mir ist gerade gesagt worden, ich kann das in nichtöffentlicher Sitzung erläutern, weil es tatsächlich in unsere Methodik eingreift.

(RA Johannes Eisenberg: Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, bei uns nicht. - Ja, aber für mich hat das immer noch nichts mit Technik und Methodik zu tun, dass das zum Teil anderthalb Jahre gedauert hat. Was gibt es denn da für eine Erklärung?

**Zeuge W. K.:** Na, aber es hat schon mit der Methodik zu tun, wie ich in den Datenbanken die Dinge identifiziere und welche Daten dann zur Anwendung kommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Also, was ich - - Schlendrian, Nicht-verstehen-Wollen von Weisungen oder was weiß ich haben nichts mit Methodik zu tun, oder Nicht-verstehen-Wollen in dem Sinne: Nein, meine schönen Selektoren, die lass ich mir doch nicht nehmen von Pullach; die laufen mal weiter. - Was ist denn da der Grund, dass man irgendwie teilweise in den Außenstellen anderthalb Jahre die Weisung nicht umsetzt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Also, ich kann da in nichtöffentlicher Sitzung gerne etwas drauf eingehen. Ich kenne jetzt nur wirklich Gründe, die in der Methodik und der Technik liegen. Von „Schlendrian“ oder „Nicht-verstehen-Wollen“ -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Oder - -

**Zeuge W. K.:** - wüsste ich jetzt nichts.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten gleich wechseln.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber mangelhafte Umsetzung ist doch kein Methodikproblem.

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich mit dem Zeugen)

- Also, mangelhafte Umsetzung einer Weisung: Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, was das mit ND-Methodik zu tun hat. Das ist nachrichtendienstliches Versagen vielleicht, aber nicht Methodik.

(RA Johannes Eisenberg: Er sagt ja gar nicht, dass das mangelhaft war! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Das ist Bundeskanzleramt!)

- Genau.

(RA Johannes Eisenberg: Die sagen das? - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Nökel hat gesagt: Ist mangelhaft! - RA Johannes Eisenberg: Das ist ja die Frage, wenn Sie das mangelhaft - -)

- Ja, wir sind ja nicht umsonst auf diese Daten gekommen, weil - - nicht? Also - -

**Zeuge W. K.:** Ja. Also, ich kann nicht ausschließen, dass es an der ein oder anderen Stelle auch mangelhafte Umsetzung gab.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge W. K.:** Aber den Punkt, den ich ansprechen will und über den ich auch berichten kann - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das dann ein Eigenleben der Außenstellen? Ist das eine Renitenz gegenüber Weisungen? Was muss ich mir darunter vorstellen?

**Zeuge W. K.:** Nein. Das würde ich nicht als Renitenz - - Also, das habe ich nirgendwo festgestellt, dass es eine Renitenz gegenüber Weisung gibt. Ganz im Gegenteil: Wenn Sie beim BND eine Weisung erhalten, die führen Sie auch nach bestem Wissen und Gewissen aus.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Und dann heißt es also - - Ich meine, eine Weisung nach anderthalb Jahren ausführen, ist - - Wie würden Sie das nennen: „Hat zur vollsten Zufriedenheit seine Aufgaben erfüllt“, „Mangelhaft, setzen!“, oder was ist das?

**Zeuge W. K.:** Wie kommen Sie denn jetzt auf anderthalb Jahre?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Entschuldigung, weil ich - - weil wir hier entsprechend irgendwie natürlich - - Sind es vielleicht ein Jahr, ein Jahr und zwei Monate? Ewig, teilweise; ewig.

**Zeuge W. K.:** Also, meines Wissens haben die sofort begonnen mit der Umsetzung. Dass das vielleicht nicht immer gleich vollständig war, dass man dann noch nachziehen musste, das ist ja ein anderer Fall. Aber das heißt doch dann nicht, dass es anderthalb Jahre dauerte, bis wir die Weisung in Angriff genommen haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Um „in Angriff nehmen“ geht es mir nicht. Bis alle Außenstellen bis zur letzten BND-Selektor - - die Weisung umgesetzt hatten, hat es ewig gedauert, und die Frage ist für uns: Warum? Kann das vielleicht daran liegen, dass die Außenstelle ihre Eigenkreationen irgendwie so wertig fanden und dass sie davon nicht die Finger lassen wollten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Nein. Also davon habe ich keine Kenntnis, auch dass es jetzt anderthalb Jahre dauert. Ich kann in nichtöffentlicher Sitzung das etwas detaillierter sagen. Aber das sehe ich nicht so, dass es jetzt hier Renitenz gegenüber Weisungen gab oder -

(RA Johannes Eisenberg:  
Eigenkreationen!)

- „Eigenkreationen“, wie Sie es genannt haben; das sehe ich nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und jetzt müssten wir der Fraktion der SPD die Gelegenheit geben, ihre Fragen zu stellen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir wollen unsere weiteren Fragen dann gerne in der nichtöffentlichen Sitzung stellen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Danke. - Bevor ich mich auch noch mal um einzelne Selektoren kümmere und dazu Fragen stelle, habe ich so ein paar generelle Fragen. - Im Sommer 2013 kam Snowden mit seinen Veröffentlichungen, und das hat ja - das haben wir ja von vielen gehört, auch von Ihnen, glaube ich - den Bundesnachrichtendienst ziemlich beschäftigt, nicht nur, weil Abgeordnete Anfragen gestellt haben, sondern auch intern. Es wurden ja auch zum Beispiel Konsequenzen gezogen auch von Ihnen oder in Ihrem Bereich, als man die NSA-Selektoren mal so durchgegangen ist, was da vielleicht nicht reingehört. Trifft doch zu, nicht?

**Zeuge W. K.:** Also, von mir nicht. Dass das uns sehr beschäftigt hat, das stimmt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge W. K.:** Im Wesentlichen ja durch die vielen Erklärungen, die wir bei den parlamentarischen Gremien abgeben mussten - Sie kennen das ja -, oder vor allem gerade im Sommer die Frage mit den 500 Millionen, die in der Presse erschienen ist, -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge W. K.:** - wo man ja zunächst glaubte, das seien alles Grundrechtsträger, was sich ja dann als falsch rausgestellt hat; das hat uns alles natürlich massiv beschäftigt, klar.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Aber ich will jetzt auf die Schlussfolgerungen - - Also, da wird wochen-, monatelang der BND durch immer neue Veröffentlichungen, Nachfragen usw. ziemlich in Atem gehalten, jedenfalls der Bereich, mit dem Sie befasst waren, auch. Mich interessieren jetzt die Schlussfolgerungen, die dann gezogen worden sind. Also, ich sehe eine Schlussfolgerung, dass bei Ihnen unter anderem die NSA-Selektoren mal durchgegangen worden sind und da eine ganze Reihe aussortiert wurden. Das ist doch richtig.

**Zeuge W. K.:** Die sind nicht bei mir durchgegangen worden; das Thema hatten wir ja schon -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge W. K.:** - in meiner letzten Vernehmung hier; das hat ja mein Kollege D. B. gemacht.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Ich meine jetzt nicht Sie persönlich, -

**Zeuge W. K.:** Ach, Sie meinen den BND.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sondern in Ihrer Umgebung. - Ja. - So, und dann kam im Oktober dann diese Weisung, jetzt diese ganzen EU- und NATO-Selektoren da rauszunehmen. Also kann man doch sagen, das waren doch ganz erhebliche Konsequenzen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja. Also, zu dem Inhalt der Weisung, wie gesagt, kann ich öffentlich etwas mehr sagen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Öffentlich - ja, bitte!)

- Entschuldigung, nichtöffentlich. - Aber es sind Konsequenzen, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge W. K.:** - wenn Sie das so wollen, wahrscheinlich aus dieser Diskussion.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn bei Ihnen auch eine Reaktion so in dem Sinne: „Glücklicherweise haben wir ja ‚Eikonal‘ schon eingestellt, sonst könnte das ja hier auch eine Rolle spielen; aber das ist ja vor ein paar Jahren zu Ende gebracht worden“? - 2013, gab es solche Überlegungen, Besprechungen?

**Zeuge W. K.:** Zu dem Zeitpunkt, glaube ich, nicht. Wir hatten ja mal - - Als ich hier zu „Eikonal“ vernommen wurde - nur nichtöffentlich -, da hatten Sie mir ja auch ein Papier vorgelegt, das ich selber geschrieben habe, wo ich bereits zu einem frühen Zeitpunkt ja schon fast vorgekommen habe, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge W. K.:** - dass es zu einer Diskussion kommen werde. Also, das war natürlich klar, dass solche Dinge dann diskutiert werden würden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hat man sich denn dann auch vorgenommen im Bundesnachrichtendienst - jetzt immer in Ihrem Bereich -, wie Sie sich in Zukunft verhalten, also dass Sie gesagt haben - oder auch in der Gegenwart damals -: „Also, solche schwierigen Geschichten, wo wir so einen Ärger kriegen könnten, die lassen wir jetzt mal“?

**Zeuge W. K.:** Was meinen Sie mit „schwierig“ jetzt? Kooperationen mit ausländischen Partnern?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge W. K.:** Nein. Das geht nicht. Sie können nicht ohne Kooperation mit ausländischen - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ärgert mich immer bei der öffentlichen Diskussion, dass jetzt so getan wird: Mit der NSA reden wir nicht mehr, und mit den Amerikanern sowieso nicht und gerade in Sicherheitsfragen nicht. - Das ist ja alles Quatsch. Sondern es geht darum, ob Sie für Ihre Zusammenarbeit mit anderen, unter anderem Five-Eyes-Staaten, gesagt haben: Jetzt müssen wir in Zukunft das dreimal wägen, ob man da was mit denen macht, weil so einen Ärger wollen wir uns nicht noch mal einhandeln.

**Zeuge W. K.:** Also dass man überhaupt überlegt hätte: „Wir machen das jetzt gar nicht mehr“, das, glaube ich, war nie zur Debatte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, „gar nicht“. Ich rede nicht von „gar nicht“, weniger, ein bisschen näher hingucken, ob wir da vielleicht mal Schwierigkeiten kriegen könnten später.

**Zeuge W. K.:** Nein. Aber - - Ich meine, Schwierigkeiten bekommen Sie ja nur, wenn Sie etwas falsch gemacht haben. Ich meine, manchmal ist es schwierig, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Och, na ja.

**Zeuge W. K.:** - Dinge zu erläutern. Aber ich kann nicht auf die Kooperation verzichten; dann gefährde ich meine Auftragsver-

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, nicht die, aber vielleicht eine Kooperation, die Sie selber als problematisch angesehen haben, zum Beispiel diese NSA-Selektoren so einfach ungeprüft da reinzunehmen, die Sie dann selber aussor- - Sie jetzt nicht persönlich, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern der BND aussortiert hat, dass solche Sachen nicht mehr passieren. - Ich will darauf hinaus, ob im Dienst - - ob man davon ausgehen kann, dass dem BND die Veröffentlichungen Snowdens eine Lehre waren, wo er dann für die Gegenwart, damals 2013 - Spätsommer/Herbst/Winter -, Konsequenzen draus gezogen hat generell für die Zusammenarbeit, unter anderem mit Five-Eyes-Staaten.

**Zeuge W. K.:** Ich sage mal so: Man hat wahrscheinlich jetzt schneller Konsequenzen gezogen, als man es getan hätte, wenn diese Diskussion nicht hier so akut aufgekommen wäre.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Hat man denn neue Projekte zurückgestellt oder gesagt: „Das müssen wir noch mal genau prüfen, ob das in Ordnung ist“?

**Zeuge W. K.:** Also, die wurden ohnehin immer gern geprüft, ob sie in Ordnung waren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja; das tun Sie immer.

**Zeuge W. K.:** Dass wir jetzt welche zurückgestellt haben aus diesem Grund, das - - Nein. Ist mir nicht bekannt; also nicht in meinem Bereich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal neue Projekte, die noch erst in der Überlegung waren oder in der Planung waren, dann in den Monaten oder auch im Jahre 2014 dann abgebrochen, -

**Zeuge W. K.:** Ja, wir haben - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil Sie gesagt haben: „Das ist doch irgendwie zu heiß“, oder so was? Also Sie persönlich oder der Chef von Ihrem Dienst.

**Zeuge W. K.:** Also, wir haben eine Kooperation abgebrochen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge W. K.:** Zu den genauen Gründen und allen Einzelheiten darf ich aber nur -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge W. K.:** - in nichtöffentlicher Sitzung was sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die haben Sie abgebrochen. In welchem Jahr?

**Zeuge W. K.:** Die habe ich abgebrochen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welchem Jahr? Also 2013 waren wir.

**Zeuge W. K.:** 2013.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** 2013.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 13 oder 14?

**Zeuge W. K.:** 13.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und können Sie da - -

(MR Philipp Wolff (BK) berät sich mit dem Zeugen)

- Herr Wolff, Sie stören.

(Heiterkeit)

**Zeuge W. K.:** Entschuldigung. - Also, ich bin noch mal darauf hingewiesen worden: Ich darf zu dieser Kooperation nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, dass sie abgebrochen worden ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ja, das war offenbar schon zu viel.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schon zu viel. - Warum eigentlich? Ich meine, es würde Sie doch vielleicht ehren - also, den Dienst meine ich jetzt immer -, dass er sagt: Wir ziehen jetzt auch Konsequenzen, und aus so heiklen Projekten ziehen wir uns zurück.

(RA Johannes Eisenberg:  
Das muss man den Diensthabenden fragen!)

**Zeuge W. K.:** Ich darf leider nicht dazu aussagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, war ja nicht ein unbedeutender Teil des Dienstes.

(RA Johannes Eisenberg:  
Das liegt ja an der Aussagegenehmigung! Die hat ja nicht er formuliert!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich frage ja jetzt gar nicht nach irgendwelchen komischen Tieren oder weiß ich was, sondern -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Herr Wolff.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - generell.

**MR Philipp Wolff** (BK): Herr Ströbele, wir haben dazu intensiv vorgetragen. Sie haben dazu Schriftstücke bekommen. Und ich finde das eigentlich auch unangemessen, auch die Wortwahl jetzt gerade in Ihrem letzten Satz, weil das zieht das auf eine Ebene, die, finde ich, auch in der Runde nicht dem entspricht, wie das hier stattfinden sollte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir lesen doch auch alle Zeitung, Herr Wolff. Und müssen wir das alles ignorieren, was in der Zeitung steht über diesen Ausschuss?

(RA Johannes Eisenberg:  
Aber der Zeuge kann dazu jetzt nichts sagen!)

- Ja, ja. Das habe ich schon gemerkt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Oder will nicht! -  
RA Johannes Eisenberg:  
Weil er nicht darf!)

- Ja. - Nein, vielleicht gibt es ja noch mehr Projekte, die begonnen wurden; da gibt es auch Anhaltspunkte. Wir haben uns ja schon mal über solche Fragen auch im Zusammenhang mit „Eikonol“ unterhalten, ob man denn, nachdem man das beendet hat, dann irgendwie was anderes versucht hat oder so; da steht ja auch noch was im Raum, was jetzt mit der Sache wahrscheinlich nichts zu tun hat.

(RA Johannes Eisenberg:  
Nicht Untersuchungsgegenstand!)

- Nicht Unter- - Wieso denn? Das geht immer um Zusammenarbeit mit den Five-Eyes-Staaten, insbesondere bei der Aufnahme, beim Ausspionieren, Ausspähen von Daten.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Ja, das wäre dann auch die letzte Frage. Dann wäre die Zeit auch rum. - Und Herr Wolff noch mal abschließend.

**MR Philipp Wolff** (BK): Auch dazu haben wir eine Extrasitzung gemacht und ausführlich schriftlich Stellung genommen, Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Habe ich jetzt nicht ver-

**MR Philipp Wolff** (BK): Auch dazu haben wir eine Extrasitzung gemacht und ausführlich schriftlich Stellung genommen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** So. Dann geht es an die nächste Fraktion weiter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geheimnisvoll.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Ja. - CDU/CSU.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir haben in der öffentlichen Sitzung keine Fragen mehr.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Dann geht es jetzt weiter bei Frau Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich hatte tatsächlich vorhin, als ich Sie zu diesem Termin Ende April/Anfang Mai fragte oder auch zu den anderen Besprechungen mit den Kolleginnen und Kollegen des US-ANDs, vergessen, zu fragen: Ging es denn mal um die Problematik, dass auch europäische bzw. deutsche Ziele gesteuert wurden? - Sie verneinten ja, dass es jemals um NSA-Selektoren ging. Aber war das mal Thema? Auch die vielleicht später - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Ich kann immer ganz schwer meine Frage zu Ende bringen, wenn schon zwischendurch die Diskussion mit Herrn Eisenberg einsetzt. Vielleicht wartet man einfach ab, bis die Fragestellung zu Ende ist. - Auch bezogen auf die Weisungslage: War das mal Thema dann bei den Besprechungen in SUSLAG oder in den USA?

**Zeuge W. K.:** In Besprechungen, die ich hatte, nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber es war Thema bei Besprechungen, die Sie kennen.

**Zeuge W. K.:** Nein. Das weiß ich nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch nicht.

**Zeuge W. K.:** In Besprechungen, die ich hatte und die ich kenne, war das kein Thema.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gab Frühjahr 2013 bei einer gemeinsamen Operation mal einen Vorfall, dass diese möglicherweise detektiert sein könnte durch ein kommerzielles Konsortium, das daran beteiligt war. War das Thema bei dem Termin Ende April/Anfang Mai?

**Zeuge W. K.:** Jetzt weiß ich ehrlich nicht, von was Sie reden, und wann - - Welcher Zeitraum?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich glaube, März 2013.

**Zeuge W. K.:** Haben Sie - - Können Sie mir da - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, das kann man auf einer der Snowden-Folien nachlesen; die haben wir auch da; „Special Source Operations“ oder so was, heißt das, wenn Sie das - - Da würde mich interessieren, ob das eine Rolle spielte bei der Unterredung Ende April. Ich suche das gerade mal.

**Zeuge W. K.:** Ja, bitte.

(Zuruf: MAT-Nummer!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Die MAT-Nummer kann ich dazu schon mal vorlesen: MAT A SEK-4/3v.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie MR Philipp Wolff (BK) nehmen Einblick)

**Zeuge W. K.:** Nein. Das war kein Thema bei dieser Besprechung, und das ist auch nicht untersuchungsgegenständlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das werden wir noch irgendwann versuchen zu klären. - Ich würde gerne noch zu den NSA-Selektoren etwas verstehen wollen. Wir wissen ja aus Veröffentlichungen mittlerweile eines Teils dieser Selektoren, dass darunter auch Ziele in der Bundesregierung waren, also Telefonnummern, Anschlüsse in den Ministerien, auch das Bundeskanzleramt, und dass auf jeden Fall die Bundesregierung es für plausibel hält, dass diese Selektoren tatsächlich zur NSA gehören, weil dazu entsprechende Gesprächsprotokolle veröffentlicht wurden, die sich auf jeden Fall schon im Wesentlichen wohl mit tatsächlich durchgeführten Gesprächen in Deckung bringen lassen. Seit wann war Ihnen bekannt, dass die NSA



## Nur zur dienstlichen Verwendung

möglicherweise auch Ziele in der Bundesrepublik steuert?

**Zeuge W. K.:** Darf ich mal fragen, von welchen Veröffentlichungen Sie jetzt reden?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dies waren - - Bei WikiLeaks und in der *Süddeutschen* bzw. Recherchenetzwerk sind diese Selektoren -

**Zeuge W. K.:** Ach so.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - veröffentlicht worden, ja.

**Zeuge W. K.:** Ja, die habe ich da auch zum ersten Mal gesehen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das war Ihnen vorher gar nicht klar, dass es so was gibt.

**Zeuge W. K.:** Diese Veröffentlichungen jetzt?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Dass die NSA auch Ziele in der Bundesrepublik, also auf Regierungsstellen, gezielt steuert.

**Zeuge W. K.:** Auf Regierungsstellen gezielt aus meiner Arbeit: Nein. - In der Bundesrepublik?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn man selbst Ziele in Ministerien in anderen Ländern steuert, wie unwahrscheinlich ist es dann, dass andere Nachrichtendienste bei unseren Ministerien steuern?

**Zeuge W. K.:** Das weiß ich nicht; da müssten Sie schon die anderen Nachrichtendienste fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja. Aber ich will - -

**Zeuge W. K.:** Sie haben ja jetzt gefragt, ob es mir bekannt war; wahrscheinlich dann ja unserer eigenen Arbeit.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

**Zeuge W. K.:** Und die Vereinbarung, die wir mit dem Partner hatten, die schloss das ja aus; da achtete der Partner auch drauf.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber ich frage mich - - Also, wenn der BND selbst, sagen wir, das US-Außenministerium steuert - oder weiß ich was; alles Mögliche, ja - dann mag es ja nicht sonderlich überraschen, wenn die NSA auch solche Ziele hier steuert.

**Zeuge W. K.:** Aber das ist ja jetzt eine spekulative Frage. Zum einen - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, natürlich.

**Zeuge W. K.:** Sie bringen mich jetzt in eine blöde Lage. Sie bringen hier immer Beispiele; ich darf die ja nicht bestätigen in öffentlicher Sitzung. Und dann wollen Sie von mir wissen, ob ich irgendwelche Annahmen treffen kann, was die NSA selber steuert; das weiß ich wahrscheinlich genauso wenig wie Sie.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie erklären Sie sich eigentlich, dass die Menge der Selektoren, die seitens der NSA übergeben wurde und beim Bundesnachrichtendienst eingesetzt wurde, sehr viel größer ist als die BND-eigenen Selektoren?

**Zeuge W. K.:** Das hat eine rein technische Erläuterung; die kann ich auch gerne machen; aber nur in eingestufte Sitzung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Da haben wir doch schon mehrfach über diese Frage auch in öffentlicher Sitzung mit anderen Zeugen drüber gesprochen. Wir würden das nur gerne verstehen, weil, ich glaube, der Kollege von Notz hat schon mal gesagt: 12, 13 Millionen NSA-Selektoren. - Das ist ja nicht so eine Nebensächlichkei für den Bundesnachrichtendienst gewesen; für Bad Aibling war es die Hauptsächlichkei. Und wie kommt es, dass man selbst sehr viel weniger Selektoren zum Einsatz bringt?

**Zeuge W. K.:** Weil wir anders arbeiten; das hängt mit der nachrichtendienstlichen Methodik



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zusammen, wie wir Fernmeldeaufklärung machen und wie es - in dem Fall zumindest, den wir hier kennen - die NSA macht. Ich würde es auch gerne erklären; ich darf aber nicht in öffentlicher Sitzung. Denn es ist in der Tat wichtig, zu verstehen, wie das funktioniert.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sagt Ihnen der Begriff „Matrix“ etwas?

**Zeuge W. K.:** Matrix als mathematisch - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, Matrix im Zusammenhang mit einem Prüfungsgitter.

**Zeuge W. K.:** Eine Prüfungsmatrix?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Was geht, was nicht geht.

**Zeuge W. K.:** Ja, das sind wahrscheinlich Tabellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, im Zusammenhang mit der Steuerung von europäischen Zielen, NATO-Zielen. Kennen Sie nicht?

**Zeuge W. K.:** Sagt mir der Begriff jetzt nichts. Haben Sie vielleicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und so ein Schema? So etwas haben Sie noch nicht gesehen, so was?

**Zeuge W. K.:** Ich kenne ein Schema; darf ich in eingestufte Sitzung auch darüber berichten. Zu unserer eigenen Steuerung meinen Sie jetzt?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, zu Ihrer eigenen Steuerung. Seit wann kennen Sie dieses Schema?

**Zeuge W. K.:** Ich meine, das war - das kann ich jetzt leider nicht mehr mit Sicherheit sagen -, als diese Weisung entworfen wurde in 2013.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wann war das? Eher im Frühjahr 2013?

**Zeuge W. K.:** Nein, also ich hatte erst Kenntnis im Sommer.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mai? Juni?

**Zeuge W. K.:** Nein, nein. August.

**Martina Renner (DIE LINKE):** August?

**Zeuge W. K.:** September. Ich bin mir nicht mehr ganz sicher; aber es war auf jeden Fall Spätsommer.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sagen, die Matrix ist erst dann - September - entstanden, diskutiert worden?

**Zeuge W. K.:** Da müsste ich mir jetzt die Akte anschauen, aber ich meine - - Also, ich - - Diskutiert ist sie vielleicht früher schon worden; aber ich war da nicht beteiligt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sagt Ihnen der Begriff „Beifang“ etwas?

**Zeuge W. K.:** Der sagt mir was, der wird auch in verschiedener Art und Weise verwendet; aber ich kenne den Begriff, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wie verwenden Sie ihn?

**Zeuge W. K.:** Das ist jetzt die Frage. „Beifang“ können Sie sagen, wenn Sie eine Erfassung haben, die überhaupt nicht gesteuert war, oder wenn Sie eine Erfassung haben zu einem gesteuerten Teilnehmer. Da wird manchmal der Begriff „Beifang“ verwendet. Ich persönlich verwende den normalerweise gar nicht. Er ist auch bei uns, glaube ich, kein feststehender Begriff.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wenn das eine Erfassung ist, die gar nicht gesteuert war, was passiert damit?

**Zeuge W. K.:** Dann kann es sein, dass die Umstände der Kommunikation rechtfertigen, dass da mal ein Nachrichtenbearbeiter draufguckt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kann das auch eine G-10-geschützte Kommunikation betreffen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Nein, die werden in der Regel ja vorher entweder gleich verworfen, oder bei Metadaten wird der Personenbezug entfernt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Was habe ich denn von „in der Regel“ zu verstehen? Was ist die Ausnahme von der Regel?

**Zeuge W. K.:** Da habe ich mich falsch ausgedrückt. In der Regel heißt: Sie werden dann verworfen, wenn keine G-10-Anordnung besteht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Beifänge, die man also weiterverarbeitet zu deutschen Meldungen, deutschen Bürgerinnen und Bürgern, gibt es nicht?

**Zeuge W. K.:** Nein, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also schließen Sie aus, dass es so was gibt?

**Zeuge W. K.:** Ein Beifang im Bereich G 10 ist mir jetzt nicht bekannt. Dafür machen wir schon viel zu lange G 10, und da sind unsere Systeme auch so ausgelegt, dass es da keinen Beifang geben kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wieder wechseln. - Und ich glaube, wir kommen direkt zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Bei diesen sozusagen „Vorgängen“ im März 2015, waren Sie dort involviert?

**Zeuge W. K.:** Da war ich involviert, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was war denn der Auslöser dieser Vorgänge?

**Zeuge W. K.:** Was meinen Sie jetzt mit „Vorgang“? Meinen Sie den Besuch des Herrn Bundesministers Altmaier?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge W. K.:** Der Auslöser war - da kann ich mich noch sehr gut erinnern an das Datum, weil es Freitag, der 13., war - eine zum allerersten Mal ausgedruckte Liste derjenigen Selektoren der NSA, die abgelehnt wurden. Die wurde ausgedruckt und offenbar mit dem Ziel, sie hier dem Ausschuss vorzulegen; ich weiß nicht mehr, welcher Beweisbeschluss das damals war. Und ich erhielt am Freitag, den 13., abends einen Anruf, dass ich am nächsten Tag zusammen mit vielen anderen hier in Berlin anzutreten habe beim Präsidenten und dann beim Herrn Staatssekretär wegen dieser Liste.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Liste war Ihnen vorher auch nicht bekannt?

**Zeuge W. K.:** Ich glaube, die war nicht nur mir nicht bekannt, sie wurde als solche ja nicht geführt. Dass die im System geführt wurde, war mir nicht bekannt. Ich glaube, ich hatte hier auch mal, als ich im November 2013 hier war, gesagt: Es gibt so etwas nicht. Wir führen so etwas nicht. - Das war auch der Kenntnisstand damals.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Und würden Sie sagen, ohne den Untersuchungsausschuss wäre das bis heute nicht bekannt?

**Zeuge W. K.:** Ich weiß nicht, ob es einen anderen Auslöser gegeben hätte, diese Liste auszudrucken. Im Moment sieht es danach aus, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie würden Sie das überhaupt grundsätzlich beurteilen, dass in der Außenstelle Bad Aibling, für die Sie mit zuständig sind - nicht für die Steuerung; aber Sie sind zuständig für diese Außenstelle - - sondern grundsätzlich in Pullach - - und Sie wissen über einen solchen Vorgang, dass dort 12 Millionen, 13 Millionen NSA-Selektoren gesteuert werden, nichts. Also, meinte Altmaier das, als er geschrieben hat: „schweres organisatorisches Versagen beim BND“? Also, jetzt nicht in Bezug auf Sie - um Gottes willen -, sondern in Bezug auf, dass eben diese Informationen nicht da waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Was Herr Bundesminister Altmaier meinte, kann ich natürlich nicht sagen. Da müssten Sie ihn dann selber fragen. Dass diese Organisation gewachsen war über mehrere Jahrzehnte und dass es da organisatorische Defizite gab, das ist ja recht schnell gesagt worden, ist ja auch veröffentlicht worden. Wir haben uns anfangs darüber geärgert, aber so, wie es aussieht, waren da wohl organisatorische Defizite auch in der eingesetzten, sage ich mal, Technik, die es nicht erlaubte, dass diese Informationen in dem Fall an die Führung herangetragen wurden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Zusammenhang mit den Snowden-Veröffentlichungen gab es auch eine *Spiegel*-Berichterstattung, dass eine ganz erhebliche Anzahl von Daten gegen die Interessen des Landes, mit dem man kooperiert, nämlich Deutschland in dem Fall, in die USA ausgeleitet wurden. Meinen Sie, dass das damit was zu tun haben könnte, dass sozusagen hier Daten ausgeleitet werden, die mit Selektoren erfasst werden, von denen weder Pullach noch das Bundeskanzleramt die leiseste Idee hatten?

**Zeuge W. K.:** Das waren die 500 Millionen, die im *Spiegel* erwähnt wurden?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will mich da nicht auf die Millionen festlegen, aber das war auf jeden Fall Teil der Snowden-Unterlagen, dass gegen das Interesse eines Kooperationslandes - in diesem Fall Deutschland - Daten ausgeleitet werden. Und da Sie offensichtlich nichts davon wussten, dass mit 12 Millionen Selektoren Inhaltsdaten erfasst werden in Bad Aibling, frage ich mich, ob es dort einen Zusammenhang geben könnte.

**Zeuge W. K.:** In den Snowden-Unterlagen steht es so nicht drin. Da steht drin „Daten aus Deutschland“, wenn ich mich recht erinnere. In der *Spiegel*-Berichterstattung hieß es dann: Daten von Deutschen. Wir haben damals ja - wir waren genauso überrascht, wie alle anderen, wo diese große Anzahl von Daten herkommt - dann das Ganze auch aufgeklärt und haben dazu auch im PKG berichtet. Da gab es auch eine Sonder-PKG

im August; da kann ich mich auch noch gut dran erinnern, weil ich da - -

(RA Johannes Eisenberg:  
Nichtöffentlich!)

- Ach so, Entschuldigung. Nichtöffentlich. - Dann an der Stelle vielleicht nur so viel: Das ist kein Zusammenhang.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben, das ist kein Zusammenhang?

**Zeuge W. K.:** Nein, wir haben festgestellt: Es ist kein Zusammenhang. Das ist kein „glauben“. Ich kann auch in nichtöffentlicher Sitzung - bin ich gerade darauf hingewiesen worden - etwas mehr dazu sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie vielleicht sagen - - Wenn Sie schon sagen: „Es gibt keinen Zusammenhang“, können Sie mir erläutern, wie viele Daten, wie viele Inhaltsdaten aufgrund der Steuerung dieser 12 Millionen monatlich an die NSA ausgeleitet wurden?

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand so-  
wie mit Mitgliedern der  
Bundesregierung)

**Zeuge W. K.:** Also, die 500 Millionen - bin ich gerade drauf hingewiesen worden - hat bereits ein anderer Zeuge in öffentlicher Sitzung schon gesagt. Die stammen aus Afghanistan, nicht aus Deutschland, aus der Aufklärung, die wir dort zusammen betrieben haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das jetzt Ihr Wissen oder - -

**Zeuge W. K.:** Das ist mein Wissen. Ich musste nur gerade klären, ob ich es sagen darf. Mir war nicht mehr bewusst, dass das hier schon mal gesagt wurde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dazu würde ich Ihnen gerne Akten vorhalten. Ich glaube das nämlich so nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Gerne.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt weiß ich nicht, ob wir die haben, weil die eingestuft sind. - Okay, wir müssen es in eingestufteter Sitzung machen, weil die Akten sind eingestuft dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Einen stillen Vorhalt können wir hier schon machen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben die Akten nicht da, weil die Geheim sind.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die könnten ja vielleicht irgendwie - - Wir gucken mal.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre super.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich gucke mal, was ich machen kann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann würde ich nämlich gerne mal die Zahlen mit Ihnen durchgehen diesbezüglich.

**Zeuge W. K.:** Haben wir ja letztes Mal schon, als ich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir haben uns das inzwischen noch mal angeguckt, und da gibt es mehr Fragen als Antworten meiner Ansicht nach. - So. Der Leiter Bad Aibling hat hier ausgesagt, dass er sich an eine schriftliche Weisung in dieser Sache - jetzt Selektoren - nicht erinnern kann. Deswegen: Sie haben ja gesagt, Sie haben eine mündliche Weisung erteilt per Telefon. Also an eine Außenstelle nicht. Aber das war nicht zufällig Bad Aibling, oder?

**Zeuge W. K.:** Doch.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, ausgerechnet Bad Aibling haben Sie nicht erreicht?

**Zeuge W. K.:** Da war niemand mehr erreichbar an dem Tag.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm.

**Zeuge W. K.:** Die wurde aber am nächsten Morgen sofort informiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von D. B.?

**Zeuge W. K.:** Von D. B.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von demjenigen, der auch wusste, dass dort NSA-Selektoren gesteuert werden, was Sie nicht wussten.

**Zeuge W. K.:** Das hat damit aber nichts zu tun.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Also - -

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also gut, das hat damit nichts zu tun; aber D. B. hat das gemacht. Darüber gibt es einen Vermerk, oder er hat es Ihnen erzählt oder - -

**Zeuge W. K.:** Ich weiß nicht, ob es einen Vermerk gibt; aber ich habe ihn noch mal gefragt, ob er es auch gemacht hat. Ich hatte ihn auch extra gebeten. Ich habe ihm ja mitgeteilt: Ich habe alle Außenstellen informiert, nur da habe ich keinen mehr erreicht. Er möge das bitte übernehmen, da ich am nächsten Tag bereits genehmigten Urlaub hatte.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie an die anderen Außenstellen schriftlich auch diese Weisung weitergegeben, oder haben Sie das auch nur mündlich gemacht?

**Zeuge W. K.:** Aufgrund der Dringlichkeit an dem Tag nur mündlich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber nachher werden ja solche Weisungen dann verschriftlicht; das hat zumindest hier der Leiter Rheinhausen uns gesagt. Aber in Bad Aibling ist die nicht verschriftlicht worden nach Aussagen des Leiters Bad Aibling. Können Sie das bestätigen?

**Zeuge W. K.:** Das weiß ich jetzt nicht. Aber im Nachhinein sind diese Weisungen - - Die erste verschriftlichte tatsächliche Weisung gab es ja dann erst im März.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber warum?

**Zeuge W. K.:** Wahrscheinlich weil es so lange gedauert hat, die Weisungen zu erstellen. Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sie doch mündlich am Telefon gesagt.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber die Weisung als solches erlässt ja dann der Abteilungsleiter; der wird natürlich noch mal Rücksprache halten mit dem Präsidenten. Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht. Also, Sie sprechen eine Weisung aus, und der Abteilungsleiter macht dann noch mal eine eigene Weisung?

**Zeuge W. K.:** Ja, natürlich muss es dann eine verschriftlichte Weisung geben, damit die Leute Handlungssicherheit haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Die gibt es aber nicht für Bad Aibling. Und da die Weisung von Ihnen kommt, frage ich mich: Herr W. K., sind Sie da vielleicht hintergangen worden oder so jetzt?

**Zeuge W. K.:** Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren im Urlaub. Also, Sie kommen dann zurück aus dem Urlaub nach einer Woche,

und die einzige Außenstelle, die Sie nicht erreicht hatten, war Bad Aibling. So. Was passiert dann? Rufen Sie an, sagen: „Setzt ihr das um? Habt ihr das verschriftlicht? Wie läuft das mit den Selektoren, Freunde der Nacht?“ - Wie läuft das? Weil ich sage das nur vor dem Hintergrund, dass der Leiter der Außenstelle Bad Aibling hier das letzte Mal gesessen hat und gesagt hat: Wir haben das nicht verschriftlicht. - Und da haben wir gefragt: Wie kann denn das sein? Wie kann das überhaupt rechtskonform und unwillkürlich, also gegen willkürliche Handhabung, dann umgesetzt werden? Das verstehen wir gar nicht. - Und dann hat der gesagt: Nein, es gibt Weisungen, die verschriftlichen wir einfach grundsätzlich nicht. So. - Und das fanden wir merkwürdig. Und deswegen frage ich mich jetzt: Sie, die Sie zuständig sind für Bad Aibling in Pullach sozusagen, sind Sie da hintergangen worden?

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also es ist okay, dass die das nicht verschriftlicht haben?

**Zeuge W. K.:** Ich habe vorhin schon gesagt: Sie können eine Weisung mündlich erteilen, Sie können sie schriftlich erteilen, per E-Mail. Das ist ja nicht nur bei uns so; das kennen Sie doch auch aus dem Bereich der Bundesregierung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch eben gesagt, Herr W. K., dass natürlich eine Weisung verschriftlicht werden muss, damit sie ordentlich umgesetzt werden kann.

**Zeuge W. K.:** Damit sie Handlungssicherheit haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können wir noch einmal klären: BND-Selektoren und NSA-Selektoren - - Ich glaube, das geht hier gerade ein bisschen durcheinander.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Nein, gerade geht es um die BND-Selektoren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade geht es um die BND-Selektoren.

**Zeuge W. K.:** Es geht um die BND-Selektoren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir uns völlig einig.

**Zeuge W. K.:** Und für eine Handlungssicherheit arbeiten sie dann selbstverständlich in dem Fall ja eine schriftliche Weisung aus. Dass das etwas Zeit in Anspruch nimmt, das ist aber auch kein ungewöhnlicher Vorgang.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht. Sie sprechen doch die Weisung am Telefon aus: Leute, macht das und das. - Und das muss doch jemand einfach aufschreiben, oder ist da Interpretationsspielraum?

**Zeuge W. K.:** Nein, da gab es keinen Interpretationsspielraum.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann sagen Sie mir mal genau, was Sie mündlich am Telefon weitergegeben haben.

**Zeuge W. K.:** Das kann ich nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen; habe ich vorhin schon gesagt. Da gibt es nämlich noch einen Inhalt dazu.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen die Weisung ja eben vorgelesen. Ich kann sie Ihnen noch mal vorlesen, wie sie an anderer Stelle verschriftlicht wurde. Ob das Ihre Weisung ist - -

**Zeuge W. K.:** Nein, ich habe doch vorhin schon gesagt: Ich habe die nicht verschriftlicht, und derjenige, der diese E-Mail geschrieben hat, der hat sie ja nicht an mich geschrieben. Aber ich kann Ihnen sagen, was ich konkret weitergegeben habe, weil ich Ihnen sagen kann, was konkret - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie konkret weitergegeben?

**Zeuge W. K.:** In nichtöffentlicher Sitzung. Das habe ich aber jetzt schon zehnmal gesagt.

(RA Johannes Eisenberg:  
Ja!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr W. K., das ist des Pudels Kern, weil wir reden hier vor der Bundestagswahl - na ja, 28.10. ist schon danach; aber die Diskussionen gingen ja vorher im heißen Sommer - -

**Zeuge W. K.:** Es ist nach der Bundestagswahl.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der 28.10. ist nach der Bundestagswahl, aber in einer sehr kritischen Situation: Es werden gerade Koalitionsverhandlungen geführt usw. Und diese ganze Abwehrgeschichte der Snowden-Veröffentlichung stimmt hinten und vorne nicht, und das wird offenkundig. Und da wissen Sie noch nicht mal, dass wir NSA-Selektoren steuern. Ja? Aber das Abhören unter Freunden, das stimmt halt nicht. Wir hören Freunde ab. Und das fällt Ihnen wie Schuppen von den Augen am 28.10. Oder Herrn Schindler fällt das auf, und der sagt: Um Gottes willen, hört auf, die zu steuern! - Und dann dauert es aber Monate, bis das irgendwie verschriftlicht wird. Das ist doch merkwürdig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müsste dann die letzte Frage in der Runde sein.

**Zeuge W. K.:** Da möchte ich gerne was dazu sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

**Zeuge W. K.:** Ich habe vorhin schon gesagt: Wir steuern gemäß unserem Auftragsprofil; wir: der BND. Im Auftragsprofil ist das, was Sie jetzt die ganze Zeit hier immer erwähnen an Ländern, die ich leider nicht bestätigen darf, nicht enthalten. Ich kann nichtöffentlich etwas mehr dazu sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich überhaupt nicht, die Aussage. Also, erst mal: Welche Länder nenne ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die ganze Zeit? Ich glaube, ich habe kein einziges Land genannt; aber ich könnte mal anfangen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt aber wechseln.

**Zeuge W. K.:** Also, ich bin jetzt wirklich - - Ich würde das nicht auf mich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im PKGr-Bericht stehen diese Länder öffentlich drin.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Herr W. K., ich würde Ihnen gerne ein Schreiben der Rechtsabteilung TAG-Y(?) aus dem Februar 2009 zeigen - das ist die Tagebuchnummer 223/16, MAT A BND 44/2 - und Sie fragen, ob Sie das kennen. Das ist NfD, deswegen kann ich den Titel auch ohne Probleme nennen: „Strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes. Hier: Auftragskonforme Aufklärungsansätze, Aufklärung von Institutionen wie Vereinte Nationen und Europäische Union“ (?) - Blatt 4, für das Protokoll.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Zeuge W. K.:** Also, zuerst einmal: Ich kenne das Schreiben, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Lese ich das richtig, dass es also schon vor 2013 Diskussionen gab, was man darf und was man nicht darf?

**Zeuge W. K.:** Einen Augenblick. Ich muss gerade klären, ob ich öffentlich darüber etwas sagen darf.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das ist eine NfD-Vorlage.

(MR Philipp Wolff (BK) nimmt Einblick in die Unterlagen)

**Zeuge W. K.:** Also, der Auslöser für die ganze Sache war eine ganz andere Erfassungsart.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das wissen wir, aber das ist ja nicht die Frage, sondern wir haben ja vorhin am Anfang der Vernehmung erörtert, ob diese Problematik „BND-Selektoren, die auf Europa zielten“ irgendwann mal vorher schon thematisiert wurde. Ihre Aussage war: NATO, Europa, alles kein Problem, war für uns nie eine Frage. G-10-Schutz: klar, aber der Rest irgendwie zum Abschluss freigegeben. - Nun diskutiert man ja schon 2009 irgendwie solche Fragen; also das beißt sich ein bisschen.

**Zeuge W. K.:** Also, „zum Abschluss freigegeben“ ist nicht meine Form der Formulierung.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, das nicht; aber das haben andere hier schon gesagt, und wir wissen, dass es so gemeint war.

**Zeuge W. K.:** Nein, gemeint ist es auch nicht so.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja. Klar.

**Zeuge W. K.:** Hier geht es um eine ganz andere Erfassungsart. Ich kenne den Vorgang. Es war damals auch eine andere Erfassungsart, die sehr eng diskutiert wurde. Da ging es nicht um das, worüber wir vorhin hier geredet haben, ob wir da Selektoren ändern müssen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber wenn man bei der einen Erfassungsart eben darüber diskutiert 2009, ob man europäische Ziele schützen muss - ja oder nein - oder NATO-Ziele oder UNO oder so was schützen muss - ja oder nein -, finde ich es relativ seltsam, dass man das bei den Selektoren dann nicht diskutiert. Aber Sie sagen, das liegt so weit auseinander, da ist man gar nicht drauf gekommen, dass es da eine ähnliche Problematik geben könnte.

**Zeuge W. K.:** Ich sage mal, wenn die Leitung oder das Kanzleramt gesagt hätte: „Da müssen wir jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwas tun“, dann wäre ja irgendwas auch gekommen. Das war ja nicht der Fall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, dass vom Kanzleramt nichts kam, wissen wir. Das Kanzleramt sagt, sie wussten das ja alles nicht. - Kennen Sie eigentlich den Prüfbericht der Datenschutzbeauftragten zu Bad Aibling?

**Zeuge W. K.:** Aus welchem Jahr? Jetzt aus 2014?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge W. K.:** Nicht auswendig, aber ich habe ihn gelesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Waren dort Dinge dabei, die für Sie neu waren, was da so in Bad Aibling passiert?

(Der Zeuge blickt zu MR  
Philipp Wolff (BK))

Also, mittlerweile ist er ja auch bei netzpolitik.org veröffentlicht.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber deswegen bleibt er ja Geheim.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das löst die Zunge möglicherweise.

**Zeuge W. K.:** Also, nur weil er irgendwo durchgestochen wurde, bleibt er ja Geheim. Ich bin an meine Aussagegenehmigung gebunden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. War was neu für Sie? Haben Sie gesagt: „Krass. Was? XKey-score und die ganzen Metadaten werden ausgeleitet“, oder so?

**Zeuge W. K.:** Da kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung was dazu sagen. Er bleibt weiterhin Geheim. Meine Aussagegenehmigung lässt es nicht zu.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber man kann doch eine Aussage treffen, ob irgendetwas neu dort war.

(RA Johannes Eisenberg:  
Nein! Da muss man sich  
zum Inhalt äußern!)

Sie waren ja für die Außenstellen zuständig. Und jetzt gibt es einen Prüfbericht der Datenschutzbeauftragten, und für mich wäre als Zuständiger für die Außenstellen interessant, ob dort irgendetwas aufgeschrieben wurde, was Sie vorher nicht wussten.

**Zeuge W. K.:** Da müsste ich mich doch jetzt zum Inhalt äußern, Frau Abgeordnete Renner. Und meine Aussagegenehmigung lässt es nicht zu. Sie bringen mich in eine Situation, da komme ich ja in Teufels Küche, wenn ich jetzt hier mich öffentlich zu einem geheimen Schreiben äußere.

(RA Johannes Eisenberg:  
Teufels Küche!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Teufels Küche?

**Zeuge W. K.:** Disziplinarisch. Meine Aussagegenehmigung lässt es nicht zu, auch wenn Sie die Frage jetzt noch ein paarmal stellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sind doch auf dem Weg nach oben; niemand hält Sie auf.

**Zeuge W. K.:** Eine disziplinarische Ermittlung hält jeden auf, Frau Renner. Ich kann doch deswegen mich nicht einfach über die Sicherheitsvorschriften hinwegsetzen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gab es denn disziplinarische Maßnahmen gegen irgendwelche Mitarbeiter der TA nach dem Bekanntwerden der Dinge in Bad Aibling? Wenn Sie sich da jetzt heute Sorgen machen.

**Zeuge W. K.:** Gegen mich gab es keine.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Gegen andere?

**Zeuge W. K.:** Es sind mir keine bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch nicht. Das ist eine sehr hypothetische Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Ich glaube auch nicht, dass die am Schwarzen Brett veröffentlicht werden bei uns.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, Versetzungen kriegt man mit.

**Zeuge W. K.:** Aber Versetzungen sind ja bei uns täglich. Also nicht täglich, aber oft. Das ist doch ein normaler Vorfall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen erst mal. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Nun sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Zeuge, wir hatten ja vorhin schon davon gesprochen, dass Sie mit vielen Anfragen der Abgeordneten und der Fraktionen befasst waren. Haben Sie sich auch konkret um die Beantwortung einzelner Anfragen gekümmert?

**Zeuge W. K.:** Nein. Die Beantwortung der Anfragen insgesamt macht natürlich bei uns die Leitung des BND, wenn so eine Anfrage reinkommt. Aber zu Teilaspekten musste ich natürlich zuarbeiten; da waren ja vieles technische Fragen. Deswegen war ich auch die meiste Zeit damals - wir reden jetzt von 2013, Sommer? -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 2013.

**Zeuge W. K.:** - auch nicht in Pullach an meinem Dienort, sondern meistens hier in Berlin.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ah ja, da haben Sie da zugearbeitet. Da wurden Sie dann auch immer danach gefragt, ob Sie da was zu sagen können, zu den Fragen?

**Zeuge W. K.:** Nein. Wir mussten die Zuarbeit organisieren aus der Abteilung. Und da es zur damaligen Zeit hier im Leitungsstab keinen gab, der eine Historie aus der Abteilung TA hat, wurde ich hierher zitiert.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe jetzt hier eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die ist beantwortet worden von der Bundesregierung - Kleine Anfrage war das - sechs [sic!] Tage vor der Bundestagswahl am 12.09.2013, also ein kritischer Zeitpunkt - jedenfalls ein kritischer Zeitpunkt, bestimmte Informationen zu geben -, und da findet sich auch die Frage - ich will jetzt nicht die ganzen Fragen hier durchgehen - 12 d. Ich lese die mal vor, die lautete:

Inwieweit treffen die Berichte der Medien und des Whistleblowers Edward Snowden nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass ... d) der britische Geheimdienst ... das transatlantische Telekommunikationskabel TAT 14, über das auch Deutsche bzw. Menschen in Deutschland kommunizieren, zwischen dem deutschen Ort Norden und dem britischen Ort Bude anzapfe und überwache.

Das war zitiert damals aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 29. Juni. Erinnern Sie sich zufällig an die Frage?

**Zeuge W. K.:** So konkret jetzt nicht; aber ich glaube, dass das auch Thema war.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie noch die Antwort?

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die kann ich Ihnen auch vorlesen, also, wie gesagt, sechs [sic!] Tage vor der Bundestagswahl:

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis, dass sich das transatlantische Telekommunikationskabel TAT 14 tatsächlich im Zugriff des GCHQ befindet.

War diese Antwort vier [sic!] Tage vor der Bundestagswahl richtig oder falsch? Nach Ihrer heutigen Kenntnis.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Nach meiner Kenntnis war sie damals richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** Nach meiner Kenntnis war sie richtig. Ich weiß jetzt aber nicht, wer da alles noch zugearbeitet hat. Ich bin ja nicht der, der die Dinge hier alleine beantwortet.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. - Haben Sie sich das genau überlegt? Die war richtig?

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

**Zeuge W. K.:** Es geht darum, ob wir Kenntnis darüber hatten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Kenntnis hatten Sie nicht? Sicher nicht?

**Zeuge W. K.:** Na ja, wenn Sie jetzt sagen - - Vorhin kamen ja so Annahmen, was ein anderer Nachrichtendienst alles machen würde. Aber danach ist ja nicht gefragt, und spekulieren ist ja in solchen Antworten nicht die Wahl.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, spekulieren nicht. Kenntnis.

**Zeuge W. K.:** Nein, hatten wir nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie nicht. Der Frage werden wir natürlich weiter nachgehen, weil es war ja schon ein sehr kritischer Zeitpunkt. Vielleicht wissen wir heute Abend da mehr, mal gucken. - Wenn die Bundesregierung Fragen beantwortet, dann beantwortet die wahrscheinlich nicht unbedingt ein Mitglied der Bundesregierung, also persönlich jetzt - hier: Herr Altmaier - der Minister oder die Kanzlerin, wenn es sich an die Bundesregierung richtet, sondern dann heißt das auch - Sie sagen ja selber, bei der Beantwortung waren Sie

auch beteiligt irgendwie als Zuarbeiter -: der BND. Oder nicht? Oder macht man da einen Unterschied: „Der BND weiß das und die Bundesregierung weiß das“?

**Zeuge W. K.:** Da bin ich ehrlich überfragt. Ich glaube, ich weiß nicht, wer tatsächlich jetzt diese ganzen Anfragen beantwortet. Ob das das Kanzleramt macht oder ob das im BMI läuft, das weiß ich nicht. Aber wenn ich jetzt persönlich zur Zuarbeit aufgefordert werde, dann heißt das immer: Ihr zuständiger Bereich muss zur Frage - ich sage jetzt mal - 47b eine Zuarbeit liefern. Ob das dann die einzige Zuarbeit ist oder ob da noch andere mit zuarbeiten und wer das dann zusammenfasst, das kann ich Ihnen leider nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich noch daran, ob Sie vor der Beantwortung dieser Frage sich - - Hier wird ja angegeben, Edward Snowden hätte auch solche Angaben gemacht. Persönlich hat er sich ja nicht geäußert, aber gemeint sind da ja immer die Dokumente. Haben Sie sich mal die Dokumente angeguckt?

**Zeuge W. K.:** Welche Dokumente meinen Sie jetzt?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Edward Snowden. Daraufhin, was der denn da behauptet.

**Zeuge W. K.:** Also, ich habe mir die schon mal alle angeguckt, was da veröffentlicht wurde. Es war ja auch interessant.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da so eine Behauptung?

**Zeuge W. K.:** Ich nehme es mal an.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Substantiviert vielleicht.

**Zeuge W. K.:** Das kann ich ja nicht sagen. Ich weiß ja nicht mal, ob die Dokumente echt sind, die da veröffentlicht werden. Aber wenn das in der Zeitung berichtet wird, nehme ich mal an,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die das aus den Dokumenten von Snowden haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. - Gehen Sie davon aus, die Dokumente sind nicht echt?

**Zeuge W. K.:** Nein, ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie müssen doch von was ausgehen. Sagen Sie: „Sie sind zweifelhaft“, oder: „Sie sind falsch“, oder - - Also, wir sind jetzt ein paar Jahre weiter.

**Zeuge W. K.:** Na ja, da möchte ich mir jetzt kein Urteil erlauben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie ein Dokument, was falsch war, gefälscht oder erfunden?

**Zeuge W. K.:** Nein. Ich kenne aber eins, das echt war; das wird mir hier ja auch oft vorgehalten. Das ist eine Besprechung, in der ich selber mit anwesend war. Das stimmt. Das kann ich bestätigen, weil genau dieses Dokument kenne ich. Aber ich kann doch nicht die anderen bestätigen; das kann doch keiner hier.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie denn so viel sagen, ob der Bundesnachrichtendienst grundsätzlich auch mit den Briten zusammenarbeitet?

(Der Zeuge blickt zu MR  
Philipp Wolff (BK))

**Zeuge W. K.:** Grundsätzlich arbeiten wir auch mit den Briten zusammen. Über die Einzelheiten darf ich nur in eingestufte Sitzung reden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch bei der Fernmeldeaufklärung?

**Zeuge W. K.:** Ich darf nur in eingestufte Sitzung darüber reden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Dürfen Sie hier nichts sagen. Also, dann dürfen Sie auch nicht zu der - - Ich könnte das konkreter machen, weil hier steht ja eine konkrete Behauptung drin. Also dass ein bestimmter Knotenpunkt, Glasfaserknotenpunkt irgendwie Objekt der Begierde sein sollte, habe ich Ihnen ja gerade vorgelesen.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber auch wenn Sie es konkreter machen - das macht es ja für mich eigentlich nur noch schwieriger -: Ich darf leider in öffentlicher Sitzung dazu nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie können auch nicht sagen ob, sondern sagen da gar nichts zu, -

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also ob Sie dazu was wissen. - Ja, dann komme ich nachher noch mal zu einem anderen Komplex. - Dann lasse ich den Kollegen - - Konstantin von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auch vor dem Hintergrund, wenn ich da anschließen darf, der Aussage, die Sie eben gemacht haben gegenüber dem Kollegen Ströbele bezüglich des TAT-14-Kabels, sehen Sie da keinen Korrekturbedarf bezüglich der Dinge, die Sie nicht sagen dürfen in öffentlicher Sitzung?

**Zeuge W. K.:** Nein, sehe ich nicht. Kein Korrekturbedarf.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie mal in Norden?

**Zeuge W. K.:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie mal in Bude?

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BND mal in Bude waren?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge W. K.:** Ich darf nur in eingestufte Sitzung über die Zusammenarbeit mit dem britischen Dienst sprechen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist halt die entscheidende Frage im Hinblick auf diese harte Aussage, dass diese Beantwortung dieser Frage hier richtig ist. Und dazu können Sie dann eben nur in nichtöffentlicher Sitzung was sagen. Das ist misslich.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber Sie können doch davon ausgehen, wenn ich jetzt sage: „Die Beantwortung so ist richtig“, dass ich in nichtöffentlicher Sitzung nichts anderes sagen werde zu diesem einen Thema.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir schon anders erlebt, Herr W. K. Ich kann jetzt nicht genau erinnern, ob mit Ihnen; aber mit mehreren Zeugen. Deswegen - - Ich weiß es nicht genau, aber das wird gerne gemacht, dass man dann, wenn man die Akte dann sieht in nichtöffentlicher Sitzung, sagt: Ach, so meinen Sie das. Nein, das stimmt. Das hatte ich vorhin anders gemeint.

**Zeuge W. K.:** Gut. Dann sage ich es so: Zur Zusammenarbeit mit dem britischen Dienst darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung sprechen. Zu diesem anderen Thema, der Beantwortung dieser Frage, würde ich auch in nichtöffentlicher Sitzung keine andere Angabe machen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sagen Sie, der DAFIS-Filter, den Sie eben angesprochen haben, funktioniert der?

**Zeuge W. K.:** Der funktioniert so gut wie das Suchprofil, das Sie mit ihm anwenden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** Der funktioniert so gut wie das Suchprofil, das Sie mit ihm anwenden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist ja lustig. Funktioniert der DAFIS-Filter?

**Zeuge W. K.:** Verstehe jetzt die Frage nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Funktioniert der?

**Zeuge W. K.:** Ja, klar.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Filtert der das erfolgreich aus, was Sie ausfiltern wollen?

**Zeuge W. K.:** Der filtert das erfolgreich aus nach den Regeln, mit denen Sie ihn speisen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist keine Beantwortung meiner Frage.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber auf was wollen Sie hinaus?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie paraphrasieren meine Frage.

**Zeuge W. K.:** Das ist aber nicht meine Absicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So. Also werden alle deutschen Grundrechtsträger durch DAFIS ausgefiltert?

**Zeuge W. K.:** Alle können ja nicht ausgefiltert werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, funktioniert er?

**Zeuge W. K.:** Er funktioniert so gut, wie die Profile sind, mit denen Sie ihn speisen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn die Profile schlecht sind, die Sie einspeisen, dann funktioniert er -

**Zeuge W. K.:** Dann funktioniert er eben schlecht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - schlecht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Aber dann muss er nachgebessert werden, und das ist ja ein kontinuierlicher Prozess bei uns. Der wird ja kontinuierlich nachgebessert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man mal grundsätzlich überlegt, ob DAFIS überhaupt funktioniert? Gab es schon mal Diskussionen bei Ihnen, dass man was anderes braucht als DAFIS, weil es eben nicht funktioniert?

**Zeuge W. K.:** Weil es nicht funktioniert nicht, aber dass wir natürlich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es sehr schlecht funktioniert.

**Zeuge W. K.:** Nein, das möchte ich nicht sagen, dass es sehr schlecht funktioniert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab Diskussionen?

**Zeuge W. K.:** Es gab ein Vorgängersystem zu DAFIS. Und dann hat man überlegt, als die paketvermittelnden Verkehre mehr in den Fokus rückten, wir brauchen was Neues. So ist DAFIS entstanden. Und ich denke schon, dass wir im Zuge unserer zukünftigen Strategischen Initiative Technik auch vielleicht einen Nachfolger von DAFIS haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

**Zeuge W. K.:** Weil man das ganze System der Filterung fortentwickeln muss.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum muss man das fortentwickeln, wenn das funktioniert?

**Zeuge W. K.:** Ja, aber es funktioniert doch nicht für alle Zeiten. Es ändern sich ja auch die Kommunikationsumstände.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Funktioniert es, oder funktioniert es nicht, Herr W. K.?

**Zeuge W. K.:** Also, wenn Sie mich so fragen: Es funktioniert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen nachher die Akten, die nichtöffentlich sind, vorhalte, werden Sie diese Aussage nicht wiederholen; das sage ich Ihnen schon.

**Zeuge W. K.:** Da bin ich gespannt drauf.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich auch.

(RA Johannes Eisenberg:  
Ich weiß! Es ist ermüdend!)

- Ja, Herr Eisenberg.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gibt es noch Fragen an den Zeugen in öffentlicher Sitzung?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber erst mal nicht von mir.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann sind wir erst mal wieder bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja. - Ich bleibe noch bei der Vorlage, die wir eben schon diskutiert haben, Tagebuchnummer 223/16, MAT A BND 44/2, Seiten 4 f. Sie sagten: Das ist ja ein ganz anderer Aufklärungsansatz. - Kann sein, dass Sie da ein bisschen recht haben, weil es ging ja um die Auswirkung der Weisung des Bundeskanzleramtes zu ITO. Das hier bezieht sich aber auf die strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes. Und es geht auch - ich lese Ihnen das gerne mal vor - um TK-Merkmale; das ist ja ein anderer Begriff für Selektoren. Und deswegen verstehe ich nicht, dass Sie sagen: „Nein, das hat alles überhaupt nichts mit der Selektorenproblematik oder EU-Steuerung oder NATO-Steuerung zu tun“, weil meiner Meinung nach steht etwas anderes drüber. Da steht: Strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Aber der Auslöser war doch ein ganz anderer.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Der Auslöser war die ITO-Geschichte. Das ist aber - - Dieses Dokument geht nicht um ITO, da geht es um strategische Fernmeldeaufklärung.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber was wollen Sie jetzt wissen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Jetzt kommen wir nämlich dazu, auf was ich hinauswill. Erstens will ich darauf hinaus, dass man 2009 schon die Problematik diskutiert, ob man inländische Einrichtungen steuern darf, ob man bei ausländischen Einrichtungen solche steuern darf, die zum Beispiel internationale Hilfsorganisationen sind, NATO, EU. Das ist schon mal interessant, weil es eben nicht so ist, dass man bis 2013 gesagt hat: „Alles ist okay und kann laufen“, sondern es gab Diskussionen, und das ist der erste Punkt.

Aber der zweite, da geht es mir noch mal um den G-10-Schutz. Das würde ich gerne noch mal mit Ihnen diskutieren anhand eines Vorhalts daraus. Da heißt es unter „A: Zuständige andere Behörden“ (?) - ich muss das jetzt mal im Ganzen vorlesen - :

Demnach ist der BND nicht ermächtigt, TK-Merkmale von deutschen Behörden, die ebenfalls für die Erhebung von Informationen von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung zuständig sind, als Routinesuchbegriffe zu steuern und damit gezielt zu erfassen, zum Beispiel Bundewehr. Diese berichtet in eigener Zuständigkeit nach oben. Bei ungezielten Erfassungen (zum Beispiel, wenn eine zuständige andere Behörde bei einer Kommunikation mit einem routinegesteuerten Teilnehmer erfasst wird) sind Verkehre grundsätzlich zu löschen ...(?)

Ich schiebe mal ein - das haben Sie vorhin auch gesagt -: Sobald da „G 10“ aufploppt, wird es gelöscht.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es geht aber jetzt weiter hier, und jetzt wird es interessant:

... da die Behörde in eigener Zuständigkeit Meldung erstattet. Ausnahmen sind in Einzelfällen aber denkbar. Eine zulässige Erfassung liegt dann vor, wenn der BND durch die strategische Fernmeldeaufklärung im Vergleich zu der anderen Behörde über einen erweiterten Informationsgehalt verfügt (zum Beispiel zusätzliche Lokalisierungsmöglichkeit des Gesprächsteilnehmers oder bei überschießendem ND-Gehalt).(?)

Also, es wird gesagt: Im Grunde muss man das löschen, aber es gibt Ausnahmen. Und eine Ausnahme ist formuliert: bei überschießendem ND-Gehalt. Was ist denn das?

**Zeuge W. K.:** Da bin ich jetzt ein bisschen überfragt. Ich könnte mir denken, das ist, wenn der nachrichtendienstliche Mehrwert überwiegt. Das ist ja nur eine andere Formulierung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Genau. Und dann kann ich als Sachbearbeiter meiner Außenstelle sagen: Heute wieder überschießender ND-Gehalt, also geht auch irgendwie sozusagen - -

**Zeuge W. K.:** Da müssten Sie jetzt wirklich die Juristen fragen, die das auch geschrieben haben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber war es so? Gab es diese Ausnahmen von der Regel, dass man dann auch zu deutschen Behörden und Gesprächsteilnehmern erfasst hat bei überschießendem ND-Gehalt?

**Zeuge W. K.:** Mir ist das nicht bekannt, dass das passiert ist. Ich selber war nie in der Nachrichtenbearbeitung; aber zu Grundrechtsträgern gab es ganz strikte Weisungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es kann ja sein, dass es viel gibt an strikten Weisungen, es gibt auch viel an Gesetz und Verfassung usw.; aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das hat einen ja, wenn man der Datenschutzbeauftragten glaubt, nicht so richtig gejuckt.

**Zeuge W. K.:** Das sehe ich nicht so.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das nicht so eine Generalklausel: Öffnung, wenn man sagt: „bei überschießendem ND-Gehalt“?

**Zeuge W. K.:** Weiß ich nicht. Da müssten Sie jetzt wirklich einen Juristen fragen, was diese Formulierung genau heißt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sind denn zu deutschen Behörden Erfassungen gelaufen? Sie sind doch da - -

**Zeuge W. K.:** Meines Wissen nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie nie auf den Tisch gekriegt?

**Zeuge W. K.:** Nein. Die hätte ja auch nicht ich auf den Tisch bekommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sondern der Nachrichtenbearbeiter?

**Zeuge W. K.:** Der Jurist in dem Fall; da geht es ja um Grundrechtsträger.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Der hätte das immer auf den Tisch bekommen?

**Zeuge W. K.:** Also, wenn die Systeme das nicht ausfiltern, dann hätte der das natürlich auf den Tisch bekommen, weil dann ist ja die Frage: Muss man vielleicht Mitteilung machen bei der G-10-Kommission? Ich weiß, Sie vermuten immer, dass wir hier irgendwelche Richtlinien umgehen oder Gesetze umgehen. Das ist mitnichten so.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, das ist total abwegig.

**Zeuge W. K.:** Das ist schön, dass ich das von Ihnen höre.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Das wissen Sie  
doch gar nicht!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das unterstellen wir nicht. Die Datenschutzbeauftragte stellt in zwölf Fällen Rechtsbruch fest. Wir unterstellen hier gar nichts. Wir stellen fest.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Da bin ich sehr  
gespannt, welcher Bericht  
das sein soll! - Dr. Konstan-  
tin von Notz (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Viel-  
leicht darfst du auch gleich  
ein paar Fragen stellen,  
Tankred! - Dr. André Hahn  
(DIE LINKE): Er hat ihn  
doch noch nicht gelesen!)

- Gut, das ist jetzt, glaube ich, nicht so, dass wir irgendwie den Kenntnisstand von Herrn Schipanski erfragen wollen, ob er nun was gelesen hat oder nicht. - Dann geht es hier noch weiter. Dann geht es auch darum, dass man gegebenenfalls auch sonstige inländische Einrichtungen abhören kann, zum Beispiel staatliche Hilfseinrichtungen. Ist Ihnen so was bekannt?

**Zeuge W. K.:** Das ist mir jetzt auch nicht bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Erfassung vom Deutschen Entwicklungsdienst. Diese Erfassung wurde durch BK-Amt und G 10-Kommission gebilligt. Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge W. K.:** Also, das ist mir jetzt echt nicht bekannt. Ich glaube auch nicht, dass das so richtig ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, ich glaube auch nicht, dass das richtig ist; da sind wir uns dann mal einig. Aber Sie haben nie so was gehört, dass man das - -

**Zeuge W. K.:** Nein. Wie gesagt, ich habe vorhin schon gesagt: Ich war nie zuständig für Nachrichtbearbeitung oder Steuerung. Da müssten Sie jetzt schon jemanden aus dem Bereich fragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, aber Sie haben zu Beginn der heutigen Vernehmung gesagt irgendwie: Das mit dem EU- oder NATO- Bezug oder deutschen Interessen, das hat keine Rolle gespielt, weil das war immer ganz klar: Es geht alles außer G 10, und das sei in der Regel ausgefiltert worden. - Dann habe ich nachgefragt, und da sagten Sie: In der Regel heißt, es ist auf jeden Fall gelöscht worden. Ja?

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Martina Renner (DIE LINKE):** So. Und jetzt gibt es hier ein Dokument von 2009. Das macht einen Haufen Ausnahmen aus, wo man doch zu G 10 erfassen kann, wo man zum Beispiel den Deutschen Entwicklungsdienst erfassen kann, weil es eine Hilfsorganisation ist, wo man bei überschießendem ND-Gehalt erfassen kann. Das irritiert mich jetzt einfach.

**Zeuge W. K.:** Das irritiert mich jetzt auch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu meldet sich Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich will nur, dass kein falscher Eindruck entsteht, weil es nicht vollständig zitiert wird. Hier geht es ausschließlich um ungezielte Erfassungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Routineerfassung.

**MR Philipp Wolff (BK):** Möglicherweise kann man zu mir sagen, wir hätten das alles schwärzen können. Es geht nicht um die Selektorenproblematik, wenn Sie das oben noch mal lesen. Es geht um ungezielte Erfassungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir reden doch darüber: Bei Routineerfassungen am Kabel, was geht und was geht nicht.

**MR Philipp Wolff (BK):** Wir reden über den Umgang mit ungezielten Erfassungen. Erfassungen - - Vorhin haben Sie mal nach Beifang gefragt - - Über den Umgang mit Erfassungen, die nicht auf Selektoren basieren. Das wird da behandelt; nur dass da kein falscher Eindruck entsteht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, bei ungezielten Erfassungen war das erlaubt, und bei Selektoren war es nicht erlaubt? Nein, war es auch erlaubt. Ich weiß jetzt gar nicht, auf was Sie hinauswollen, Herr Wolff.

**Zeuge W. K.:** Da müssen Sie jetzt wirklich den Ersteller des Papiers fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist jetzt irritierend. Also ich wüsste jetzt nicht, was - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Sie haben - - Wenn Sie in den Absatz oben schauen - ich versuche jetzt wirklich, zu helfen -, dann ist genau die Beifangproblematik geschildert. Da steht: „Bei ungezielten Erfassungen, zum Beispiel - - Wenn Sie das lesen, ist klar, was da behandelt wird.“

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mir geht es doch nur darum, dass gesagt wird, es wird immer alles, was G 10 ist, gelöscht.

**MR Philipp Wolff (BK):** Der Erfasser geht hier auch erkennbar davon aus, wenn Sie es ganz lesen, Frau Renner, dass das hier auch nicht um G 10 geht. Aber da sollte man möglicherweise das ganz lesen. Es ist schwierig, wenn immer auszugsweise gelesen wird. Da geht es um ungezielte Erfassungen außerhalb von G 10. Da kann man dann wieder über die Funktionsträgertheorie diskutieren. Aber genau darum geht es hier und nicht um G 10 und nicht um Selektoren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich mache mir doch nicht die Rechtsauffassung des BND zu eigen. Mir geht es darum, dass, wenn irgendwie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Deutschen Entwicklungsdienstes erfasst werden, dann kann der BND meinen, dass das okay ist, weil das Funktionsträgertheorie ist und weil das eben Routineerfassung ist. Meine Auffassung ist das nicht. Ja? Und das ist der Dissens. Und ich sage irgendwie - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir sind aber nicht in der Beratungssitzung. Wir haben einen Zeugen heute geladen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und deswegen ist Ihr Hinweis so lange richtig, solange Sie davon ausgehen, dass ich die Rechtsauffassung des BND teile. Die teile ich aber nicht.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Das ist ja das  
Problem!)

- Ja, stimmt. Genau. Wenigstens einer, der hier noch an die Verfassung sich hält.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Fragezeit ist gleich rum.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und ich wollte einfach - - Mir geht es um diese Frage: Es sind ja 2009 schon in vielfältiger Hinsicht solche Problematiken erörtert worden, aber Sie sagen: nie mit Blick auf die Selektoren.

**Zeuge W. K.:** So ist es.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Dass wirklich die BND-Selektoren-Problematik - - ist wirklich erst in 2013 aufgekomen?

**Zeuge W. K.:** Wenn es damals schon erläutert worden wäre, dann hätten wir ja den Fall auch schon damals behandelt. Das war ja nicht der Fall.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, also, man hat dann wirklich strikt getrennt: Hier die Selektoren und hier die Routineerfassung, und das sind getrennte Sphären, das hat nichts miteinander zu tun.

**Zeuge W. K.:** Das ist nicht Routine, das ist jetzt die ungezielte Erfassung.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das ist die ungezielte, ja, genau. Ja. Nicht? Bei ungezielten Erfassungen mit einem routinegesteuerten Teilnehmer - genau. So. Das hat man nicht in Verbindung gesetzt, nie, diese Fragestellung. Okay. Darum ging es mir nur.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann kommen wir noch zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache erst mal zwei kleine Fragen zu dem Komplex, den wir zuletzt hatten, und dann noch mal zu was anderem. Ich hatte Sie vorhin gefragt, ob Sie mal Snowden-Dokumente sich angeguckt hatten zu der Frage, was die Briten machen. Und da soll es Dokumente geben von Edward Snowden, auf denen eine Übersicht über die Kabel ist, auf die der britische Geheimdienst Zugriff hat. Unter anderem soll dort auch TAT-14 genannt sein. Haben Sie das mal gesehen, das Dokument oder die Dokumente?

**Zeuge W. K.:** Ja, ich glaube, das war ja auch Auslöser dann für die Kleine parlamentarische Anfrage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das hat er uns ja nicht geliefert, sondern das ist veröffentlicht worden.

**Zeuge W. K.:** Ja, uns ja auch nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sachen sind ja nie an den Ausschuss gegangen oder an den BND, vermute ich jedenfalls - -

**Zeuge W. K.:** Nein, aber in der Presse war das ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** In der Presse war das ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und haben Sie sich das angeguckt?

**Zeuge W. K.:** Ja, ich habe mir viele der Dokumente angeguckt, das wahrscheinlich auch.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie doch Interesse daran. Haben Sie das da auch gesehen, dass die an TAT-14 drangehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge W. K.:** Also, ich habe dieses Dokument gesehen, so wie es Millionen andere ja auch gesehen haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

**Zeuge W. K.:** Deswegen habe ich noch lange keine Kenntnis, dass das stimmt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Mir geht es jetzt erst mal darum, was Sie dann dabei sich gedacht haben. Haben Sie gedacht: „Wissen wir ja schon längst“, -

**Zeuge W. K.:** Das habe ich nicht gedacht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder: „Hätten wir auch gerne“?

**Zeuge W. K.:** Ich war von vielen der veröffentlichten Papiere genauso überrascht, wie wahrscheinlich die meisten hier.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass das veröffentlicht wurde, das war sicher für viele überraschend. Aber die Tatsachen, die da jetzt behauptet wurden - -

**Zeuge W. K.:** Nein, von den Tatsachen meine ich. Auch von der Veröffentlichung war ich natürlich überrascht, aber auch von den vielen Tatsachen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war Ihnen bis dahin nicht bekannt?

**Zeuge W. K.:** Das war mir nicht vorher bekannt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege von Notz hat Sie ja vorhin gefragt, ob Sie oder andere Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes mal da gewesen sind in Bude. Und ich frage jetzt noch mal konkreter, weil das für mich interessant ist wegen der Frage und der Antwort, die wir vorhin diskutiert haben: Waren mal Mitarbeiter vor diesem 13.09.2013 [sic!] in Bude, also vor der Antwort?

**Zeuge W. K.:** Ich darf leider zu der Kooperation mit dem britischen Dienst in öffentlicher Sitzung nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Punkt. Zu dem anderen durften Sie gerade, aber jetzt nicht.

**Zeuge W. K.:** Zu dem anderen durfte ich auch nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir dann ich nichtöffentlicher Sitzung machen.

**Zeuge W. K.:** Zu dem anderen durfte ich auch nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** Zu dem anderen Punkt mit der Kooperation mit dem britischen Dienst durfte ich auch nichts sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber zu Ihrer Meinung zu dieser Veröffentlichung von Snowden, da durften Sie was sagen.

**Zeuge W. K.:** Ja, gut, das hat ja nichts mit dem britischen Dienst zu tun, mit der Kooperation.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da steht über den britischen Dienst was.

**Zeuge W. K.:** Ja, aber da steht - - Das hat jetzt nichts damit zu tun, wie wir mit dem britischen Dienst kooperieren. Das ist ja eine Veröffentlichung von den Papieren, die der Snowden ... (akustisch unverständlich)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kommen wir da noch mal in nichtöffentlicher Sitzung zu.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe mir das jetzt ganz zu Herzen ge-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nommen, was Herr Wolff gesagt hat zu dem Dokument, das eben Frau Renner vorgelesen hat. Und da steht in dem folgenden Absatz auf Blatt 5:

§ 2 Nummer 4 BND-Gesetz steht seinem Wortlaut nach sogar einer Routinesteuerung nicht entgegen? (?)

Also natürlich war das ein Thema, Herr Wolff. Natürlich, das war ein offenkundiges Problem. Und dann kommt:

Allerdings dürfte eine moderate Auslegung der gesetzlichen Befugnis zu fordern sein. (?)

Was auch immer dieser Konjunktiv bedeuten soll. Also, er dürfte zu fordern sein, aber er wird nicht gefordert, die moderate Auslegung? Oder in der Praxis nicht gemacht? Also, vielleicht können Sie noch mal engagiert dazu vortragen, weil das steht eben in diesem Dokument auch drin. Und da steht ausdrücklich Routinesteuerung. Nicht irgendwie ungesteuerte Erfassung oder so. Das war ein Thema.

(RA Johannes Eisenberg:  
Keine Frage!)

- Ja. - Also, wir haben ja noch einen ganzen Teil im Nichtöffentlichen zu besprechen, und wenn der Kollege Ströbele auch nichts mehr hat, dann - - Doch. Einen hat er noch.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Punkt mit mehreren Fragen noch. Es geht jetzt noch mal um die Zeit vor Snowden, also Mai 2013. Das hatten Sie ja auch schon - ich glaube, heute - erwähnt, dass da schon mal gesagt worden ist: „EU-Länder nicht mehr“, oder so. Erinnern Sie sich daran?

**Zeuge W. K.:** Ich selber habe das nicht - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Grundsätzlich keine - -

**Zeuge W. K.:** Ich habe nur gesagt, dass ich da nicht beteiligt dran war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge W. K.:** Ich selber war daran nicht beteiligt. Ich weiß jetzt aus der Aufarbeitung, dass es vor Snowden schon Überlegungen gab. Ich selber habe die aber nicht gemacht. Ich selber war daran auch nicht beteiligt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie davon?

**Zeuge W. K.:** Nein. Damals nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals wurde Ihnen das nicht gesagt? Von Herrn A. F. oder so?

**Zeuge W. K.:** Nein, von niemandem.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da war von Österreich die Rede oder so was.

**Zeuge W. K.:** Das weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie alles nicht gehört?

**Zeuge W. K.:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt nachträglich beim Studium der Akten haben Sie es gelesen?

**Zeuge W. K.:** Dazu kann ich in nichtöffentlicher Sitzung auch mehr sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch dass es da eine Anweisung gegeben haben soll, das zu lassen in Zukunft.

**Zeuge W. K.:** Wie gesagt, in nichtöffentlicher Sitzung kann ich da ausführlich drüber sprechen, jetzt, wo ich die Akten auch kenne; hier leider nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Gut, dann kann ich da nicht weiterkommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Weitere Fragen sehe ich nicht, die in öffentlicher Sitzung gestellt werden können. Wir sollten daher folgenden Beschluss fassen, um dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung weitere Fragen an den Zeugen W. K. stellen zu können - ich schlage da folgenden Beschluss vor -:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen W. K. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß §14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen, Enthaltungen sehe ich keine. - Damit ist das so beschlossen. - Ganz herzlichen Dank, Herr W. K. Sie hätten jetzt erst mal Pause. Es schließt sich die Vernehmung des Zeugen Dr. Ansgar Heuser an. Danach gehen wir in nichtöffentliche Sitzung und würden dann die noch aufgeworfenen Fragen Ihnen gerne stellen. Also, jetzt erst mal kleine Pause für Sie.

Und ich bitte, den Zeugen Dr. Ansgar Heuser nun in den Sitzungssaal zu geleiten. Wir unterbrechen die Sitzung dazu für zehn Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von  
14.51 bis 15.04 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschuss wird fortgesetzt.

### Vernehmung des Zeugen Dr. Ansgar Heuser

Ich darf ganz herzlich unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Dr. Ansgar Heuser. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Heuser, Sie haben den Erhalt der Ladung am 17. November 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Bundestagsverwaltung von dieser Sitzung eine Tonbandaufnahme fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn Sie meinen, dass dies am Protokoll notwendig ist, und dann schicken Sie das Protokoll zurück. - Gibt es hierzu Fragen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das ist nicht der Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein. - Ich sehe, dass Sie nicht von einem Rechtsbeistand begleitet sind. Oder kommt der noch?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, ich bin unbegleitet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau, gut. - Dann darf ich Sie aber, Herr Dr. Heuser, vorab belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortführen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das ist nicht der Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen kurz den geplanten Ablauf vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie zunächst befragen, und anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Das geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen und dann gegebenenfalls so viele Runden, bis



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

alle Fragen erschöpfend beantwortet sind. - Haben Sie hierzu Nachfragen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das ist nicht der Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer laudungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Mein Name ist Ansgar Heuser. Ich bin 68 Jahre alt, wohnhaft in [REDACTED] Beruf: Ich bin studierter Mathematiker und war bis zum Ende meiner Dienstzeit Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, am Ende meiner Dienstzeit Leiter der Abteilung Technische Aufklärung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich Sie vorab fragen, ob Sie davon Gebrauch machen wollen, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, ich möchte kein Eingangsstatement abgeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann kommen wir zu den ersten Fragen der Fraktion der CDU/CSU, und Frau Kollegin Warken beginnt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, Herr Dr. Heuser, guten Tag! Wir haben Sie als Zeugen geladen, weil Sie, wie Sie es eben auch gesagt hatten, bis Dezember 2012 Abteilungsleiter der Abteilung Technische Aufklärung waren, dort Verantwortung getragen haben. Und vielleicht können Sie uns zu Beginn einfach mal schildern, wie Sie denn Ihre Rolle als Abteilungsleiter verstanden haben, in welche Vorgänge Sie wie, bis zu welcher Detailtiefe, eingebunden waren, ob Sie regelmäßig sich mit den Unterabteilungsleitern, mit den Referatsleitern besprochen haben, ob Sie und wie Sie über laufende Projekte auch unterrichtet wurden, ob das eher so war, dass Sie auf - - wenn es Probleme gab, unterrichtet wurden oder ob Sie auch proaktiv nachgefragt haben, Hinweise, Anweisungen gegeben haben. Vielleicht können Sie uns das zu Beginn einfach mal erläutern.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Die Abteilung TA ist relativ umfangreich. Während meiner Dienstzeit hatte sie über 1 000 Dienstposten. Dementsprechend ist sie hierarchisch gegliedert in Unterabteilungen. Meine Hauptansprechpartner in meiner Funktion waren mein Stab, der Abteilungsstab, sowie die Herren Unterabteilungsleiter. Es fanden wöchentliche Besprechungen im Kreise der Unterabteilungsleiter statt, zu denen auch herausgehobene Referatsleiter hinzugezogen wurden. Bei diesen Unterabteilungsleiterbesprechungen wurden alle Vorgänge, die in der Abteilung von Relevanz waren, besprochen. Es wurde mir dort berichtet; ich habe in diese Runde hinein Weisungen gegeben; es gab auch Diskussionen, um Sachverhalte zu klären oder auch Entscheidungen über strittige Fragen herbeizuführen.

Darüber hinaus habe ich natürlich Gelegenheit genommen, die verschiedenen Standorte meiner Abteilung - das waren zu meiner Zeit etwa zehn an der Zahl, verstreut über die Bundesrepublik Deutschland - zu besuchen, mir dort vor Ort ein Bild von der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen zu machen, auch mir Sorgen anzuhören, die dort an mich herangetragen worden sind. Natürlich kann ich nicht in Anspruch nehmen, bei so einer großen Abteilung mit so vielfältigen Aufgaben über jedes einzelne Detail informiert gewesen zu sein; aber ich habe von meinen Unterabteilungsleitern erwartet - und das war auch immer der Fall -, dass Dinge, die von Relevanz waren, mir vorgetragen wurden. Und ich habe auch Wert darauf gelegt, dass ich über alles unterrichtet worden bin und dann auch Dinge, die von einer übergreifenden Bedeutung waren, meiner Entscheidung zugeführt worden sind.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie da vielleicht mal Beispiele nennen, welche Dinge dann, wie Sie sagen, von größerer Relevanz gewesen sind, sodass man sie mit Ihnen besprochen hat oder Ihnen berichtet hat, und wie es dann konkret bei laufenden Projekten, vielleicht auch konkret bei Kooperationen mit ausländischen Nachrichtendienstern war? Wie waren Sie da eingebunden? Von Beginn an? Oder haben Sie dann eher im Nachgang Dinge genehmigt? Wie lief das ab? Und haben Sie da immer mal wieder nachgefragt:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wie läuft es denn? Wie läuft es technisch auch ab? Wie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen? Wie werden die eingehalten?“? Wurden Sie da in so konkrete Fragen auch eingebunden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten habe ich als eine meiner wesentlichen Aufgaben als Abteilungsleiter angesehen, weil Sie, wie es ja auf der Hand liegt, das als strategische Aufgabe ansehen müssen. Es wurden auch alle Dinge, die von Bedeutung waren in der Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten, an mich herangetragen. Ich habe auch persönlich teilgenommen an vielen Besprechungen, auch dementsprechende Auslandsreisen wahrgenommen, auch Besucher empfangen, sodass ich gerade in dem Bereich, denke ich, sehr gut unterrichtet war über das, was da vor sich ging.

Ansonsten, wenn Sie nach der Detailtiefe fragen: Viele Elemente der Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten waren natürlich auch rein technischer Natur, also: Welches technische Gerät wird zum Beispiel für irgendeine Aufgabe in Aussicht genommen, welche Informationen werden über gewisse Dinge ausgetauscht? Da habe ich mich natürlich nicht eingemischt; das habe ich dann meinen Fachleuten überlassen. Ich habe mich eben darauf beschränkt, Dinge, die sozusagen von strategischer Relevanz, wenn Sie so wollen, waren, dann zu entscheiden, ohne nun nach jedem einzelnen Technikdetail nachzufragen.

Umgekehrt: Wenn natürlich ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ein Problem aus diesem Zusammenhang an mich herangetragen hat, habe ich mich selbstverständlich darum gekümmert und versucht, dann auch zu einer Entscheidung zu kommen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Da möchte ich gerade noch mal näher drauf eingehen. Sie sagen, wenn ein Mitarbeiter ein Problem an Sie herangetragen hat. Wie war denn da der Dienstweg, wenn ein Mitarbeiter ein Problem festgestellt hat? Konnte jetzt auch ein Referatsleiter, ein Sachgebietsleiter ohne Einhaltung des Dienstwegs sich direkt an Sie wenden, oder wie lief das ab?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Normalerweise gilt in einer ordentlichen Behörde - und auch der Bundesnachrichtendienst ist eine ordentliche Behörde - der Dienstweg. Nichtsdestoweniger habe ich jedem Mitarbeiter die Möglichkeit eröffnet - was ich auch bei vielen Gelegenheiten kundgetan habe -, dass sie die Möglichkeiten haben, mich direkt anzusprechen. Ich denke, das entspricht der Lebenswirklichkeit. Es gibt Situationen, wo Sie wissen, wo ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin vielleicht in einer sachlichen oder auch personellen Frage nicht einer Meinung ist mit seinem Vorgesetzten und dann unter Umständen einen gewissen Sinn darin sieht, mich direkt anzusprechen. Das ist vorgekommen, war aber Gott sei Dank - und das spricht eigentlich auch für den Geist in der Abteilung - nicht allzu häufig der Fall. Aber diese Möglichkeit bestand. Davon wurde auch im Einzelfall Gebrauch gemacht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wie war es dann, sage ich mal, in die andere Richtung? Wie oft haben Sie denn der Leitung des BND berichtet? Wie oft ließ man sich von Ihnen informieren? Und gab es auch Themen, bei denen Sie dann die Befassung des Bundeskanzleramts angeregt haben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Zunächst mal wurde alles, was irgendwie von Bedeutung war, in schriftlicher Form an die Leitung berichtet. Über diesen ganz normalen Berichtsweg hinaus - etwa auch in Form von Entscheidungsvorlagen und dergleichen - gab es regelmäßige Gespräche. Das hing so ein bisschen von der Amtswaltung der jeweiligen Personen ab; also mit Herrn Schindler waren sie häufiger als mit seinem Vorgänger Herrn Uhrlau. Man muss sich das so vorstellen, dass Dinge, gerade etwa in der Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten, zunächst einmal mündlich vorbesprochen worden sind. Ich habe den jeweiligen Präsidenten davon unterrichtet: „Dies und jenes ist an den Dienst herangetragen worden. Wir als Abteilung TA stellen es uns vor, da in dieser Weise mit dieser Sache umzugehen. Wie stehen Sie dazu?“, und bevor da nun ein schriftlicher Bericht mit einem Entscheidungsvorschlag angefertigt wird, um mal sozusagen das Terrain zu klären, wie da in einer Sache zu verfahren ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, um Ihre Frage etwas genauer zu beantworten: Es wurde im Ad-hoc gehandhabt: Wählt man neben dem üblichen schriftlichen Berichtsverfahren auch das persönliche Gespräch, was man dann natürlich auch mit Rücksicht auf die begrenzte Zeit, die einem Präsidenten zur Verfügung steht, auf die eigentlich wesentlichen Dinge beschränkt hat?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn Sie jetzt was an Herrn Schindler oder an den Präsidenten herangetragen hatten und er dann gesagt hat: „Nein, das wollen wir eher nicht machen“, also mündlich, wie Sie es gerade schilderten, und dann sagt er: „Nein, kommt eher nicht infrage“, dann kann es auch passiert sein, dass man so was dann auch gar nirgends findet, verschriftlicht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Selbstverständlich, denn damit war die Angelegenheit ja dann auch erledigt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und jetzt: Wie war es mit dem Bundeskanzleramt? Gab es Themen, bei denen Sie gesagt haben Ihrer Erinnerung nach: „Das müssen wir jetzt mal auch - - Da müssen wir das Bundeskanzleramt einbinden“? Kamen solche Vorschläge von Ihnen, bzw. wie wurden Sie wiederum eingebunden durch das Kanzleramt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** In der Regel habe ich das der Entscheidung der Leitung überlassen. In den meisten Fällen war es ja auch klar, in welchen Fällen an das Bundeskanzleramt zu berichten war und wo diese Notwendigkeit nicht bestand. Ich erinnere mich jetzt nicht an einen Einzelfall, wo aufgrund meiner persönlichen Initiative eine solche Berichterstattung stattgefunden hätte. In der Regel musste man der Leitung des Dienstes nicht sagen, von welchen Angelegenheiten das Kanzleramt zu unterrichten ist; das wussten die auch schon selber, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Hatten Sie denn eine Art Übergabe, als Sie ihr Amt als Abteilungsleiter angetreten haben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Das geschah damals relativ kurzfristig. Ich weiß nicht, ob Sie die Vorgeschichte kennen. Mein Vorgänger im Amt, Herr

Dr. Fechner, ist im Frühjahr 2009 relativ überraschend schwer erkrankt, hat sich dann entschlossen, entgegen seiner eigenen persönlichen Lebensplanung doch vorzeitig aus dem Berufsleben auszuscheiden, sodass ein nur relativ kurzer Zeitraum zur Verfügung stand für eine Übergabe, den wir aber durchaus genutzt haben. Also, es fanden etwa nach meiner Erinnerung zwei bis drei Gespräche zwischen Herrn Dr. Fechner und mir statt, wo wir über die wesentlichen Dinge uns verständigt haben, wo auch über Akten, die von Wichtigkeit waren, gesprochen worden ist. Sicherlich keine vollständige Unterrichtung über jedes Detail der Angelegenheit der Abteilung. Dazu hatte ich ja dann Gelegenheit, als ich im Amt war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wann haben Sie denn persönlich zum ersten Mal sich auseinandergesetzt mit Fragen der Auswahl, Prüfung und Steuerung von Selektoren oder Telekommunikationsmerkmalen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Mit dieser Frage habe ich mich eigentlich nie beschäftigt. Das sind Dinge, die eigentlich in der Abteilung routinemäßig gehandhabt worden sind. Da erinnere ich mich auch nicht an einen Fall, wo ein Problem an mich herangetragen worden wäre.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber wann haben Sie denn das erste Mal davon überhaupt Kenntnis genommen, dass es so was gibt, dass man mit Selektoren arbeitet, die geprüft, ausgewählt - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das war mir vollkommen klar.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das war Ihnen klar. Aber - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dieser Sachverhalt war mir vollkommen klar. Nur, welche Selektoren das im Einzelnen sind, das, denke ich, ist keine Sache, um die ich mich hätte kümmern müssen, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Und bis zu Ihrem Ausscheiden, gab es da nie ein Thema, gab



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es nie Fragen, gab es nie Diskussionen zu Auswahl, Steuerung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nicht nach meiner Erinnerung. Nein, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wer oder welche Organisationseinheit war denn zuständig für die Überprüfung der BND-eigenen Selektoren?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Selektoren wurden ja nicht von der Abteilung TA selber vorgeschlagen - die Abteilung TA ist ja ein Dienstleistungsunternehmen -, sondern sie kamen aus den sogenannten auswertenden Bereichen des Bundesnachrichtendienstes, wurden dann in der Regel an die heutige Unterabteilung T2, Nachrichtenbearbeitung, herangetragen, die diese Selektoren dann eingesteuert hat. Das war der normale Gang der Handlung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn Sie die Zusammenarbeit schon ansprechen: Wie war denn das Zusammenspiel zwischen TA und der Auswertung bei der Steuerung und auch bei der Optimierung des Aufkommens? Vielleicht können Sie da noch näher drauf eingehen.

Und: Uns wird ja immer gesagt, man hat sich nach dem Auftragsprofil der Bundesregierung ja gerichtet. Wie war das, hat man sich da Schwerpunkte gesetzt, oder hat man alle Bereiche des Auftragsprofils gleichermaßen abgebildet? Und wer hat darüber entschieden, ob und welche Schwerpunktsetzung es gibt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, zunächst war das APB natürlich maßgebend, das Auftragsprofil der Bundesregierung. In manchen Fällen konnte zumindest die Abteilung TA dazu nichts beitragen aufgrund nicht vorhandener Erfassungsmöglichkeiten. Wenn von der Abteilung TA nichts auf diesem - - keinerlei Signale zu erfassen waren, die in diesen Bereich fielen, dann schwieg da des Sängers Höflichkeit. Ansonsten geschah das auf der Arbeitsebene. Die Mitarbeiter der Unterabteilung Nachrichtenbearbeitung, T2, haben regelmäßig mit ihren Abnehmern in den zuständigen Geschäftsbereichen gesprochen, sich darüber ausgetauscht: Inwieweit ist das, was die Abteilung TA

zu einem bestimmten Thema zu liefern hat, von Relevanz? Ist es irrelevant? Können wir das einstellen? Gibt es neue Dinge, die wir übernehmen müssen? - Auf dieser Ebene wurde das gehandhabt. Nach meiner Erinnerung und nach meinem Urteil lief das eigentlich sehr, sehr gut.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also hat die Auswertung den Schwerpunkt gesetzt? Oder wie muss ich mir das vorstellen? Oder die Hausspitze oder - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Natürlich, natürlich. Die Technische Aufklärung ist ja insofern ein Dienstleistungsunternehmen, sie ist kein Selbstzweck. Das ist auch etwas, was ich meinen Mitarbeitern immer wieder gesagt habe. Auch mein Verständnis als Abteilungsleiter TA war, dass wir ein Dienstleistungsunternehmen sind für die anderen, auswertenden Bereiche des Bundesnachrichtendienstes, sodass die Schwerpunktsetzungen, sofern sie denn innerhalb des APB nicht bereits gegeben waren, natürlich von dort kamen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Haben da auch, sage ich mal, technische Möglichkeiten oder eben nicht vorhandene technische Möglichkeiten eine Rolle gespielt bei der Schwerpunktsetzung, dass Sie entweder sagen mussten: „Das schaffen wir jetzt nicht mehr“, oder: „Das können wir gar nicht“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Ich erinnere mich an viele Fälle, wo auch Kollegen Abteilungsleiter Wünsche auch an mich persönlich herangetragen haben, weil sie mit dem Ergebnis der Abteilung in diesem bestimmten Sektor nicht zufrieden waren. Und in vielen Fällen musste ich eben einfach sagen: Wir haben einfach nicht die technischen Möglichkeiten, Ihre Wünsche hier zufriedenzustellen. - Das ist eigentlich das Normale. Normalerweise erwarten die auswertenden Teile von den beschaffenden Teilen - und die Abteilung TA ist in diesem Sinne ein beschaffender Teil - mehr, als diese zu leisten vermögen. Das ist, denke ich, nichts weiter als selbstverständlich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken** (CDU/CSU): Sie haben ja sicher mitgekriegt, dass das Parlamentarische Kontrollgremium die Vorgänge im BND mit kritischen BND-eigenen Selektoren durch eine Taskforce hat untersuchen lassen. Es gab dazu eine öffentliche Bewertung vom 7. Juli 2015. Und das PKGr hat darin festgestellt, dass die Abteilung TA erhebliche Entscheidungsfreiräume gehabt habe bei der Steuerung von Selektoren. Wie würden Sie diese Aussage bewerten? Und worin bestanden denn diese erheblichen Entscheidungsfreiräume - so steht es in dem Bericht - Ihrer Meinung nach?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich kann da nur spekulieren, was damit gemeint ist. Was ich mir nur vorstellen kann, ist, dass diese Freiräume darin bestanden, dass man eben bei bestimmten Dingen schlicht und einfach sagen musste: Das sind wir nicht in der Lage zu leisten. - Eine inhaltliche Bewertung kann ich mir schlechterdings nicht vorstellen. Denn die Fachleute saßen ja auf der anderen Seite, sie saßen ja auf der Seite der auswertenden Geschäftsbereiche.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aber in Ihrer Abteilung wurden doch die Selektoren gesteuert oder deaktiviert. Wer genau hat das gemacht in Ihrer Abteilung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das geschah auf der Arbeitsebene in Zusammenarbeit zwischen der Unterabteilung Nachrichtensbearbeitung und den einzelnen Erfassungsstellen. Die Selektoren mussten ja in den Filtern der einzelnen Erfassungsstellen platziert werden, rein DV-technisch, und das erfolgte dann eben in Zusammenarbeit zwischen der Unterabteilung T2 und den einzelnen Erfassungsstellen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja, aber dann muss doch da auch eine Entscheidung stattgefunden haben, welche Selektoren steuert man, welche nicht. Gab es da Vorgaben? Gab es da ein Vier-Augen-Prinzip? Oder hat man einfach alles rein-genommen, was man irgendwie zugeliefert bekommen hat? Oder wer hat da die Prüfung gemacht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich denke, wenn eine solche Prüfung stattgefunden hat, war sie

rein technischer Natur: Ist es sinnvoll, ein bestimmtes Selektionsmerkmal hier einzusteuern oder nicht? Eine inhaltliche Auseinandersetzung sehe ich nicht. Ich kann mich auch an keinen Fall erinnern, wo eine solche inhaltliche Auseinandersetzung etwa an mich herangetragen worden wäre.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, Sie gehen davon aus, dass man dann nur - - also dass alles, was man bekommen hat, zulässig war, vorgeprüft war und man das dann einfach gesteuert hat?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, von der Zulässigkeit gehe ich aus, weil alle Mitarbeiter, die an der Sache beteiligt waren, natürlich darum wussten, dass manche Dinge eben gehen und andere nicht. Ansonsten, die Sinnhaftigkeit musste man der Arbeitsebene überlassen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aha. Und besondere Maßgaben gab es da nicht? Oder wie wurde sichergestellt, dass das überall gleichermaßen funktioniert: in der Hauptstelle, in den Außenstellen, an allen Erfassungsstellen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** So, wie man die Ordnungsmäßigkeit aller Geschäftsgänge in einer Behörde überprüft: durch Dienstaufsicht, durch Kontrolle durch die jeweiligen Vorgesetzten, auf diese Weise.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Sind Ihnen Probleme beim Umgang mit Selektoren während Ihrer Zeit dann überhaupt nicht zur Kenntnis gelangt oder sind sie? Und wie sind Sie damit umgegangen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Der einzige Vorgang, an den ich mich erinnere, war, dass ich mal eine Weisung erteilt habe, wie überhaupt mit Selektoren umzugehen sei hinsichtlich der Frage ihrer Weitergabe an Dritte. Es gibt eine Weisung von mir, die regelt, wie, nach welchen Prinzipien Selektoren weiterzugeben sind innerhalb des deutschen Behördenbereichs zum Beispiel oder an andere Nachrichtendienste oder an andere Teile. Da hatte sich ein gewisser Wildwuchs, darf man sagen, in der Abteilung entwickelt, sodass mal die Notwendigkeit bestand, hier eine klare Regelung zu schaffen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Im Oktober 2013, also fast ein Jahr nach Ihrem Ausscheiden als Abteilungsleiter, ließ sich der Präsident nach Kenntnis des damaligen Unterabteilungsleiters und Zeugen D. B. zum ersten Mal über die BND-eigene Steuerung von Zielen mit Bezug zu Partnerstaaten berichten, und die Initiative ging - so erinnerte sich D. B. - vom Präsidenten aus. Während Ihrer Zeit, gab es da schon mal irgendwelche Anfragen der Leitung des BND zum Umgang mit Selektoren mit EU- oder NATO-Bezug?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das war nicht der Fall.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wann haben Sie dann persönlich zum ersten Mal davon Kenntnis erlangt, dass der BND auch solche Ziele steuerte und erfasste, also Ziele mit Bezug zu EU- und NATO-Staaten? Erst nach Ihrem Ausscheiden oder - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Expressis verbis ja. Die Tatsache, dass so etwas schon mal vorkommen sollte in Erfüllung eines Aufklärungsauftrages in dieser Generalität, die war mir schon durchaus bewusst, dass dergleichen mal vorkommen kann. Aber Einzelfälle sind in meiner Amtszeit nicht an mich herangetragen worden. Also, konkretes Beispiel: Proliferation. Es konnte natürlich durchaus vorkommen, dass eine Firma, die ansässig war im EU-Raum, unter Umständen einer Überwachung zugeführt wurde, weil sie im Proliferationsverdacht stand. Diese Tatsache, dass so etwas stattfindet und dass so etwas natürlich gemacht wird, war mir sehr wohl bekannt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie haben Sie das bewertet? War das aus Ihrer Sicht vom BND-Gesetz oder durch das APB gedeckt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Auf jeden Fall, denn Proliferation ist ja ein Hauptschwerpunkt der Bearbeitung durch den Bundesnachrichtendienst, und insofern subsumierte sich das unter dieses Thema. Es gab ja sogar, um das noch weiterzuspinnen, G-10-Fälle, wo auch deutsche Firmen, natürlich dann mit einer G-10-Ermächtigung, Gegenstand von Überwachung waren, weil sie zum Beispiel - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Zeuge, ganz kurz, das ist wahrscheinlich - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich bitte, zu den Inhalten in eingestufter Sitzung lediglich Stellung zu nehmen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Ich wollte nur den Sachverhalt als solchen erwähnen ohne weitere Inhalte.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gab es jemals einen Fall, bei dem ein Mitarbeiter auf Sie zugekommen ist und sich beklagt hat wegen mangelnder Rechtssicherheit gerade hinsichtlich solcher Selektoren mit Bezug zu EU- oder NATO-Staaten? Hat da vielleicht mal ein Mitarbeiter Bedenken geäußert, gefragt: „Ist das noch zulässig? Ist das nicht zulässig? Wie kann ich damit umgehen?“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Da ist mir kein Fall innerlich, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut, dann gebe ich mal ab für den Moment. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich hätte noch einige Fragen. Wenn ich das richtig verstanden habe, Ihre Antworten auf die Fragen von Kollegin Warken, dann war ja Ihre Aufgabe als Abteilungsleiter mehr das Führen der Abteilung als die ganz konkrete Kenntnis der Arbeitsebene. Ist das richtig?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist richtig, ja, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Selektoren haben Sie gesehen oder nie gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, ich habe keinen einzigen Selektor mal gesehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nie gesehen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was haben Sie als Verständnis gehabt, was die Abteilung TA macht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Abteilung TA ist die für Fernmeldeaufklärung im weitesten Sinne zuständige Abteilung des Bundesnachrichtendienstes. Das heißt, sie hat im Rahmen des Beschaffungsauftrages, den der Bundesnachrichtendienst zu erfüllen hat gemäß des APB, eben ihre Fähigkeiten einzusetzen, um diese Informationen zu beschaffen zu den Themen, die da genannt sind, auf all den Feldern, die heute mit dem Stichwort „Telekommunikation“ umrissen werden. Sie setzt nicht ihre eigenen Ziele, sondern sie folgt den Aufträgen, die zunächst mal innerhalb des APB formuliert sind, die aber dann im konkreten Einzelfall von den auswertenden Geschäftsbereichen des Dienstes kommen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ist das da nicht auch interessant, wie man diese Ziele verfolgt? Und warum - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Natürlich. Das hieß ja im konkreten Einzelfall: Welche Erfassungsansätze verfolgen wir? Mit welchen Techniken? Auf welchen internationalen Datenströmen tun wir das usw.? Das heißt, die Ausbildung dieses - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber da hat sich der Abteilungsleiter nicht drum gekümmert?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sehr wohl, sehr wohl.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ach so, doch.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Natürlich, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann hatte ich es eben falsch verstanden. Also, wie konkret haben Sie sich denn darum gekümmert? Weil die Selektoren, hatten Sie gesagt, haben Sie nicht gesehen; aber die Strecken haben Sie sich mal angeguckt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Welche waren das?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Selektoren, müssen Sie sich vorstellen, sind ja auf einer sehr un-

teren Ebene; das sind Elemente in einer Datenbank. Aber die große Überlegungen: „Welche Strecken greifen wir an? Mit welcher Technik machen wir das? Welche Methoden müssen wir da einsetzen? Welche Technik benötigen wir noch?“ usw. - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das war mehr Abteilungsleiterenebene?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist eine Sache, um die ich mich selbstverständlich gekümmert habe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Welche Strecken haben Sie denn abgegriffen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Internationale Satellitenkommunikation.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zum Glück nicht von Brilon nach Meschede. Okay. - Welche waren das?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sie finden ja heute - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt muss - - Herr Wolff kommt jetzt wahrscheinlich zu Details.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, konkrete Strecken, denke ich, behalten wir der nichtöffentlichen Sitzung vor, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ging es da um Ausland-Ausland-Kommunikation, oder ging es um Ausland-Inland-Kommunikation? Das kann man vielleicht sagen, ohne konkrete Strecken zu benennen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ausland-Inland-Kommunikation kam insofern natürlich vor, als sie eben durch G-10-Ansätze gedeckt war. Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und reden wir dann von Satellitenkommunikation und/oder auch Kabelkommunikation?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Von beidem, von beidem.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sowohl als auch.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Die Auswahl der Strecken und der Techniken, wozu ich, sagen wir mal, auch die Auswahl der Satelliten zum Beispiel zähle oder die Auswahl der Kabel, an die man dann dran muss, warum war das gerade Abteilungsleiterebene und zum Beispiel die Selektoren eher Referatsebene, würde ich jetzt mal tippen - oder? -, oder Sachgebietsebene?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Eher noch darunter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Der erste Fall erfordert ja Investitionen, personelle Investitionen, materielle Investitionen, Bereitstellung von Technik, Entwicklung von Technik usw. Das ist eine strategische Aufgabe der Abteilung. Insofern ist das natürlich dann auch Aufgabe des Abteilungsleiters, sich um diese Dinge zu kümmern, auch im Dialog mit den zuständigen Referatsleitern oder Unterabteilungsleitern. Die Selektoren - ich wiederhole es noch mal -, das sind Elemente in irgendeiner Datenbank, Hunderttausende, die obliegen natürlich nicht der Inspektion durch den Abteilungsleiter. Das liegt auf einer völlig verschiedenen Ebene.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kann ich nachvollziehen. Beide Ebenen, die aus Ihrer Sicht hohe Ebene, aber auch die operativ niedrige Ebene der Selektoren, beide sind ja insoweit ausensibel, als sie möglicherweise von Dritten missbraucht werden können, sprich: Falsche Selektoren werden eingespielt, werden bereitgestellt im Austausch der Selektoren. Welche Sensibilitäten hat man damals gehabt? Ich will ein bisschen bei den Selektoren bleiben - entschuldigen Sie -, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Bitte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - weil sich im Nachgang ja herausgestellt hat, dass das eben immer nicht alles so einfach war mit den Selektoren.

Hat man sich da irgendwie Gedanken gemacht, wie man das auf Arbeitsebene schützt? Ich meine, das Blöde ist ja, wenn da jetzt falsche Selektoren drin sind, dann werden ständig falsche Produkte erzeugt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Man muss ja unterscheiden: Die Tatsache, dass ein Selektor in einer Datenbank liegt, bedeutet ja noch lange nicht, dass es dazu auch Erfassung gibt; das sind ja zwei verschiedene Dinge. Wir haben ohnehin mit dem Problem zu kämpfen gehabt, dass unsere Selektorenlisten viel zu lang waren; sie waren viel zu umfangreich. Die große Masse der Selektoren hat gar nicht gegriffen, wie wir das in unserem Jargon genannt haben. Es wäre eine Aufgabe gewesen, wenn man die Zeit gehabt hätte, in großem Stil die Selektoren mal durchzuarbeiten und jetzt unabhängig von politischen Sensibilitäten - ich verstehe ja Ihre Frage, ja? - mal daraufhin zu bereinigen: Was ist wirklich notwendig und was nicht? - Das war uns sehr wohl bewusst, dass das mal hätte sein müssen - ich will es mal so formulieren -, was aber aufgrund der Erfordernisse der Tagesarbeit in dieser Form nie erfolgt ist. Die Selektorenlisten waren immer alle viel zu groß, wohl wissend, dass die große Masse überhaupt niemals zu irgendeinem Ergebnis führt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, ich teile das. Geht mir auch sehr stark nicht nur um die Frage, ob alles wirklich, was die Selektoren beinhaltet - - Im Kern geht es mir auch um die Operabilität, dass man auch sagt: Wir wissen, was wir da steuern. Und die sind valide. - Und auch Selektoren können sich ja verändern. Mal gehören sie dem A, mal gehören sie dem B. Und wenn man es nicht nachhält, hat man irgendwann eine gigantische Liste, von der man gar nicht sicher ist, wie wertvoll ist sie überhaupt noch, wenn sie keiner prüft. Also, ich teile diesen Ansatz - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, zumal ja manche Selektoren Jahre sozusagen ein Schlummerdasein irgendwo geführt haben, wo im Einzelfall vermutlich gar nicht mehr genau nachzuvollziehen war, wie sie denn überhaupt in diese Liste gekommen sind. Also insofern: Das Problem als solches war uns sehr wohl bewusst, allerdings - ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wiederhole es - mehr unter einem operativ-technischen Gesichtspunkt, dass eben einfach unter DV-Gesichtspunkten diese Listen viel zu lang waren, weniger unter dem Gesichtspunkt einer irgendwie gearteten politischen Brisanz.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ist der BND der einzige Dienst, der so ein Problem hatte, seine Listen nicht ordentlich zu pflegen, oder kennen Sie es auch von anderen Diensten? Macht die NSA das besser?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich kenne jetzt keine konkreten Vorgänge; aber dass das Problem auch andere haben, das scheint mir sehr plausibel.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, vielleicht eine große Zahl.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Vielleicht sind sie damit geschickter umgegangen als wir; das will ich nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Haben Sie die nicht mal gefragt? Ich meine, dieses Problem muss doch - - Also, ich kenne das Problem schon allein von nicht gepflegten E-Mail-Verteilern, dass man sich irgendwann Gedanken macht: „Was habe ich da eigentlich in meinem großen E-Mail-Verteiler? Wer ist das eigentlich?“, und irgendwann kennt man nur noch die Hälfte derer, die da drin sind, und dann traut man sich nicht, das Ding zu löschen und neu zu machen, weil es ja so wertvoll ist; aber eigentlich weiß man gar nicht, wie wertvoll es ist. Hat man sich da irgendwann mal Gedanken gemacht und hat gesagt: „Mensch, vielleicht machen die Amerikaner das irgendwie geschickter, vielleicht pflegen die ihre Datenbank, ihren Schatz viel besser“? Nie gefragt? Das wäre doch eine Sache Abteilungsleiter?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, vielleicht. Aber, wie gesagt, dann muss ich zu meiner Schande gestehen, dass ich selber diese Frage nie gestellt habe, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Und auch nie gehört, ob die das anders machen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Es gibt ja nicht sehr viele Möglichkeiten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie brauchen Manpower.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sie kommen ja an einer Inspektion, an einer persönlichen Inspektion, also einer Inspektion einer gigantischen Liste durch ein oder mehrere Personen, nicht herum. Eine andere Möglichkeit, eine maschinelle Überprüfung, würde zweifellos nicht den gewünschten Erfolg zeitigen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das sagt der Mathematiker?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Bei vielen Selektoren müssen Sie wirklich drauf schauen. Um ein sehr konkretes Beispiel zu wählen: Sie haben zum Beispiel eine chemische Verbindung, nach der Sie suchen, die zum Beispiel missbraucht werden könnte zur Herstellung bakteriologischer Waffen; ich greife jetzt mal ein Beispiel. Wenn Sie das sinnvoll machen wollen, dann müssen Sie nicht nur einen einzigen Begriff, ein langes Wort aus 30, 40 Buchstaben - wenn Sie sich an Ihre Schulzeit aus dem Chemieunterricht erinnern -, in diese Selektorenliste schreiben, sondern auch noch 100 verschiedene andere Schreibweisen inklusive aller möglicher Schreibfehler, wie sie vielleicht auch in anderen Sprachen formuliert sind. Allein schon diese Dinge sich vernünftig anzugucken, ist etwas, was eine Maschine überfordert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Verständlich. Aber sinnvoll wäre es schon, sinnvoll wäre es schon.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das stelle ich nicht in Abrede, stelle ich nicht in Abrede, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist auch ein Punkt, den ich so zumindest als Gefühl hatte. - Ich bedanke mich erst mal, weil die Zeit um ist. - Und wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der Linken. Frau Kollegin Renner beginnt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Guten Tag, Herr Heuser! Wenn ich in den Akten nach Ihnen suche, dann brauche ich nur nach dem Namen Ansgar Heuser zu suchen, Sie hatten nie einen Tarnnamen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist richtig, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. Und Sie sind auch nicht von der Bundeswehr in den BND gewechselt -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, aus dem Zivilleben, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): - sondern aus dem Zivilleben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das unterscheidet Sie ja von vielen anderen Zeugen, die wir hier gehört haben. - Haben Sie sich auf die Befragung heute vorbereitet?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Man hat mir Gelegenheit gegeben, noch mal Akten einzusehen, die unter Umständen für die Befragung von Relevanz sein könnten. Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. Und haben Sie vor Ihrer Befragung heute mit anderen Zeugen gesprochen, die ebenfalls geladen wurden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das war nicht der Fall.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Sie haben ja jetzt die Abteilung TA so ein bisschen als Dienstleister für den Bundesnachrichtendienst dargestellt. Andere Zeugen haben es hier etwas anders geschildert. Die haben auch von dem Eigenleben der TA gesprochen. Können Sie mit dem Begriff „Eigenleben“ etwas anfangen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Der Begriff ist mir wohl bekannt, nämlich als Vorwurf, wie er innerhalb des Dienstes sehr häufig gegenüber der Abteilung TA erhoben worden ist. Ich selber habe eigentlich vom ersten Tag meiner Amtszeit an

meinen Mitarbeitern gesagt, das möchte ich beenden, ich möchte die Abteilung TA wirklich zu dem machen, wie ich das eben dargestellt habe, nämlich zu einem Dienstleistungsunternehmen innerhalb des Dienstes, um den zu Recht oder zu Unrecht vorgebrachten Vorwürfen, wir führten in irgendeiner Weise ein Eigenleben oder hielten Dinge sozusagen unter Kuratel, die andere wissen sollten, ein Ende zu bereiten.

Es ist sicherlich so, dass die sehr militärische Prägung der Abteilung TA sowohl in ihrer personellen Hinsicht, aber auch in ihrer fachlichen Arbeit natürlich eine besondere Qualität hatte. Die Abteilung TA ist sicherlich eine Abteilung sui generis; den Begriff würde ich schon wählen. Das rechtfertigt aber in keiner Weise ein Eigenleben.

Sie wissen sicher, dass die Abteilung TA auch sehr eng mit der militärischen Aufklärung der Bundeswehr zusammenarbeitet, aus sachlich gebotenen Gründen. Allein schon das begründet eine gewisse Sonderstellung. Das bedeutet einen relativ intensiven Personalaustausch zwischen der militärischen Aufklärung der Bundeswehr und dem Bundesnachrichtendienst in beiden Richtungen - was ich sehr begrüßt habe, was der Sache auf jeden Fall dient; aber es führt natürlich dazu, dass sowohl die Personalstruktur als auch die Denkweise der Abteilung etwas abweicht von den übrigen Teilen des Bundesnachrichtendienstes.

All dies ist ein Faktum, es ist sachlich begründet; aber es begründet in keiner Weise irgendeine Art von Eigenleben. Ich habe mich bemüht in meiner Amtszeit - und ob mir das gelungen ist, müssen andere beurteilen -, dies so weit wie möglich abzustellen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wenn Sie sagen, diese besondere Denkart, die da vielleicht bis dato, bis 2009, vorherrschte und eher militärisch geprägt war - - Heißt das vielleicht auch, dass man Anweisungen eher als Befehle verstanden hat und auch weniger geneigt war, sie zu hinterfragen? Oder wie würden Sie diese Besonderheit beschreiben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Diese Besonderheit hat eigentlich mehr mit dem fachlichen Hintergrund der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun. Es sind eben in der Regel Techniker, die, denke ich, naturgemäß etwas anders denken als Juristen, Sprachwissenschaftler, die sonst eben im Dienst arbeiten. Ich denke, das begründet eine etwas andere Herangehensweise auch an Probleme, eine gewisse Unwilligkeit zum Beispiel, sich mit allzu viel Papierkram zu beschäftigen, nicht? Ein Programmierer programmiert lieber, als dass er eine Dokumentation zu seinem Programm schreibt. Das beleuchtet vielleicht die etwas andere Art, zu denken, die aber begründet ist durch den unterschiedlichen beruflichen Hintergrund.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie sich bemüht, so einen Kulturwechsel dann auch in den Außenstellen durchzusetzen oder - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, wobei nach meinem Eindruck die Außenstellen da manchmal weiter waren als die Zentrale.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Im positiven Sinne.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Im positiven Sinne, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gilt das auch für Bad Aibling?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, durchaus, ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weil an vielen Stellen haben wir ja - - wissen wir ja eben von anderen Zeugen, dass man oftmals nicht so genau wusste, was in Bad Aibling passiert. Zum Beispiel, die hohe Anzahl der eingesetzten NSA-Selektoren war für viele - wir hatten jetzt gerade Herrn W. K. da - unbekannt. Also, dass es welche gibt, wusste man; aber dass das ein zweistelliger Millionenbereich ist, wusste man nicht. Wussten Sie das zum Beispiel?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, eine Größenordnung in dieser Form ist mir nicht bekannt gewesen, nein. Wenn ich das gehört hätte, hätte ich das unter das Thema subsumiert, was ich eben gegenüber Herrn Professor Sensburg vorgetragen

habe, dass ich gesagt hätte: Irgendwann müssen wir dieses Problem mal angehen, aus rein technischen Gründen. Es kann nicht sein, dass wir so viele Selektoren haben; die behindern nur die Datenverarbeitung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wussten Sie etwas darüber, welche Daten in Bad Aibling verarbeitet werden, woher diese stammen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, die Daten stammten ja aus der Satellitenerfassung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ausschließlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** In lange zurückliegender Zeit gab es auch Kabelerfassung, aber in meiner Amtszeit Satellitenerfassung, was die Erfassung in Bad Aibling angeht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich jetzt richtig den Bericht der Datenschutzbeauftragten memoriere, gibt es da auch noch einen Auslandserfassungsansatz.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja, ich sprach ja von Erfassung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Der Datenschutzbericht der Datenschutzbeauftragten ist eingestuft.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**MR Philipp Wolff (BK):** Und ich bitte auch im Übrigen, dann zu den Erfassungsarten nur in eingestufte Sitzung etwas zu sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm. - Aber wo erfasst wird, das war Ihnen bekannt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Natürlich, ja, klar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und war Ihnen auch bekannt, was mit den Daten passiert, die dort erfasst werden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die wurden dem normalen Weg der Nachrichtenbearbeitung zugeführt, wie er für die gesamte Abteilung galt. Das heißt, die Daten wurden vor Ort zunächst einmal bearbeitet. „Nachrichtenbearbeitung vor Ort“ nannten wir das im Jargon. Die Ergebnisse dort gingen an die Unterabteilung Nachrichtenbearbeitung in der Zentrale, wurden dort umgesetzt in Meldungen. Das ist der normale Gang der Handlung gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und dass die Daten - sowohl die Metadaten wie die Inhaltsdaten - nach G-10-Reinigung komplett auch an die Amerikaner gingen, war Ihnen bekannt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das war ja Gegenstand der Vereinbarung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, das war Ihnen schon auch - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Größenordnung, war die Ihnen auch bekannt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Größenordnung, nicht die genauen Zahlen, aber die Größenordnung durchaus, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Waren Sie selbst mal in Bad Aibling?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Mehrfach, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mehrfach.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren Sie auch in dem Bereich, den die Amerikaner selbstständig nutzen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Auch das war der Fall, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wer hatte denn da überhaupt Zugangsberechtigung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Einige Personen auf der deutschen Seite, natürlich der Dienststellenleiter und einige Mitarbeiter von ihm. Und ansonsten ad hoc je nach technischer Sachlage gab es dann Besprechungen dort in diesem Bereich oder auch Zusammenarbeit in diesem Bereich, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und bei den Daten, die an die Amerikaner gingen, waren Sie sich sicher, dass dort die sogenannte G-10-Sanitarisierung funktioniert, oder hatten Sie Hinweise, dass es da Probleme gibt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, ich bin immer davon ausgegangen, dass in Bad Aibling, wie in allen anderen Erfassungsansätzen auch, selbstverständlich die entsprechenden Filter eingesetzt sind, die eben verhindern, dass Erfassungen von Grundrechtsträgern vorgenommen werden, dass dort die gleichen Regeln gelten wie anderswo auch.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie jemals Hinweise gehabt, dass die Filter nicht vollständig funktionieren?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wussten Sie, dass die durch die USA übergebenen Selektoren nur zu einem Bruchteil für den BND lesbar waren?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das war mir nicht bekannt. Ist niemals in dieser Form an mich herangetragen worden, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wussten Sie, dass die BND-Selektoren sich auf europäische Regierungseinrichtungen, zum Beispiel auch - - oder NATO-Einrichtungen richteten?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, das war mir nicht bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** War Ihnen auch nicht bekannt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das haben Sie wann erfahren?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nach meinem Ausscheiden aus - -

**MR Philipp Wolff (BK):** Bitte zu Inhalten wirklich nur in eingestufte Sitzung.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Aber ich kann die Frage beantworten. Nach meinem Ausscheiden aus der Presse, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, also zu Ihrer Zeit wussten Sie nicht, dass auch Ziele, zum Beispiel Regierungsstellen - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie mal Meldungen gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wie bitte? Wenn Sie die Fra- -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie mal Meldungen gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nie?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** War Ihnen bekannt, dass die Generierung von BND-eigenen Selektoren auf der Sacharbeiterebene entschieden wird?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, wie ich ja eben dargestellt habe, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - erschien mir das auch sinnvoll, weil das natürlich der kürzeste Weg war. Es kommt ja auch bei der Fernmeldeaufklärung insgesamt auf Schnelligkeit an. Also,

einen Dienstweg einzuhalten, der von der Sache nicht geboten war, einfach sozusagen um der Hierarchie Rechnung zu tragen, das hätte ich nicht für sinnvoll gehalten. Es kam ja darauf an, auch im Sinne dessen, was ich eben gesagt habe, um die Abteilung TA als Dienstleistungsunternehmen zu organisieren, dass Selektoren, also im Grunde genommen Erfassungsaufträge, seitens der ausarbeitenden, seitens der nachrichtenbearbeitenden Teile des Dienstes eben möglichst rasch natürlich dann auch in unsere Erfassungsköpfe gelangten. Und da ist die Sachbearbeiterebene die gegebene.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, wir beschäftigen uns ja jetzt mit den als kritisch angesehenen BND-Selektoren, die später per Weisung dann auch inaktiv gestellt werden mussten.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wir fragen uns schon, wie es sein kann, dass ein Sachbearbeiter darüber entscheidet, einen - zum Beispiel - Minister oder Präsidenten zu steuern eines befreundeten europäischen Landes, was ja dann in der Folge, wenn man sozusagen das dem Sachbearbeiter rein technisch überlässt, wohl die Regel war, weil wir eben auch wissen, dass eine Vielzahl dieser fragwürdigen Selektoren in den Außenstellen generiert wurden. Also, ich sage mal, damit sind ja viele, wenn nicht G-10-Fragen, aber doch politische Implikationen verbunden. Würden Sie sagen, da ist ein Sachbearbeiter tatsächlich in der Lage, diese Konsequenzen zu umdenken und dann auch zu verantworten, wenn man zum Beispiel befreundete Regierungen überwacht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Im Prinzip ja, wobei ich dem Sachbearbeiter zugetraut hätte, dass er gesagt hätte: Da ist ein Problem, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ich auch, ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - da muss ich meine Vorgesetzten konsultieren. - Ich muss auch sagen, dass ich selber persönlich sehr überrascht war über diese Tatsache, dass so etwas gemacht worden ist. Keine Frage: Wenn ich davon Kenntnis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gehabt hätte, hätte ich das abgestellt. Ich frage mich auch, wie das möglich gewesen ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir auch. - Würden Sie davon ausgehen, dass es eher eine systematische Steuerung war? Oder da haben Sie keine Kenntnisse zu?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, da ich ja keine - - Ich kann ja nur spekulieren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Aber ich kann mir eine systematische Steuerung nicht vorstellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, wenn wir sehen, dass jedes europäische Land betroffen war und in diesen europäischen Ländern jedes Außen- und Verteidigungsministerium, sieht das ziemlich systematisch aus.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, um die Frage wirklich beantworten zu können, müsste man im Einzelfall der Frage nachgehen, wie das im Einzelnen erfolgt ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wechseln.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay, danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Herr Dr. Heuser, erst einmal herzlich willkommen! - Ich habe eine erste Frage mal an Sie, und zwar: Wie muss ich mir das Selektorengeschäft in Ihrer Zeit vorstellen? Waren das eingefahrene Routinen? War das sozusagen - ohne dass ich das jetzt abwertend verstehen will - business as usual, ohne besondere Vorkommnisse? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja, wie Sie sagen. Es war tägliches Arbeitspensum. Es ist also nicht

etwa Gegenstand von Besprechungen auf höherer Ebene gewesen: Ist nun dieser oder jener Selektor einzustellen? Das entspricht dem, was ich eben als Antwort auf die Frage der Frau Abgeordneten gesagt habe: Ein solcher Prozess hätte das zeitnahe Einstellen der Selektoren ja unnötig behindert. Es kam ja darauf an, das möglichst rasch zu tun. Dann belässt man das sinnvollerweise auf der Arbeitsebene.

**Christian Flisek (SPD):** Dass man es da belässt, das ist klar. Mir ist auch klar, dass man nicht jeden Selektor irgendwie noch mal vorlegt, weil sonst macht ja eine Arbeitsebene auch gar keinen Sinn. Das heißt aber auch, das war im Endeffekt - - Das waren Routinen, die dort abgelaufen sind, eingespielte Routinen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, und das ist ja auch gut so. Ist auch gut so, ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich meine das jetzt wertfrei.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ich meine das jetzt wertfrei. Gleichwohl müssen natürlich diese Routinen bestimmte Qualitäten erfüllen. Und ich frage Sie jetzt mal - Sie haben die Gelegenheit, das jetzt mal für Ihre Zeit hier auch entsprechend darzustellen oder, wenn notwendig, auch richtigzustellen -: Ich habe den Eindruck, dass man sehr wohl innerhalb des BND gewusst hat von Anfang an, schon bei der Eingehung der einschlägigen Kooperationen, dass das eine sehr sensible Materie ist -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Selbstverständlich, ja.

**Christian Flisek (SPD):** - ja, das würden Sie also bestätigen -, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, natürlich, ja.

**Christian Flisek (SPD):** - dass das auch durchaus eine politisch sensible Materie sein kann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Und deswegen sagte ich ja auch: Zu meinen vornehmsten Aufgaben als Abteilungsleiter gehörte ja auch, sich um diese Art der Kooperation zu kümmern.

**Christian Flisek (SPD):** Und das würde aber auch bedeuten, wenn es sozusagen Fehler, Fehleranfälligkeiten gegeben hätte und wenn man selber im Hause das als sensibel bewertet, dann wäre das etwas, was einem auch in der Öffentlichkeit als BND erheblich schaden hätte können.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wie geschehen, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, relativ spät. Der Anlass war ein anderer; sagen wir es mal so. - Dass wir hier so tief in Selektorengeschäft einsteigen, das hätten wir uns ganz am Anfang auch nicht vorgestellt. Und wer weiß, wenn der ein oder andere kluge und findige Mitarbeiter im BND nicht gewesen wäre, welche Wendung das alles genommen hätte. Also, das mag ich jetzt mal dahingestellt sein lassen.

Aber, was ich vermisste - und das frage ich Sie jetzt auch -: Wenn so etwas so sensibel ist und es sozusagen ein Geschäft von Routinen ist, wo nicht unerheblich wenige Menschen mit betraut sind, wie kann es dann sein, dass für diese ganzen Fragen, was auszusortieren ist, was scharfzustellen ist, eigentlich überhaupt keine internen konkreten Dienstanweisungen existierten? Wie haben die Mitarbeiter ohne solche konkreten Anweisungen dieses doch sehr komplizierte Geschäft - und das meine ich nicht - - sondern das sind ja komplizierte Fragestellungen; jeder einzelne Selektoren ist im Zweifel eine relativ komplexe Fragestellung -, wie haben diese Mitarbeiter ohne solche Anweisungen im Hintergrund ihre Arbeit verrichten können?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nun, jeder Mitarbeiter, der damit befasst war, kannte natürlich erst mal die gesetzliche Seite, dass natürlich Grundrechtsträger erst einmal natürlich da außen vor zu lassen sind. Alles andere - -

**Christian Flisek (SPD):** Darf ich gerade einhaken?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Bitte.

**Christian Flisek (SPD):** Erlauben Sie mir, dass ich jetzt gerade noch mal einhake, weil Sie jetzt gerade - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - - natürlich Grundrechtsträger außen vor zu lassen sind.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Natürlich.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Das klingt auch alles sehr selbstverständlich.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Nur, wir haben gelernt, dass die Frage, was aus Sicht des BND ein Grundrechtsträger sein kann und wann er es vielleicht nicht ist, obwohl er es eigentlich doch ist, nämlich wenn er irgendwie da plötzlich im Ausland für eine ausländische Organisation arbeitet - - Ich sage Ihnen ganz offen: Der Verweis, Herr Dr. Heuser, auf eine Gesetzeslage, der reicht mir nicht aus, weil mit diesem Argument würden Sie alle Verwaltungsrichtlinien, die innerbehördlich nämlich die Gesetze runterbrechen und konkretisieren, ad absurdum führen - also, ich bitte Sie -, gerade die Frage zum Beispiel, dass man eben nicht immer aus Sicht des BND einen Grundrechtsträger wie einen Grundrechtsträger offensichtlich behandelt. Und dann habe ich da unten im Zweifel Mitarbeiter sitzen - wo? einfacher Dienst, gehobener Dienst? meine ich auch nicht herabwürdigend jetzt, nicht? -, einfacher, gehobener Dienst - ja? -, die solche Fragen entscheiden müssen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, zunächst mal hatte ich jedes Zutrauen zu meinen Mitarbeitern, -

**Christian Flisek (SPD):** Das ist gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - unabhängig von der Besoldungsgruppe, dass sie hier rechtskonform und verantwortlich entscheiden.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die generelle Situation - - Zum Beispiel Grundrechtsschutz war jedem geläufig. Ich konnte aber erwarten, dass in Zweifelsfällen, in Graufällen, wo der Einzelne sich vielleicht nicht entscheidungskompetent gefühlt hat, er das natürlich an seine Vorgesetzten berichtet. Sie müssen sich ja vorstellen: Die Masse des Selektorengeschäfts - - 99, 99 Prozent aller Selektoren sind ja in dem von Ihnen besprochenen Zusammenhang völlig unkritisch. Das ist wirklich Routine. Es gibt einige wenige Fälle, wo man dann stutzig wird als Mitarbeiter und im Grunde dann nicht weiß, wie zu verfahren ist.

**Christian Flisek (SPD):** Aber jeder einzelne Fehler, wenn er passiert, richtig durchschlagen kann.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Hat gravierende Folgen. Also ein Grund mehr, dann eben an Vorgesetzte zu berichten und um Entscheidung zu bitten. Das hätte ich in diesen Fällen erwartet.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, Sie müssen nur aber auch sagen natürlich, dass die Grundlage für - - Also, Zweifel kann nur dort entstehen, wo ich sensibel bin für Probleme, ja? Sonst, wenn ich keine Zweifel habe: business as usual.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und Zweifel - - Verstehen Sie?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Noch mal die Frage ganz konkret: -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - Warum gab es in Ihrer Zeit eigentlich nie das Bedürfnis, für Mitarbeiter des einfachen, gehobenen Dienstes ganz konkrete

Handreichungen zu formulieren, wann ein Selektor wie zu behandeln ist, nach der Frage: „Was sind rechtliche Hindernisse? Was sind Fragen des Auftragsprofils der Bundesregierung? Was sind sonstige politische Interessen, die heikel sein könnten?“, ja?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ich verstehe. Das hat es regelmäßig gegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines G-10-Referates haben regelmäßig Reisen in die jeweiligen Erfassungsstellen unternommen, um Schulungen durchzuführen, die genau diese Dinge zum Gegenstand hatten. Daneben gab es natürlich auch eine G-10-Anweisung, von meinem Vorgänger Herrn Dr. Fechner erlassen, die diese Dinge zunächst einmal global geregelt hat. Ich konzediere, dass sie vielleicht nicht so ausführlich gewesen ist, dass nicht im Einzelfall Fragen übrig geblieben wären.

**Christian Flisek (SPD):** Also, ich hätte anhand der Weisung viele Fragen gehabt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Gut; aber dann wäre es ja Aufgabe gewesen, das sozusagen höheren Orts vorzutragen und um Entscheidung zu bitten. Ansonsten - ich wiederhole es -: Es fanden regelmäßige Schulungen statt. Es fanden regelmäßige Schulungen statt, und zwar durch berufene Leute - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines G-10-Referates waren ja alles Volljuristen -, die genau diese Thematik vorgetragen haben in Schulungen.

**Christian Flisek (SPD):** Aber jetzt schauen Sie. Zum Beispiel - ich will jetzt noch mal auf den Punkt, den ich auch gerade angesprochen habe -: Also, Grundrechtsträger sind eben nicht immer gleich Grundrechtsträger. Wir kennen alle die verschiedenen Theorien des BND bei der Anwendung des BND-Gesetzes, und eine dieser Theorien ist die Funktionsträgertheorie. So, Sie kennen sie ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und das ist ja wirklich nicht banal - nicht? -, also zu entscheiden, wann eigentlich jemand, den ich schützen muss vom Grundgesetz her, weil G 10 - ohne - - unstrittig -,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt plötzlich nach Ihrer - - also nicht nach Ihrer persönlichen, sondern nach der Auffassung des BND in einem Kontext arbeitet, wo er auf einmal diesen Schutz verliert. Das ist ja ein Hammer - nicht? -: Jemand verliert seinen Grundrechtsschutz erst einmal. Das ist ja ein Urteil, das da gefällt wird, das kommt ja einem Richter gleich. Verstehen Sie das, was ich damit nach-

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** - - also welchen Gedankengang ich da habe?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** So, und das überlassen Sie - - oder das wird jetzt einem Mitarbeiter unten überlassen, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - der jetzt irgendwie sieht - keine Ahnung -: Da gibt es den Norbert Meyer, ohne Frage deutscher Grundrechtsträger, Deutscher. Und jetzt arbeitet der plötzlich bei so einer komischen NGO in Timbuktu, und dann ist er eben nicht mehr Deutscher, sondern nur noch Funktionsträger. So, und dann wird ein Verdikt gesprochen: Ende, aus, Schluss, du bist raus. - Und jetzt frage ich mich einfach, einfach damit ich auch da mal nachvollziehen kann, ob man in einer solchen Organisationsstruktur Vertrauen haben kann - weil die Fehler, die sind ja hinten aufgelaufen; sonst würden wir hier nicht sitzen, so ausführlich -: Welche Vorkehrungen wurden getroffen, damit eben der Mitarbeiter des BND A. B., egal welchen Rang er hat, in der Lage ist, ordnungsgemäß zu entscheiden: „Ist der Norbert Meyer jetzt zu schützen oder ist er es nicht?“ - Weil im Zweifel, wenn er keine Zweifel hat bei seiner Entscheidung, dann kommt es eben nicht zu Ihnen - verstehen Sie? -, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - dann entscheidet er. Und ich sage jetzt mal - ich stelle die These auf -: Diese Entscheidung kommt einer richterlichen

Entscheidung gleich, nämlich: Grundrechtsschutz, ja oder nein?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Nun, diese Funktionsträgertheorie war ja allgemeiner Konsens im Bundesnachrichtendienst. Über ihre Berechtigung oder nicht, kann man streiten; -

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - aber sie galt zunächst mal als Regel, galt für jeden, sodass innerhalb dieses Entscheidungsrahmens der einzelne Mitarbeiter dann durchaus befugt war, so zu entscheiden. Und wenn er denn Zweifel gehabt hätte, ob eine spezifische Tätigkeit nun wirklich diese Funktionsträgertheorie rechtfertigt oder nicht - kann ich nur wiederholen -, -

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Noch mal. Verstehen Sie mich jetzt bitte richtig.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - war er dann gehalten, diesen Sachverhalt vorzutragen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, also, natürlich stelle ich hier grundsätzlich die Berechtigung einer Funktionsträgertheorie - - Ich hinterfrage sie, sage ich Ihnen mal ganz offen. Aber unterstellt, ich lasse sie jetzt mal gelten: -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - Selbst wenn man sagt: „Das ist die herrschende Auffassung des BND“, und selbst wenn man sagt: „Das soll so sein“, dann ist trotzdem die Frage: „Wie mache ich sie handelbar?“ - und ich nehme das nur mal als ein Beispiel für die Schwierigkeit dieser Entscheidung -, nämlich die Frage: Es gibt eine Fülle von Organisationen, es gibt nicht nur Brot für die Welt, es gibt zig, alle möglichen Hilfsorganisationen, es gibt Tochterfirmen deutscher Unternehmen, wo Sie nicht wissen: „Wie sind die Beteiligungen dort?“, „Wer operiert wo?“, also juristische Personen - - Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Und verstehen Sie, allein nur diese Frage müsste nach meinem Dafürhalten, nachdem, was ich weiß, Gegenstand eines Handbuchs



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sein, das ich jedem Mitarbeiter, der die Selektorentöpfe bestellt, an die Hand gebe und sage im Sinne einer Business-as-usual-Alltagsgeschäfts-/Routineverfahrensorganisation: Guck da rein, da steht es drin! - Und nichts davon existiert. Und es sind ganz wenige Fragen offensichtlich gestellt worden, weil eben keine Zweifel da waren. Und die Probleme, am Ende betrachtet, sind die, die wir kennen. Deswegen meine Frage an Sie: Ich habe den Eindruck, dass in diesem ganzen Bereich die organisatorische Aufstellung - um es jetzt mal freundlich zu sagen - erheblich Luft nach oben hatte.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Da bin ich nicht Ihrer Auffassung.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dieses Handbuch, das Sie schildern, hätte gar nicht so umfangreich sein können, dass es alle denkbaren Fälle abgedeckt hätte. Also, ich würde eine Organisation vorziehen, die sagt: Es gibt eine generelle Regel, etwa zum Beispiel die Funktionsträgertheorie, die allgemeiner Konsens war. Hat der einzelne Mitarbeiter Zweifel, ob der vorliegende Fall sich wirklich subsumiert unter diese Theorie oder nicht, hat er das bitte an seinen Vorgesetzten zu berichten. - Das halte ich für eine sehr viel effektivere Art von Organisation, als nun ein Handbuch zu erstellen, das sowieso nie vollständig sein kann. Und alle menschliche Erfahrung zeigt auch: Wenn Sie so ein dickes Handbuch aufstellen, liest es ja sowieso niemand. Dann ziehe ich - -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja, wir reden nicht über dicke Handbücher. Noch mal, Herr Dr. Heuser: Wir reden über Verwaltungsvorschriften für komplizierte Fragen, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Christian Flisek (SPD):** - die massenhaft anfallen. Wir reden nicht - - Also, ich habe - - Für diese Organisation, die Sie gerade schildern, habe ich Verfahren, wenn das so ganz punktuelle Ereignisse sind, wo man sagt: „Hier habe ich ein paar Vorgaben, das kommt nicht so häufig vor, und wenn du dann mal Zweifel hast, dann meldest

du dich bei mir“; aber für ein Massengeschäft habe ich, sage ich Ihnen ganz offen - - überzeugt mich nicht, halte ich für - - Ja, also, ich will keine Schulnoten hier vergeben. Aber so eine Organisation angesichts der politischen Sensibilität und angesichts der Grundrechtssensibilität: Äh-äh, äh-äh. Und noch mal: Der Gedanke ist ja nicht ganz fremd dann. Plötzlich, 2013, fängt man an, sich darüber Gedanken zu machen, als das Ganze hochkocht. Da werden eigenständig Weisungen plötzlich geschrieben; dann gibt es Weisungen von ganz oben, die wieder verschriftlicht werden, ja? Also, der Gedanke selber ist ja da nicht wirklich fremd.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, die Frage ist ja, wieso - -

**Christian Flisek (SPD):** Glaubt man - ich frage Sie mal - - Hat man den Bereich überhaupt für einen Bereich gehalten, der jemals, jemals das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Natürlich nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Alles, was mit Fernmeldeaufklärung zusammenhängt, unterliegt den höchsten Geheimhaltungsgraden - aus gutem Grunde.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Aber ich verstehe den Sinn Ihrer Frage: Natürlich rechtfertigt das nicht, gegen Recht verstoßen zu handeln. Also, das Sich-darauf-Verlassen: „Das wird schon nicht an das Licht kommen“, ist natürlich keine Rechtfertigung dafür, Dinge schleifen zu lassen. Aber um die Frage konkret zu beantworten: Da konnte sicher niemand damit rechnen, dass das Ganze mal wirklich an die Öffentlichkeit kommt. Aber das ist natürlich keine Rechtfertigung, völlig klar, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Das sehe ich auch so. Aber ich bin Ihnen für diese offene Antwort trotzdem dankbar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wechseln wir?

**Christian Flisek (SPD):** Ja?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Oh, das ging diesmal schnell.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, guten Tag, Herr Dr. Heuser! - Sie haben ganz am Anfang von „Wildwuchs“ gesprochen. Und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch mal erklären würden, was Sie darunter genau verstehen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Da habe ich mich auf den konkreten Fall der Behandlung der Weitergabe von Telekommunikationsmerkmalen an Dritte bezogen. Da bestand ein - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das bitte noch mal sagen? Das habe ich nicht verstanden.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Da ging es um die sehr technische Frage: An wen sollen unter welchen Voraussetzungen Telekommunikationsmerkmale, also zum Beispiel Selektoren, E-Mail-Adressen, Telefonnummern usw., weitergegeben werden? Innerhalb des Dienstes zunächst einmal, an deutsche Behörden, eventuell andere Nachrichtendienste. Und die Situation, die ich vorgefunden hatte auch aufgrund eines Hinweises eines meiner Mitarbeiter, war, dass das irgendwo Graubereiche aufwies, dass das nicht klar geregelt war. Das habe ich zum Anlass genommen, mal eine solche Regelung zu erlassen, die diesen Bereich, soweit das möglich war, ordnete. Darauf bezog sich der Begriff „Wildwuchs“.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also darauf, wie Selektoren erstellt und weitergegeben wurden.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Erstellt nicht, sondern Weitergabe an Dritte; das war der Punkt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weitergabe an Dritte.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Selektoren, die die Abteilung TA verwaltet hat, unter welchen Voraussetzungen sind die weitergabefähig an Dritte? Das war der Gegenstand.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wer war da „Dritte“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wie gesagt, andere Nachrichtendienste, deutsche Behörden, auch andere Bereiche innerhalb des Dienstes.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Wir reden jetzt von welchem Jahr?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das muss - - Ich bin überfragt. 2011 oder 2012, ja.

(MR Philipp Wolff (BK) be-  
gibt sich zum Zeugen und  
berät sich mit diesem)

- Ja, aber gut, selbst wenn sie eingestuft war, sie ist im Grunde harmlos. Wenn Sie sie lesen, da steht nur: Weitergabe ist zulässig unter den und den Voraussetzungen, die mehr oder weniger, würde ich sagen, selbsterklärend sind. - Also, kein großes Geheimnis.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe jetzt gar nicht verstanden, was Herr Wolff gesagt hat. Deswegen kann ich mir das daraus nur ableiten. Okay.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Herr Wolff meinte, diese Weisung sei wahrscheinlich eingestuft. Aber, wie gesagt, sie ist rein technischer Natur. Sie sagt eben einfach: Weitergabefähig sind diese TKMs, Telekommunikationsmerkmale, an diesen und jenen unter den und den Voraussetzungen. - Keine großen Tiefsinnigkeiten.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wie wurden Selektoren nun erstellt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sie kamen, wie gesagt, von den auswertenden Geschäftsbereichen des Bundesnachrichtendienstes, wurden eben auf der Arbeitsebene an die Abteilung herangetragen und dann eben, wenn es denn sinnvoll war, in die entsprechenden Selektorenlisten eingetragen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und Sie haben tatsächlich keinen einzigen jemals gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wir sprechen hier von Millionen. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Umso erstaunlicher bei so einer großen Zahl. Mal welche gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber haben Sie Berichte darüber bekommen sozusagen, was nicht den einzelnen Selektor - - aber sozusagen was zielmäßig gesteuert wurde?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nun gut, das Ziel leitet sich ja aus dem APB ab: Welche Länder, welche Bereiche unterliegen der Überwachung?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Und um das dann auszufüllen, musste das eben mit Leben gefüllt werden, in der Regel durch IP-Adressen, E-Mail-Adressen, Telefonnummern oder auch Begriffe - nicht? -, das, was als Selektoren bezeichnet wird.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Klar. Aber diese Begriffe, IP-Adressen usw. haben Sie nie gesehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein. Die sind ja auch nicht allzu aussagekräftig, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Das ist nämlich mein nächster Punkt, weil Sie ja nun mathematisch vom Fach sind: Wir haben gehört, dass ein großer Anteil

vor allen Dingen dieser NSA-Selektoren nur aus irgendwie Zahlenreihen besteht.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wie zum Beispiel eine IP-Adresse, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber auch ganz andere sozusagen Zahlen, die man Hashtag-Werte - -

(Heiterkeit)

Hashwerte. Könnten Sie mir erklären, warum man Hashwerte steuert?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich kann da nur spekulieren. Der Sinn kann sein: Ein Hashwert ist, wenn Sie eine sehr große Datei haben. Und wenn Sie jetzt ein Datenaufkommen haben und Sie wollen vergleichen, ob diese Datei in dem Datenaufkommen drinsteht, ist es natürlich von der informationsverarbeitenden Seite her unmöglich, hier Tausende von Bytes miteinander zu vergleichen. Also was man macht: Man berechnet sozusagen einen Hashwert - hashen heißt ja, man komprimiert das auf ein relativ überschaubares Datum, wenige Hundert Bytes, sagen wir mal - und vergleicht diese beiden, was ja in Windeseile geht. Das kann der Sinn der Bildung eines solchen Hashwertes sein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, man kann damit eine bestimmte Datei suchen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist sozusagen ein Erkennungsmerkmal oder ein Fingerprint, wie man auch sagt, ein Fingerabdruck eines sehr großen Datenvolumens.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich verstehe. Das ist interessant. - So, und jetzt haben wir das eben schon angeschnitten, diese Frage: Können Deutsche gesteuert werden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, können Sie noch mal die Bedingungen sagen, unter denen auch deutsche Grundrechtsträger gesteuert werden können?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Soweit eine G-10-Ermächtigung vorlag. Dann ja, und nur dann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur dann?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nur dann, nur dann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst nicht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Es sei denn, es greift die eben des längeren besprochene Funktionsträgertheorie, dass ein an sich Grundrechtsträger, ein Deutscher eben nicht handelt als Person, sondern eben im Auftrag einer ausländischen Organisation, Firma, Behörde usw.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel einer EU-Institution.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, das ist die berichtigte - ich greife das auf -Funktionsträgertheorie.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber EU-Institutionen sind vorstellbar?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist durchaus denkbar. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Er handelt ja dann nicht als der Herr, ich glaube, Meyer, sagte der Herr Abgeordnete eben, sondern er arbeitet eben als Funktionsträger innerhalb dieser Behörde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Allgemeine Auffassung im Bundesnachrichtendienst, über die man diskutieren kann - aber es war die allgemeine Auffassung -, ist, dass in diesem Augenblick der Grundrechtsschutz verloren geht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch wenn ein deutscher Diplomat sozusagen im Dienste der EU dann unterwegs ist, darf man den, wenn das dem Auftragsprofil der Bundesregierung unterfällt, ohne G-10-Genehmigung steuern?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Sie spielen auf den einen auch mir bekannten Fall an. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es gibt, glaube ich, mehrere, wenn ich da recht informiert bin.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Mir ist einer bekannt. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Sie wussten, dass US-Selektoren in Bad Aibling gesteuert werden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.<sup>1</sup>

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Ihnen bekannt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das allen bekannt? Also in Ihrem Umfeld allen, die mit Bad Aibling und in Pullach - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, innerhalb der Abteilung TA sicherlich allen, die mit Bad Aibling zu tun hatten, also der Führungsebene, und

<sup>1</sup> Anmerkung des Zeugen: Die Frage der Steuerung von US-Selektoren in Bad Aibling war niemals Gegenstand der Erörterung innerhalb der Abteilung TA, und sie wurde nach meiner Kenntnis auch nicht mit der US-Seite thematisiert. Allerdings bin ich stets davon ausgegangen, dass in der

Erfassungsstelle Bad Aibling auch von NSA stammende Selektoren zum Einsatz kamen, und ich vermute, dass meine damaligen Mitarbeiter Herr D. B. und Herr W. K. dies ebenso gesehen haben, auch wenn das - wie oben bemerkt - niemals zwischen uns besprochen worden ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich den Führungskräften, die mit Bad Aibling selbst zu tun hatten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie den Kollegen D. B.?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wusste der über diese NSA-Selektoren Bescheid?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie den Kollegen W. K.?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weiß der über die NSA-Selektoren Bescheid - zu Ihrer Zeit natürlich, 2012?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Bescheid wissen in dem Sinne, dass es sie gab.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Zweifellos, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweifellos.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Mhm. - Wissen Sie das positiv, oder gehen Sie davon aus?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich gehe davon aus; aber ich bin - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das mit ihm nie besprochen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wir haben nie darüber gesprochen; aber ich bin mir dessen relativ sicher.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, verstehe. Weil einfach alle Bescheid wussten, dass das eben mitläuft.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das war ja auch Gegenstand der Kooperation in Bad Aibling.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Gab es da nicht mal in dem Zusammenhang Diskussionen: „Was steuern eigentlich die Amerikaner?“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** An Diskussionen erinnere ich mich nicht. Aber wenn ich die Frage an mich weiterspinnen darf: „Weshalb haben Sie damit nicht näher nachgeschaut?“ - ich denke, das ist der Sinn Ihrer Frage -: Sie müssen sehen, in meiner Amtszeit, das war der Höhepunkt des Afghanistan-Einsatzes der Deutschen Bundeswehr. Die Zusammenarbeit mit den Amerikanern war vital für uns. In einer solchen Situation - ich bin selbst nie auf den Gedanken gekommen; aber ich habe später, nachdem all diese Dinge hochgekommen waren, auch darüber nachgedacht - - Wenn ich auf den Gedanken gekommen wäre, zu sagen: „Ich gehe jetzt mal nach Bad Aibling und sage mal: ‚Legt mir doch mal bitte eure Selektorenlisten vor, ich habe gerade nichts Besseres zu tun‘“, dann wäre ich nach meinem Geisteszustand gefragt worden, und zwar nicht nur von den Amerikanern, sondern auch von meinen Vorgesetzten im Dienst und erst recht von meinen Mitarbeitern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Denn das hätte bedeutet, dass man eine enorme Arbeitskapazität investiert aufgrund eines zu diesem Zeitpunkt - und bedenken Sie bitte, das war ja vor den Snowden-Veröffentlichungen - nur vagen Verdachtes, nur weil man gerade nichts anderes zu tun hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich behaupte nicht, dass ich mir damals das überhaupt überlegt habe; auf den Gedanken bin ich gar nicht gekommen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Arbeitskapazität in eine solche Frage zu investieren. Ich habe mir allerdings hinterher diese Frage gestellt, naheliegenderweise. Und meine Position ist eigentlich unverändert: Angesichts der Situation damals hatten wir wirklich Besseres zu tun, als - wie gesagt, vor den Snowden-Veröffentlichungen - ohne konkreten Anlass, aus dem blauen Himmel heraus einen Verdacht zu formulieren, dessen Erhärtung eine enorme Arbeitskapazität erfordert hätte und der vor allen Dingen - und das ist das eigentlich Wichtige dabei - das Klima mit den Amerikanern ruiniert hätte.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kooperation gefährdet hätte.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** „Gefährdet“ ist ein schwacher Ausdruck.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein schwacher Ausdruck.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sie tragen ja ein ganz massives Misstrauen vor, von dem sich, wie ich gerne zugebe, hinterher herausgestellt hat, dass es durchaus berechtigt war. Aber zu diesem Zeitpunkt gab es dafür keinerlei Indizien. Sie tragen ein massives Misstrauen vor in einer Situation, wo man wirklich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, gut. Ich habe ja gelernt hier über die Jahre, dass es Freunde unter Diensten nicht gibt und dass so ein Rest an Grundskepsis irgendwie immer bleibt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also deswegen: Mir leuchtet dieser Pragmatismus ein in der Arbeitsrealität, aber trotzdem - - Ich weiß jetzt nicht, inwieweit Sie über diese Vorfälle aus dem Jahr 2005 Bescheid wissen. Aber es gab immer wieder im Bundesnachrichtendienst ja Anlass zu dem Gedanken, die Amerikaner verfolgen schon auch eigene Interessen in der Kooperation.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Zweifellos, zweifellos.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und trotzdem hat man gewusst, da wird ein zweistelliger Bereich Selektoren gesteuert, zweistelliger Millionenbereich Selektoren gesteuert, und die hat sich aber niemand richtig angeguckt. Das war so.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, was mich dabei interessiert hat, ist: Ist der Grundrechtsschutz gewährleistet? Da habe ich mich auf meine Filter verlassen. Das ist die einzige Frage, wo man hätte sagen müssen: Hier entsteht wirklich ein ernsthaftes Rechtsproblem. Alles andere, wofür sich die Amerikaner noch interessieren mögen, ist in einer Situation, wo ich eben andere Sorgen habe, dann nicht mein Thema gewesen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Solange ich mich darauf verlassen konnte, dass eben Grundrechtsschutz gewährleistet ist, dass also nicht gegen die Absprache Grundrechtsträger hier einer Überwachung zugeführt werden, musste ich das andere sozusagen, ja, hinnehmen, wie es war, weil die Alternative gewesen - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie hieß der Filter, dem Sie so vertraut haben?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und danach müssten wir wieder wechseln.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hieß der Filter, dem Sie so vertraut haben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** G-10-Filter in unserem Jargon. Also, Selektieren da - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und DAFIS war das, oder?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das Selektieren danach: Ist das Kommunikation, die von einem Grundrechtsträger ausgeht oder an ihn adressiert ist?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Letzte Frage: Aber gab es mit diesem Filter nicht auch ganz erhebliche Probleme?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Gut, vielleicht technischer Natur; -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - aber sie waren ja vorhanden, und sie haben eben, denke ich, in 99 Prozent der Fälle richtig gearbeitet. Technische Systeme arbeiten nie hundertprozentig korrekt. Es kann sein. Aber - ich erinnere mich jetzt an keinen Einzelfall - die Tatsache, dass natürlich da mal etwas - ich drücke mich mal etwas salopp aus - durchflutscht, das ist technisch begründet, das können Sie nicht verhindern. Das Wichtige ist, dass natürlich in der überwiegenden Masse der Fälle das funktioniert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Es beginnt in der zweiten Runde auch wieder die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Dr. Heuser, vielleicht können Sie noch mal - wir haben jetzt schon einiges dazu gehört, über Prüfung von Selektoren - im Zusammenhang aus Ihrer Sicht schildern, wie denn der Gang eines Selektors in Ihrem Haus war. Also, man hat irgendwie seitens des BND Kenntnis davon erlangt, entweder weil die Auswertung durch eigene Recherche den Selektor gefunden hat oder durch einen Tipp eines AND oder auf sonstige Art und Weise. Vielleicht können Sie auch zunächst was zu den Quellen sagen, was denn alles Quellen für Selektoren waren oder sein können. Also, man erlangt Kenntnis seitens des BND. Wie ging es dann weiter bis zur tatsächlichen Steuerung und bis zu einem Meldungsaufkommen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, gut. Das wurde dann zunächst an die Unterabteilung T2, Nachrichtenbearbeitung, herangetragen, die dann auch wussten, wo denn ein solcher Selektor sinnvollerweise, in welchen Erfassungskopf einzustellen

war. Es hat ja keinen Sinn, plakativ, wohl wissend, dass das niemals greifend wird, das überall einzustellen, sondern da, wo das vielleicht sinnvoll sein könnte, wenn denn überhaupt eine Chance besteht, eine solche Kommunikation einmal zu erfassen, die mit einem solchen Selektor verbunden ist. Und dann wurde das an die entsprechenden Erfassungsköpfe geleitet, die dann dort in die entsprechenden Listen eingestellt worden sind. Das war der Gang der Handlung.

Die Selektoren stammen selber aus Hinweisen anderer Nachrichtendienste, zum Teil auch aus eigenem Aufkommen. Die Abteilung TA hatte ja einen eigenen Bereich Nachrichtenbearbeitung, wo natürlich dann auch Telekommunikationsaufkommen daraufhin untersucht wurde: Sind es dann Hinweise auf Sachverhalte oder auf Personen oder Institutionen, die unter Umständen einer Überwachung zugeführt werden sollten? Auch das ist eine Quelle von Selektoren gewesen. - Das ist das, was unter dem Stichwort „Metadatenanalyse“ gefasst wird.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und wie waren denn noch mal jetzt genau die Prüfschritte? Was hat die Nachrichtenbearbeitung gemacht? Und wie - - Also, welche konkreten Aufgaben hatten welche Unterabteilungen in Ihrer Abteilung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, im Wesentlichen ist das die Unterabteilung T2, Nachrichtenbearbeitung, gewesen, die eben diese Dinge entgegengenommen hat als Forderung oder es vielleicht auch selber dann eingestellt hat. Hat die dann weitergegeben an die Erfassungsköpfe. Die sind untergeordnet der Unterabteilung T1, Erfassung. So war die organisatorische Situation.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und die konkrete Prüfung des Selektors fand dann lediglich statt bei der Erfassung und nicht bei der Bearbeitung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich denke, an beiden Stellen. Und ich wiederhole noch mal: Die erdrückende Mehrheit der Selektoren ist ja völlig unkritisch gewesen, irgendeine chemische Verbindung, irgendeine E-Mail-Adresse, irgendeine IP-Adresse. Nur die Fragen - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das bestreite ich ja auch gar nicht. Nur, mich würde jetzt für mich noch mal interessieren: Welcher Mitarbeiter entscheidet was? Was wird technisch gefiltert? Was wird von einem Mitarbeiter angeschaut?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich denke, im Wesentlichen in der Unterabteilung T2; denn das noch mal in den eigentlichen Erfassungsstellen einer eigener Überprüfung zuzuführen, wäre sicher nicht sinnvoll gewesen. Dort wurden rein DV-technische Maßnahmen vorgenommen; das heißt, ein Datum wurde in eine Liste eingetragen. Das dann noch mal einer Prüfung zuzuführen, wäre nicht sinnvoll gewesen. Also, das geschah dann in der Unterabteilung T2, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir hatten vorhin schon mal über den Bericht des PKGr gesprochen, also über die Taskforce, die die Vorgänge im BND untersucht hat. Und dort wird festgestellt mit Blick auf die Steuerung eines Teilnehmers, dass - ich zitiere - „der nachrichtendienstliche Mehrwert gegenüber dem potentiellen politischen Schaden abgewogen werden“ sollte. Ist das denn während Ihrer Amtszeit als Abteilungsleiter nicht passiert? Wurde das Aufkommen aus der Fernmeldeaufklärung regelmäßig ins Verhältnis gesetzt zu einem möglichen politischen Schaden? Gab es da Diskussionen? Wie war das?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Fälle sind ja eher selten, wo ein solcher Verdacht erhoben werden musste, dass da ein politischer Schaden entsteht. Das sind die Grenzfälle, also - was der Herr Abgeordnete Flisek gerade vorgetragen hat - Anwendung der Funktionsträgertheorie zum Beispiel usw. Aus meiner Sicht ausgesprochene Ausnahmefälle. An einen konkreten Fall erinnere ich mich nicht. Aber ich gehe einfach davon aus, dass, wenn tatsächlich eine solche Abwägung mal wirklich angesagt war, die vorgenommen worden ist an dieser Stelle, im Bereich der Unterabteilung Nachrichtenbearbeitung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Weil das ja in dem Bericht bemängelt wird. Deswegen scheint es ja da eher Defizite gegeben zu haben. Aber Sie können es auch nicht konkret machen oder konkret sagen, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich kenne keinen konkreten Fall.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - ob es stattgefunden hat; Sie können nur sagen, Sie gehen davon aus, weil Sie keinerlei Kenntnis davon haben.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wer wäre denn da dann zuständig gewesen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist eine Frage der Brisanz des Sachverhaltes. Bei höchster Brisanz des Sachverhaltes hätte man das an die Leitung des Dienstes herantragen müssen. An einen solchen Fall erinnere ich mich aber nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ist Ihnen denn die Thematik „Beifang zu Politikern von Partnerstaaten“ bekannt, zum Beispiel der Fall der US-Außenministerin 2012? Das wurde ja in einem Artikel des *Spiegel* vom 18. August 2014 erwähnt. Da soll die damalige Außenministerin Clinton in die Erfassung geraten sein. Ich kann Ihnen den Artikel auch gerne zeigen; aber vielleicht ist Ihnen der Fall auch bekannt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Es hat einige wenige solcher Fälle gegeben. Die Behandlung war dann so, dass dies dem normalen Nachrichtenbearbeitungsgang entzogen wurde, sondern direkt der Leitung zugeführt wurde, mit dem Vorschlag einer Beurteilung: sofortige Vernichtung, Verwertung in irgendeinem Sinne. Wir waren uns also der Brisanz einer solchen Situation durchaus bewusst. Es hat einige wenige solcher Fälle gegeben, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und der konkrete Fall war Ihnen bekannt. Wann wurde der Ihnen bekannt? Durch den *Spiegel*-Artikel oder schon vorher?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, noch während meiner Amtszeit, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie war denn da der Gang? Können Sie mir das vielleicht schildern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Der Gang war der, dass diese Meldungen direkt an die Leitung des Dienstes geleitet wurden.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wem ist es aufgefallen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Aufgefallen ist es in einer der Erfassungsstellen, wie immer. Die Erfassungsstellen sehen - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu meldet sich Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff (BK):** Zu dem konkreten Fall bitte lediglich in eingestufte Sitzung Stellung nehmen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Gut. Aber, wie gesagt, der organisatorische Ablauf ist der geschilderte. Das wurde dann direkt an die Leitung weitergegeben, mit der Abrede, dass dort zu entscheiden war, wie mit diesen Informationen umzugehen ist.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Mhm. - Hat man dann diesen Beifang oder Beifang dieser Art dann auch mal zum Anlass genommen, Selektoren mit Bezug zu Partnerstaaten zu hinterfragen? Hat das Diskussionen verursacht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein. Das ist, wie gesagt, eine ganz überschaubare Anzahl von Fällen gewesen, die man dann verantwortlich gehandhabt hat. Das zum Anlass zu nehmen, sozusagen das gesamte Selektorengeschäft noch mal einer Revision zu unterziehen, wäre völlig ungemessen gewesen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn jetzt Selektoren zu Partnerstaaten gesteuert waren, aus welchem Grund auch immer - Proliferation, Terrorismus usw. - und nach welcher Abwägung auch immer, haben oder hätten dann Ihre Mitarbeiter unter den Treffern politisch brisantes Aufkommen als solches erkannt? Muss man davon ausgehen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, dieses Urteilsvermögen habe ich allen meinen Mitarbeitern zugetraut.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn man dann zum Beispiel ein Aufkommen hat zu einem Botschafter eines befreundeten Staates, was ist dann passiert? Können Sie es vielleicht noch mal kurz sagen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Gut. Wenn dann tatsächlich aus einer solchen Sache eine Meldung gemacht wurde - das hängt ja auch davon ab: Ist das überhaupt von irgendeinem Interesse, was da drinsteht - - Wie dann mit der Meldung zu verfahren ist, ob die dann von den nachrichtensbearbeitenden und meldungserstellenden Teilen des Dienstes in irgendeiner Weise verwertet wird, war denen überlassen. In dem Moment, wo sie dann die Abteilung TA verlassen hat, ist ja sozusagen die Verantwortung für den Umgang mit diesen Dingen abgegeben worden an andere.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben das abgegeben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Jede Meldung wurde ja abgegeben; die blieb ja nicht innerhalb der Abteilung TA, sondern ging an die entsprechenden Geschäftsbereiche, die aufgrund ihrer Zuständigkeit mit dem Gegenstand befasst waren.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Aber Ihren Mitarbeitern wäre der Treffer schon als politisch brisant aufgefallen. Und wie hat dann der Mitarbeiter - - Hat der dann zu dem gesagt: „Ich gebe dir jetzt die Meldung, aber pass auf!“? Oder hat der das behandelt wie jede andere Meldung auch?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das kann ich jetzt im Einzelfall nicht beantworten. Ich könnte mir durchaus vorstellen - aber das ist rein spekulativ -, dass dann auch zum Telefon gegriffen worden ist und dass gesagt wurde: Guck dir mal das und jenes an. Hier liegt ein besonderer Fall vor. - Das ist aber jetzt eine Vermutung meinerseits, dass das so gemacht worden ist. Es gab dafür keine sozusagen eingespielten Verfahrensregeln. Das ist dann letzten Endes auch dem Fingerspitzengefühl des einzelnen Mitarbeiters überlassen, wie so etwas gehandhabt wird.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und die Verantwortung lag dann auch nicht bei ihm oder in Ihrer Abteilung, sondern in der - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** In dem Augenblick, wo die Meldung erstellt worden ist, ging sie ja sozusagen in die Verfügung anderer Abteilungen über.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Mhm. Ja, und was ist dann mit dem Selektor passiert, der die Meldung, die brisante, erstellt hat?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ist mir nicht bekannt, ob das dann - worauf Sie ja abheben - zum Löschen des Selektors in einem solchen Fall mal geführt hat. Ist mir kein Vorgang geläufig, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, was hätte denn damit passieren müssen? Das wäre ja dann wieder Verantwortung Ihrer Abteilung gewesen. Oder macht man sich dann keine Gedanken, wenn ich irgendeine, was weiß ich, Telefonnummer steuere, und dann merke ich: „Ups, da ist jetzt Botschafter eines befreundeten Staates - - steckt dahinter oder ist - - erscheint irgendwie in dem Aufkommen, in der Meldung“? Lasse ich den dann einfach drin, den Selektor? Oder wie gehe ich damit um? Wie hätte man damit umgehen müssen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, es gab dafür keine klare Weisungslage. In dem Moment, wo kein Grundrechtsverstoß vorlag, gab es ja keine einschlägigen Rechtsvorschriften.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Eine politische Abwägung.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Politische Abwägung: -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Oder - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - Gut, hätte stattfinden können. Ich weiß nicht, ob das im Einzelfall geschehen ist, dass dann der Mitarbeiter wirklich seinem Vorgesetzten berichtet hat: „Hier liegt also ein Selektor vor, der jedes Mal zu Problemen führt“ - der von Ihnen geschilderten Art - „Was

machen wir mit dem?“. Ob das auch mal zu Lösungen geführt hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, so was ist mit Ihnen nicht diskutiert worden oder nicht an Sie herangetragen worden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Gut, dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe auch nur noch ganz wenige Fragen. - Diesen Hinweis, den Sie bekommen haben 2011/2012, dass Selektoren zu viel geteilt werden mit ANDs, von welchem Mitarbeiter haben Sie den bekommen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Sie meinen Weitergabe von - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** „Wildwuchs“, genau, Strichwort „Wildwuchs“.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, das war eine Vorlage eines Referatsleiters innerhalb der Unterabteilung T2, der Anlass gesehen hat, sehr zu Recht, hier einmal ein Grundsatzpapier, eine grundsätzliche Weisung zu erstellen, wie mit diesen Telekommunikationsmerkmalen hinsichtlich ihrer Weitergabe zu verfahren sei. Er hat mir dann eine Vorlage gemacht, die ich mir angesehen habe, die mir sinnvoll erschien, und die habe ich dann in Kraft gesetzt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wissen Sie noch das Kürzel?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das Aktenzeichen oder so?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, des Referatsleiters.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist ein Herr G. gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ein Herr G.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut, das hilft uns wahrscheinlich weiter.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und dann habe ich einfach noch eine Nachfrage. Sie sagten, wenn man sich die NSA-Selektoren irgendwann mal angesehen hätte, also nicht nur, dass das so ein Riesenaufwand gewesen wäre, sondern dass das vielleicht auch das Misstrauen der amerikanischen Seite hervorgerufen hätte. Aber die hätten das doch gar nicht gemerkt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ohne ihre Mitwirkung, glaube ich, hätten wir das nicht zustande gebracht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Waren Sie nicht - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das wäre bestimmt aufgefallen, ja. Also, ich denke, das ist eine Art eines Umgangs mit einem anderen Nachrichtendienst, die mit Sicherheit gerade in der damaligen Situation, wo eben, wie gesagt - ich habe es ja eben gesagt -, gar kein konkreter Ansatzpunkt dafür vorhanden war, sicherlich als Vertrauensbruch angesehen worden wäre. Auch wenn sich hinterher herausgestellt hat, dass dieser Soupçon durchaus berechtigt war; aber zu diesem Zeitpunkt war das eben nicht der Fall, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber die Amerikaner hätten ja nicht gesehen, wenn mit den NSA-Selektoren irgendwas im BND passiert. Oder hatten die quasi Zugriff auch in Bad Aibling auf diesen Bereich? Also - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich denke nicht, dass wir irgendeine Chance gehabt hätten, diese Selektoren einzusehen, ohne dass die amerikanische Seite das mitbekommen hätte. Insbesondere

Konsequenzen, die wir daraus gezogen hätten, also zu sagen: Hier ist eine Liste von Selektoren, die nach unserer Auffassung dem Abkommen widersprechen. Also löscht die!

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Spätestens dann wäre das ja ruchbar gewesen, insbesondere wenn bei dieser Gelegenheit festgestellt worden wäre, dass wir das hinter deren Rücken gemacht hätten. Ist, denke ich, schon ein ziemlicher Affront.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Aber das heißt ja: In dem Moment, wo man die Kooperation eingeht, nimmt man gleichzeitig in Kauf, dass man dann nicht so genau kontrollieren kann.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nun, es gab ja ein Abkommen, aus dem hervorgeht, was beide Seiten zu leisten haben und wozu sie berechtigt sind. Und bis zum Beweis des Gegenteils geht man davon aus, dass das Abkommen eingehalten wird. Solange man keinen Anlass hat, kein Indiz dafür, dass in einem messbaren Umfang dagegen verstoßen wird, dann leitet man auch keine Überprüfungsmaßnahmen ein. Das ist einfach eine Frage des gegenseitigen Vertrauens.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das heißt, Ihnen ist auch nie eine Meldung aus den NSA-Selektoren auf den Tisch geflattert, wo Sie sich mal gefragt haben, was da möglicherweise läuft?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, das hätte ich sicherlich zum Anlass genommen, mal unter Umständen grundsätzliche Erwägungen dieser Art anzustellen, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Also, ich habe erst mal im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Kollege Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht nur ganz kurz



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch ein Aspekt. Wir haben ja - - Sie haben es ja ausgeführt, auch was mein Kollege, der Herr Flisek, gesagt hat, die Frage auch: Worauf hätte man kommen können, wo Problembereiche entstehen könnten usw.? Und ich weiß nicht, können Sie sich an eine Weisung des Bundeskanzleramts von 2008 erinnern? Da ging es auch - - außerhalb des SIGINT-Bereichs, wo es um einen Bereich einer NGO ging - - Haben solche Vorfälle bei Ihnen auch so ein Problembewusstsein ausgelöst?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich denke schon. Das war ja allen Mitarbeitern bekannt gewesen, dass gerade solche Dinge eine politische Brisanz aufweisen. Und dann wurde auch mit einer gewissen Delikatesse damit umgegangen, ohne dass das jetzt Eingang gefunden hätte in ganz konkrete Weisungen, ohne dass dieses dicke Handbuch, von dem der Herr Abgeordnete Flisek gesprochen hat, erstellt worden wäre.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich meine, ich verstehe Ihr Argument mit dem dicken Handbuch; aber es ist ja - - Es löst aber ja sozusagen umgekehrt auch wieder - - Also, die Frage ist ja: Wie löst man dieses Problem? Und sozusagen, es gab Fälle. Und ich kann nachvollziehen, als Sie vorhin gesagt haben, Sie wollen sozusagen funktionale Regelungen und wollen möglichst die Mitarbeiter empowern, diese Entscheidungen zu treffen. Aber die Frage ist eben bei den vielen Facetten, die die unterschiedlichen Auffassungen und auch die Konstellationen eben ergeben können, ob das eben auch funktioniert. Das ist ja, sagen wir mal, das, was wir so ein bisschen infrage stellen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Also, ich kann mich nur wiederholen: Die generelle Weisungslage war jedermann, der mit diesen Dingen beschäftigt war, bekannt. Das setzt einen nicht in den Stand, in einem sehr konkreten Einzelfall zu entscheiden. Dafür waren dann diese regelmäßigen Schulungen, von denen ich gesprochen habe, sehr sinnvoll. Die wurden auch wiederholt, nicht nur ein einziges Mal, alle zwei Jahre oder so, sondern in einer gewissen Regelmäßigkeit. Und dann kann ich nur darauf rekurren, wie das in jeder anderen Behörde ist: Bleiben Zweifelsfälle, ist die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter

gefordert, das Vorgesetzten zu berichten mit der Bitte um Entscheidung. So geht das in jeder anderen Behörde auch, wo Zweifelsfälle auftreten. Und darauf musste ich mich halt verlassen, dass es so gehandhabt wird. Das scheint mir auch der sinnvollere Weg zu sein gegenüber einer sozusagen proaktiven Handhabung, dass man versucht, jeden Einzelfall im Vorhinein zu klären, wohl wissend, dass diese Liste niemals vollständig sein wird, und man auch weiß, wenn man den Dienstag kennt, dass natürlich kein Mitarbeiter jemals ein dickes Handbuch studieren wird; das wird er niemals tun. Also, insofern war mir eine Verfahrensweise, die sagt: „Die generellen Regeln setze ich als bekannt voraus, die werden auch durch Schulung unterstützt; treten Zweifelsfälle auf, berichtet das eurem Vorgesetzten“, eine sehr viel sinnvollere und der Arbeit eines Nachrichtendienstes auch angemessenere Handhabung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das hört sich total überzeugend an, wie Sie das vortragen. Aber ein Grund, warum wir ja auch hier sitzen, ist, dass es am Ende - - Ist sich nicht ausgegangen, würde der Österreicher jetzt sagen, ja?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und vielleicht aber da noch mal: Bei den Schulungen - das ist ja auch vollkommen plausibel - - Aber Sie haben vorhin gesagt, das waren G-10-Schulungen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, das war der wesentliche Gegenstand. Aber da kamen natürlich all diese Fragen auf. G 10 war der Hauptgegenstand. Wie gesagt, das war ja der gefährliche Bereich, wenn Sie so wollen. Das wäre ja der Bereich, in dem Rechtsverstöße lauerten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das heißt, da musste man sich ja darum kümmern, dass das wirklich ordnungsgemäß gehandhabt wird. Ich unterstelle mal, dass natürlich dann Randbereiche, also zum Beispiel Einzelfälle der Anwendung der Funktionsträgertheorie, die ja im weiteren Zusammenhang auch zu den G-10-Regelungen gehören,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auch zur Sprache gekommen sind. Aber der Fokus lag natürlich eindeutig bei den G-10-Regelungen, weil, wie gesagt, da die Gefahr natürlich bestand, dass es zu Rechtsverstößen bei Nichtbeachtung gekommen wäre.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Ich glaube, ich würde dann gerne an der Stelle erst mal beenden. Keine weiteren Fragen erst mal. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Heuser, also für mich ist schwer nachvollziehbar, dass Sie da mehrere Jahre Chef dieser Selektoreneingabe gewesen sind und sich nicht ein Mal einen Selektor angeguckt haben. Also, dass Sie sagen, das war so schwierig, kann es eigentlich nicht sein. Wir haben ja jetzt gelernt, wir haben ja selber Selektoren gelesen. Es sind auch einige an sich verständlich und auch ganz interessant, wenn man sie so durchguckt. Dass Sie sich nicht mal sagen: So, jetzt drückt mir mal ein paar Hundert aus; ich will mal gucken, was das eigentlich ist und was da drin ist. - Sind Sie nie auf die Idee gekommen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das sollten Sie doch eigentlich beaufsichtigen; da waren Sie der Vorgesetzte.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Richtig. Aber ich hatte eben schon mal gesagt, die weit überwiegende Masse der Selektoren ist ja völlig harmlos. Wenn ich mir da ein paar Hundert angesehen hätte, dann wäre das eine langweilige Liste von irgendwelchen E-Mail-Adressen von Leuten auf der weiten Welt gewesen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich hätte daraus nichts gelernt, ich hätte daraus nichts gelernt, Herr Abgeordneter, sodass ich in einer solchen Maßnahme auch keinen Sinn gesehen habe.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber wir wissen ja inzwischen, dass die, die diese Selektoren da verwaltet haben, durchaus auch in der Lage waren, nach bestimmten Kriterien mal welche auszusuchen. Das haben die ja dann gemacht nachher, nach Snowden, und haben welche nach bestimmten Suchkriterien wiederum da ausgefiltert, also zum Beispiel EU und so was. Mal zu sagen: „Was gibt es da eigentlich zum Beispiel über Deutsche, die bei ausländischen Unternehmen tätig sind? Sucht mir die mal raus. Und mal gucken, was das so ist“ - nie auf so eine Idee gekommen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich habe die Problematik, offen gestanden, nicht gesehen, weil ich davon ausgegangen bin, dass die Bereiche, die rechtlich geregelt sind, durch entsprechende Filtermaßnahmen - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die kennen Sie auch nicht, oder?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, gut.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Rechtlich geregelt.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, die rechtlichen Regelungen kenne ich.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was denn?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich kenne das G-10-Gesetz, ich kenne die Anwendung. Ich bin selber auch häufig bei Sitzungen der G 10-Kommission anwesend gewesen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, inhaltlich.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ich kenne also das ganze Prozedere. Und die einzelnen Selektoren sind dann eigentlich von mindermem Interesse. Natürlich, gut, im Nachhinein ist man immer klüger. Man hätte natürlich sagen können, man sehe sich das mal an, aber nur unter einem sozusagen wirklich wohlformuliertem Suchkriterium.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Irgendwelche Selektoren, daran sehen Sie nichts weiter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na klar, ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Man hätte also sagen müssen: Ich sehe mir mal - wie Sie vorgeschlagen haben - solche an, die vielleicht kritisch sein könnten: EU-Institutionen, Funktionsträger und ähnliche Dinge mehr. Sind die alle korrekt? - Gut, habe ich unterlassen, muss ich zugeben, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt zu den Funktionsträgern, die werden ja von Ihnen auch immer wieder erwähnt. Sind Sie da mal auf die Idee gekommen, zu sagen: „Eigentlich müssten wir jeden Diplomaten oder Deutschen, der jetzt in einer internationalen Organisation tätig ist - - Hör mal zu, Herr Dr. Sundso,“ - das sind ja meistens gestandene Leute und Leute von bestimmtem Wissen und Relevanz - „du musst dir darüber im Klaren sein, wenn du jetzt im Ausland tätig bist, verlierst du die Grundrechte, zum Beispiel nach Artikel 10“? Musste man das denen nicht sagen? Also, ich meine, vielleicht hätte das den ein oder anderen abgehalten, sich in so eine Situation zu begeben.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, aber wäre das die Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes gewesen, die Beteiligten darauf hinzuweisen? Entschuldigen Sie, dass ich die Frage mit einer Gegenfrage beantworte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das wäre sicher eher die Aufgabe natürlich der jeweiligen entsendenden Behörden gewesen, also etwa des Auswärtigen Amtes oder weiterer Behörden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten die das?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wenn sie es wussten, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich meine, wir wissen ja beide wahrscheinlich: Wenn ein Deutscher jetzt im Inland überwacht werden soll, dann braucht man eine G-10-Maßnahme, und die muss begründet sein, dann gibt es eine Akte und einen Verdacht usw.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und selbst bei dem ist es so: Wenn die Maßnahme dann zu Ende ist, was erbracht oder nichts erbracht hat, dann muss der sogar benachrichtigt werden, dass da so was geschehen ist.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Ist mir wohl bekannt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, so ernst nimmt man das eigentlich, diesen Schutz der deutschen Grundrechtsträger.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn der jetzt ins Ausland geht und da in einer EU-Institution, bei der Deutschland das Gründungsmitglied ist und wo es überhaupt keinen Verdacht, null Verdacht gibt gegen diese Person - - Der darf dann vorne und hinten, oben und unten und ganz egal wo er sich jeweils aufhält, in welchem Ausland, voll überwacht werden. Kann doch nicht wahr sein!

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, da muss ich natürlich frecherweise sagen: Es ist nicht Stil von Nachrichtendiensten, etwaige Ziele von Aufklärungsmaßnahmen vorher darüber zu informieren, nicht? Das beantwortet nicht Ihre Frage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Sie brauchen ja nicht sagen: „Wir machen das bei dir“, nur: „Du musst damit rechnen.“

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. „Es besteht die Gefahr, es besteht die Gefahr, also sei vorsichtig mit deiner Kommunikation.“ Was natürlich in dem Fall, wo es denn etwa begründet gewesen wäre,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich eine solche Maßnahme ad absurdum geführt hätte, nicht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da hätten Sie sich dann eine G-10-Genehmigung besorgen können.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, im konkreten Fall, ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist ein Bereich, der für mich - - Für mich ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass man diese Frage in dem neuen Gesetz in keiner Weise berücksichtigt hat, also weder positiv - - Da gibt es keine Regelungen dafür. Möglicherweise gilt sie weiter.

Jetzt komme ich zu einer ganz anderen Frage: Hatten Sie nicht mal Anlass, durch Zeitungsmeldungen oder Ähnliches, als in Deutschland diskutiert wurde, ob nicht bestimmte Informationen und - man kann sagen - auch Selektoren, die Sie, also jetzt der Bundesnachrichtendienst, an die NSA, die CIA weitergegeben haben, dazu gebraucht oder missbraucht werden, auch deutsche Staatsbürger zu liquidieren, also, diese berühmten Killerdrohnen - - Da soll es ja Fälle gegeben haben, in Pakistan zum Beispiel, wo ein deutscher Staatsbürger auf diese Weise getötet worden ist, möglicherweise auf der Grundlage eines aus Deutschland stammenden Selektors.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ein solcher Fall ist mir nicht bekannt. Also, das - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Haben Sie da nie was von gehört? Also, wir haben von anderen gehört, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - auch von anderen Diensten, auch vom BfV, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die haben das in der Zeitung gelesen oder

mitbekommen, und dann haben sie sich durchaus Gedanken gemacht: Was geschieht eigentlich mit den Telefonnummern, die wir an die Amerikaner weitergeben? Werden die vielleicht für solche Einsätze benutzt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, die Weitergabe an andere Dienste wurde normalerweise mit einem sogenannten Caveat versehen. Das heißt, dass solche Informationen nicht ohne unsere Zustimmung für Targeting, also für Zielfindungsmaßnahmen, verwendet werden dürfen, es sei denn, es besteht unmittelbare Gefahr für Leib und Leben deutscher oder verbündeter Soldaten. Das war ein generelles Caveat, mit dem eine solche Weitergabe begleitet wurde. Natürlich garantiert ein solches Caveat nicht, dass dem auch Folge geleistet wird; das ist richtig, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber kennen Sie solche konkreten Fälle?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Einen konkreten Fall kenne ich nicht, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die Ihnen damals - - Sind die diskutiert worden bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ist sehr wohl diskutiert worden. Wir waren uns auch darüber im Klaren, über die begrenzte Reichweite dieser sozusagen salvatorischen Klauseln, die wir da hinzugefügt haben, also dieses Caveat im Jargon - das war uns durchaus bewusst -, sahen aber nicht, wie wir die Situation hätten verbessern können. Das geschah ja im großen Umfang zum Beispiel in Afghanistan, zur Unterstützung der dort eingesetzten Streitkräfte. Auch da stellte sich natürlich in jedem Einzelfall die Frage: Wird das eben für Targeting, wie der Jargon lautet, also für Zielfindungsmaßnahmen, missbraucht? Unsere Vorgehensweise war, so unzureichend sie sein mag, eben solche Weitergabe zu begleiten mit entsprechenden Formulierungen, wohl wissend, dass wir natürlich keine Garantie dafür haben, dass dem gefolgt wird.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir haben hier gelernt im Laufe der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz schon erhebliche Bedenken hatte und das auch dann ins aufsichtsführende Bundesinnenministerium weitergegeben worden ist, und von da ist ein richtiger Erlass ergangen: Ihr müsst sicherstellen, dass das dafür nicht benutzt wird. - Haben Sie so was auch gehabt?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein. Ich frage mich auch, wie eine solche Sicherstellung hätte aussehen können. In dem Augenblick, wo Sie eine Information weitergeben, sind Sie nicht mehr ihr Herr, nicht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn der Verdacht - ich meine, es gibt inzwischen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - besteht, darf man dann eben nicht liefern. Also, wenn ein begründeter Verdacht besteht, weil schon mal so was vorgekommen ist, muss man sagen: Hört mal, ihr kriegt nichts mehr.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Also, Anlass für eine solche Maßnahme hatten wir nie.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bünyamin Erdogan, sagt Ihnen das was? Bünyamin Erdogan?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Pakistan. Mir Ali heißt der Ort. Nein. Kennen Sie den?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Gut - oder nicht gut. - Haben Sie mal in den Akten gefunden einen Vermerk von Mitarbeitern

vom Bundesnachrichtendienst, wo gesagt worden ist: „Unsere konkrete Praxis der Weitergabe solcher Informationen oder überhaupt der Eingabe solcher Selektoren und Überprüfung von Datenfaserströmen darf auf keinen Fall - - Das größte Risiko besteht darin, dass diese Praxis dem PKGr oder sonst jemandem im Bundestag, G 10-Kommission, bekannt wird, weil, wenn die das erfahren, dann werden möglicherweise - - haben wir Ärger, werden uns die Gelder gesperrt oder sonst was“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, einen solchen Aktenvorgang kenne ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie nicht.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dass dergleichen mal in Flurgesprächen geäußert wurde, will ich nicht ausschließen, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja. Also, einen konkreten Vorgang, der dann also zu einer Entscheidung hätte führen müssen, kenne ich nicht. Aber dass so was geäußert wurde: Ja. Oder im Kantinegespräch - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie denn da reagiert? Haben Sie gesagt: „Solche Sachen müssen wir gerade mitteilen, gerade wenn für die G 10-Kommission Anlass besteht, da Konsequenzen draus zu ziehen; gerade die müssen wir mitteilen oder auch beim PKGr, da steht das sogar im Gesetz: ‚Vorgänge von besonderer Bedeutung‘“?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Nun, was an PKGr geleitet wurde, war Aufgabe der Leitung, das im Einzelfall zu entscheiden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wenn Sie - - jetzt darüber geredet wurde, haben Sie dann das weitergegeben, haben gesagt: „Liebe Vorgesetzte, entscheidet mal!“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, ich erinnere mich wohl an das ein oder andere Gespräch, aber nicht an eine klare Aussage, wie denn nun künftig damit verfahren würde. Also aus meiner Sicht ein schwebendes Problem.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber, Herr Dr. Heuser, Sie sind jetzt kein Jurist; aber da äußert jemand: „Wir machen hier Sachen, die möglicherweise rechtlich, politisch-rechtlich so zweifelhaft sind, dass wir da Ärger mit dem Parlament bekommen, welchem Ausschuss oder Gremium auch immer“, und das wird dann da erörtert, und Sie sagen selber, da müssen dann auch Konsequenzen gezogen werden, da sind Sie aber nicht zuständig, sondern die Vorgesetzten: Muss Sie das nicht alarmieren, dass Sie was machen, wo ein Verdacht gerechtfertigt sein könnte, dass Sie da was Illegales machen oder jedenfalls was vom Parlament nicht gebilligt wird, sondern unterbunden wird, zu Konsequenzen führt, dass Ihnen Gelder gesperrt werden?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, es bestand, was überhaupt das Meldungsverhalten gegenüber dem PKGr anging, ein ganz klarer Leitungsvorbehalt. Das war Aufgabe der Leitung, zu entscheiden, was im Einzelfall dem PKGr vorgetragen wurde. Und ich musste dann eben einfach natürlich mich darauf verlassen können - das habe ich auch getan -, dass das schon sowohl rechtmäßig wie im Sinne des Dienstes gehandhabt wird.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber der Kollege sagt richtig, hier wird das immer von einer Leiter auf die andere bei Ihnen da geschoben. Irgendwie verantwortlich ist da keiner. Aber müssen nicht Sie - Sie können ja gar nicht wissen, dass jetzt in der Leitung das jetzt diskutiert worden ist und gesagt worden: „Nein, nein, das ist Ordnung, die machen sich da einen Kopf, der gar nicht berechtigt ist. Das ist durch alle Gesetze gedeckt“, und so, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das war ja kein neues Problem.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sondern Sie haben dann Zweifel. Das

wird sogar bei Ihnen erörtert. Und dann müssen Sie doch sofort erst mal sagen: „Stopp, jetzt lassen wir das erst mal da oben klären, dass die das dem Parlament sagen, und dann kann das Parlament ja sagen: ‚Finden wir auch gut.‘“

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Es war ja kein neues Problem.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Und ich musste davon ausgehen, dass das im Grunde mal so oder so entschieden worden ist, und alles andere waren für mich dann wirklich Flurgespräche.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und jetzt müssten wir dann auch mal wieder wechseln. - Jetzt kommen wir nämlich in die nächste Frageunde. Ich glaube, die Fraktion der CDU/CSU hat keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herr Heuser, mir ist jetzt doch noch eine Nachfrage eingefallen. Sie sagten, dass, wenn man sich die NSA-Selektoren angesehen hätte, die Amerikaner möglicherweise dann verstimmt gewesen wären. Aber man hätte - also, so war bisher die Zeugenaussage - sich ja sowieso die NSA-Selektoren ansehen müssen. Weil bisher ist uns immer gesagt worden, dass man die wenigstens stichprobenartig und später dann auch automatisiert durchgesehen hat, ob nicht möglicherweise darunter irgendwie G-10-relevante Selektoren waren und so etwas. - Das war auch Ihr Kenntnisstand, dass man die NSA-Selektoren prüft?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, aber nach Aufkommen dieser Snowden-Veröffentlichungen, nicht? Daraufhin hat man natürlich dann nachgesehen: Was ist denn da los? Ich habe ja eben ausgeführt: Während meiner Amtszeit gab es keinen Anlass, an der sozusagen Vertragstreue der amerikanischen Seite zu zweifeln. Ganz im Gegenteil: Wenn ich eben durch eine solche Maßnahme diesen Verdacht quasi indirekt geäußert hätte, hätte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das aus meiner Sicht zu einer enormen Klimaver-schlechterung geführt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das heißt, vor Snowden-Dokumenten hat man sich tatsächlich die NSA-Selektoren nicht angesehen. Die sind geliefert worden, die sind eingestellt worden, und das war es.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay, danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Jetzt gucke ich mal zur SPD-Fraktion. - Gibt es keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Grünen. Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das liegt - wenn ich da direkt anknüpfen kann - sicherlich auch daran - Sie haben das vorhin so beschrieben -, dass man ohne Mithilfe der NSA gar nicht hätte verstehen können, was eigentlich gesteuert wird.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, auch, ja, natürlich. Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, sozusagen Filter hätten da, weil das ja häufig so Zahlenkolonnen und Hashwerte - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das gilt ja namentlich für die Hashwerte. Sie können ja aus einem Hashwert nicht die Datei, aus der er berechnet worden ist, zurückrechnen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ob die nun eine deutsche Datei ist oder eine isländische.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja überhaupt, was der Inhalt ist.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja, absolut.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dann hätte man sie fragen müssen: „Ich habe hier einen Wert von“,

ich sage jetzt mal, „einem Kilobyte Daten. Das ist offenbar ein Hashwert. Sag mir doch mal bitte, aus welcher Datei der Hashwert berechnet worden ist.“ Klar, Sie müssen wirklich die Leute dann fragen, und das hätte bedeutet, wir formulieren ein Misstrauen, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das wollte man nicht.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Verstehe. - Und trotzdem noch mal im Hinblick auf das Misstrauen, also ob man gutgläubig in dieser Beziehung war: Sagt Ihnen die Operation „Eikonal“ etwas?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie das kurz umreißen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die ist eigenstellt worden vor Beginn meiner Amtszeit als Abteilungsleiter.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Und die Wahrheit ist die: Sie ist deswegen eingestellt worden, weil sie aus Sicht der Amerikaner keinerlei Erträge gebracht hat, weil unsere G-10-Filter eben so scharf eingestellt waren.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist die Erklärung dafür gewesen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mhm. - Da würde ich Ihnen gerne einen Vorhalt machen, einen stillen Vorhalt, wie wir das nennen, weil das Dokument ist Geheim. Da geht es um eine Vorlage aus dem Jahr 2010. Ich glaube, das darf ich sagen. Ich sage mal nicht, an wen. Und da steht etwas drin; vielleicht gucken Sie sich das einmal an.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können wir die Fundestelle ganz kurz - - bevor die - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kommt sofort. - Ist kompliziert, weil es ein komischer Ordner ist. MAT A BK-14-1a, Anlage 09 aus Tagebuchnummer 139/15, und dann ist es Geheim und dann ist es Blatt 11 f., also 11 und 12. Ich bitte, kurz die Zeit zu stoppen, dass der Zeuge sich das angucken kann.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Wenn ich es richtig verstehe, kommt es aus Ihrer Abteilung.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja, Aktenzeichen ist ja TAZ, also aus meiner Abteilung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und sozusagen was dort beschrieben ist, das ist nicht Geheim, und deswegen sage ich es jetzt mal. Da geht es um einen Vorgang aus dem Jahr 2005, nämlich Eurocopter und EADS, diese Schlagworte.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Mhm.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ah, ja. Sie rekurren vor allem hier auf den letzten Satz, nicht?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Sie nicht sagen dürfen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sozusagen die Frage: War man nicht skeptisch im Hinblick auf die Freundschaftlichkeit dieses Verhältnisses, und hätte man nicht bei 12

Millionen Selektoren irgendwie eine Art der Kontrolle einführen müssen? Jetzt kann man sagen: Hinterher ist man immer klüger. Aber die Frage bei mir ist eben: War man vorher nicht schon klüger?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, also, ich denke, man hat sich wirklich darauf beschränkt, was ich eben hier auch ausgeführt habe, dass eben die G-10-Vorschriften eingehalten worden sind. Alles, was darüber hinausging, was in einem quasi Graubereich ist, europäische Firmen, Institutionen, bestand sicherlich immer der Verdacht, da interessieren sich die Amerikaner für Dinge, wo wir selber dies wahrscheinlich nicht unterstützen würden. Aber das - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber, Herr Dr. Heuser, wir haben es ja gerade miteinander bewegt. Wie wollen Sie bei Hashwerten eine G-10-Kontrolle machen?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, gut, das ist ein anderer Fall. Die G-10-Kontrolle bezieht sich ja auf Kommunikationsteilnehmer, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - und Hashwerte berechnen sich aus Inhalten, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ist richtig; aber Sie steuern halt beides.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bei beiden können dann eben G-10-Träger betroffen sein.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Gut. Aber die Hashwerte sind in dem Zusammenhang nicht das Problem, weil man ja anhand der Kommunikationsmerkmale feststellen kann: Ist hier ein Grundrechtsträger betroffen oder nicht? Das ist ja nicht eine Frage des Inhaltes.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gut, es ist sicherlich so, es sind Fälle in der Vergangenheit bekannt geworden, wo man festgestellt hat, dass die Amerikaner doch ein - ich formuliere mal sehr vorsichtig - sehr weitgespanntes Interesse haben, was sicherlich auch mindestens die Grenzen der Kooperation, die wir da eingegangen sind, gestreift hat. Die Frage, die sich dann daran anschließt, ist eben die, die Sie gestellt haben: Hätte man das zum Anlass nehmen müssen zu einer systematischen Überprüfung? Stichprobenartige Überprüfungen hätten ja wahrscheinlich kein nennenswertes Ergebnis ergeben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Hätte man das zum Anlass nehmen sollen für eine systematische Überprüfung? Und da wiederhole ich noch mal: Selbst wenn sich diese Frage mir damals in dieser Brisanz nicht gestellt hat, ich hätte es sicherlich nicht veranlasst, eben weil mir der Preis, der dafür zu entrichten gewesen wäre, zu hoch erschien.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Im Hinblick auf Ihre Aussage der Einstellung von „Eikonol“: Ist denn sozusagen vor der Einstellung, weil zu wenig rauskam, irgendwas Gravierendes passiert, dass man zum Beispiel - - Also, am Anfang gab es ja Ergebnisse, und das hat sich ja dann geändert. Also, war nicht die Veränderung der Strecken eine Reaktion auf das, was die Amerikaner schon vorher in der Beziehung „Eikonol“ - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dazu kann ich nichts sagen, weil das vor meiner Zeit stattgefunden hat. Dazu habe ich keine nähere Kenntnis.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das ändert aber nichts an meiner zentralen Aussage, dass der Grund für die Einstellung innerhalb wirklich die mangelnde Ergiebigkeit war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Die Frage ist eben, was vorher

gelaufen ist und ob man da nicht bösgläubig geworden ist und deswegen - - Genau. Aber okay, -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das haben wir an anderer Stelle mit anderen bewegt. - Noch mal im Hinblick auf diese Frage „Außenminister der USA“. Eben ging es ja nur um Beifang. Ist es vorstellbar, dass der BND die auch direkt steuert?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht vorstellbar?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, ist außerhalb des Auftrages, nicht? Das ist Überwachung von - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt mal Hand aufs Herz, Herr Dr. Heuser: Könnte es nicht sein, weil Sie haben jetzt immer die Beispiele auch mit der Funktionsträgertheorie so, dass der BND eben ganz bewusst Ziele aussucht und auch steuert, die gar nicht direkt ins Auftragsprofil fallen, aber über die indirekt interessante Ergebnisse reinspülen? Also, ich sage es mal so: Wenn ich das französische Außenministerium steuern würde, dann erfahre ich wahrscheinlich viele interessante Dinge über Afrika und spare mir teure Übersetzungsarbeit und liege mit den Infos, die ich bekomme, voll im Auftragsprofil. - Also, ist nicht eine solche Steuerung solcher Selektoren vorstellbar?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, weil sich ja jedermann, angefangen von der Leitung bis zum Sachbearbeiter, der Brisanz eines solchen Vorgangs bewusst gewesen wäre. Und dann dieser indirekte Rekurs auf das APB:

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, schön wäre es  
gewesen!)

Informationen über Afrika, hätte das sicherlich nicht gerechtfertigt. Also, das ist, denke ich, das ist nicht - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie schließen aus, dass Mitarbeiter des BND das machen würden, weil es offenkundig ist, dass das rechtswidrig ist?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Diese Verantwortung will da keiner übernehmen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben wir nachher noch in nichtöffentlicher Sitzung spannende Stunden miteinander.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Jetzt gucke ich mal in - - Kollege Ströbele hat noch Fragen. - Eigentlich jetzt nicht mehr. Ich weiß nicht, ob andere Fraktionen noch Fragen stellen möchten. - Dann würde ich einmal ganz kurz der Fraktion Die Linke das Wort geben, und dann ist noch Kollege Ströbele dran. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, ich möchte nur noch mal eine Nachfrage stellen, weil Sie jetzt mehrfach darauf abgehoben haben, dass Sie auch bei den Hashwerten deshalb nicht nachgefragt haben, weil die Amerikaner ja dann gebeten hätten werden müssen, zu sagen, was sich dahinter verbirgt, und das wollten Sie vermeiden wegen Unstimmigkeiten. Aber es sind doch auch andere Telekommunikationsmerkmale offenbar gesteuert worden von der NSA, also sprich Telefonnummern oder Mail-Adressen. Da hätten Sie doch prüfen können, ohne dass die Amerikaner das mitbekommen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, aber spätestens dann, wenn es zu Maßnahmen von unserer Seite geführt hätte, also einer Bitte, die Selektoren herauszunehmen, spätestens dann wäre ja der Vorgang einer solchen unter Umständen heimlichen Überprüfung bekannt geworden. Und ich habe ja nun mehrfach versucht, zu erläutern, weshalb ich das für äußerst inopportun gehalten hätte.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, nur, wenn ein Selektoreneinsteller - ich verwende jetzt mal diesen untechnischen Begriff - sieht, da ist eine Vorwahl meinerseits von Frankreich, und das ist dann das Europaparlament oder irgendetwas, da hätte man doch wenigstens da mal nachgucken

können und sagen können: Ist das nicht irgendwie ein bisschen eigenartig, dass hier das Europaparlament gesteuert wird oder die Regierung?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, aber das setzt ja voraus, dass Sie systematisch die Selektorenliste durchsehen daraufhin, ob solche Dinge da vorliegen. Denn das ist ja der bei weitem kleinere Anteil. Das heißt, bevor Sie überhaupt auf solche Treffer stoßen, müssen Sie ja systematisch die Selektoren alle durchgehen. Das heißt, Sie müssen eine große Aktion durchführen - ob Sie das schaffen hinter dem Rücken der Amerikaner, wage ich zu bezweifeln; ich würde sagen, das wäre nicht möglich gewesen -, bevor Sie überhaupt auf solche Dinge stoßen. Und bereits eine solche Aktion - abgesehen davon, dass sie eben eine ungeheure Arbeitskapazität erfordert hätte - ohne Anlass - ich wiederhole es -, ohne einen konkreten Verdacht - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Es gab ja offenbar Anlass, das zu prüfen.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Bitte?

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Es gab ja offenbar Anlass; sonst hätten wir jetzt nicht die ganzen - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, einzelne Fälle, die damals ja auch schon weit in der Vergangenheit zurücklagen. Wie gesagt, versetzen Sie sich bitte in die Situation des Jahres 2012. Wir haben dort vertrauensvoll zusammengearbeitet. Wir hatten größten Bedarf an Unterstützung durch die NSA in Afghanistan. Jede Maßnahme, ohne dass nun wirklich eine belastbare Verdachtssituation da gewesen wäre, einfach nur, weil man mal sagt: „Na ja, wir müssen der Sache doch mal nachgehen“, die auf der anderen Seite auch sehr viel Arbeitskapazität bei meinen Leuten erfordert hätte, wäre auf größtes Unverständnis gestoßen, wie gesagt, nicht nur bei den Amerikanern, auch bei meinen Vorgesetzten und bei meinen Mitarbeitern.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, nur noch mal zur Klärung: Die Treffer auf NSA-Selektoren, wo gingen die hin? Gingen die auch an den BND,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder gingen die ausschließlich an die Amerikaner?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nach meiner Kenntnis ausschließlich an die Amerikaner. Ja, ja, ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sodass der BND auch nicht bei Treffern sehen konnte, dass da Missbrauch getrieben wird?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Also, mir ist von keinem Fall mal bekannt geworden, dass mir jemand gesagt hätte: „Sehen Sie mal, da hat die NSA irgendeinen Selektor eingestellt, der bezieht sich auf“, sagen wir mal, „eine europäische Institution oder so, da ist eine Erfassung vorgenommen worden.“ Ein solcher Fall ist mir nicht bekannt, ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann ist jetzt der Kollege Ströbele dran.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Drei Fragen. Die erste: Woher kommt eigentlich diese Furcht, Angst, dass die Amerikaner so schrecklich reagieren, wenn Sie sagen: „Wir nehmen die 100 oder 1 000 oder 10 000 Selektoren von euch da raus“? Hatten Sie da irgendeinen Anlass, oder was war das für ein Verhältnis? Weil ich will Ihnen auch sagen, warum ich die Frage stelle, ganz abgesehen von allgemeinen Gründen: Wir haben hier gehört, es sind ja nachher 40 000 oder wie viel Selektoren rausgenommen worden der Amerikaner, und das haben die den Amerikanern dann - also Ihre Kollegen, die dann später das gemacht haben - auch mitgeteilt, und die haben das zur Kenntnis genommen und haben sich überhaupt nicht darüber aufgeregt, und es gab kein böses Wort, und es wurde auch nicht verboten, dass man da in die Blechbüchse kommt oder so was.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Aber, Herr Abgeordneter - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, woher kam Ihre Angst, dass das Verhältnis da völlig kaputtgeht?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Herr Abgeordneter, Sie müssen sich doch die völlig veränderte Situation vorstellen. Nach diesen Snowden-Publikationen war es doch jedermann klar, natürlich auch der amerikanischen Seite, dass wir uns jetzt mal genau ansehen, was da in Bad Aibling vorgegangen ist, und dass wir die Selektoren daraufhin überprüfen, ob da Dinge drin sind, die nicht dem Abkommen entsprechen. Und dass man dann natürlich fündig wird und entsprechende Maßnahmen ergreift, ist ja das Natürlichste von der Welt. Da sprechen wir aber sozusagen post factum, nach der Snowden-Veröffentlichung.

Das, was Sie mir vorhalten, ist ja ein Vorgang, der sozusagen ohne jeden Anlass, aus dem blauen Himmel stattgefunden hätte, ohne dass ich irgendeinen Grund hätte dafür angeben können, weshalb ich jetzt eine solche groß angelegte Aktion starte, ja auch Ressourcen dafür einsetze. Da wäre ich in eine enorme Erklärungsnot geraten. Die Situation ist doch unvergleichbar, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber Ihre Kollegen haben gesagt, sie brauchten überhaupt keine Erklärung dazu abgeben. Sie waren - - Also, kann man - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, nach den Snowden-Veröffentlichungen war das doch völlig klar, dass man sich dafür interessiert. Meine Situation wäre doch gewesen, ich hätte das völlig anlasslos gemacht. Das ist doch der Unterschied.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kann man das so zusammenfassen: Snowden hat die Amerikaner diszipliniert?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein, ich würde es anders sagen: Nach diesen Dingen war die Motivation, weshalb wir auf unserer Seite dann diese Untersuchung vorgenommen haben, völlig klar. Ich wäre ja in einer Situation gewesen, sozusagen erklären zu müssen, weshalb ich jetzt plötzlich diese Maßnahmen ergreife. Und das hätte sicherlich eine andere Reaktion hervorgerufen. Ich meine, das ist weitgehend Psychologie, wenn Sie so wollen, Amateurpsychologie; aber im Verhältnis zwischen Nachrichtendiensten spielt das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchaus auch eine Rolle. Und mir war sehr daran gelegen, das gute Verhältnis zu den Amerikanern nicht zu stören, wie gesagt, in einer Situation auf dem Höhepunkt des Afghanistan-Einsatzes.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die zweite Frage war jetzt: Sie sind ja am 01.12.2012 ausgeschieden.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es dafür einen besonderen Grund?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das hatte rein persönliche Gründe. Während der dreieinhalb Jahre meiner Amtszeit in Pullach bin ich immer gependelt. Ich lebe in der Nähe von Köln. Und es war eine Zusage, wenn Sie so wollen, gegenüber meiner Frau, dass ich diesen Zeitpunkt auf ein vernünftiges Maß begrenze. Das waren rein persönliche Gründe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, da wollen wir uns nicht einmischen. - Letzte Frage jetzt: Waren Sie auch zuständig für die Kooperationen und Anbahnung von Kooperationen mit anderen Partnern als NSA?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja. Mit allen Nachrichtendiensten, mit denen die TA kooperierte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wie viele solcher Kooperationen Sie in die Wege geleitet oder vereinbart haben?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, durchaus.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel ungefähr?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Die Abteilung TA - - Kann ich die Zahl nennen?

**MR Philipp Wolff** (BK): Nein.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Nein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mehr als zehn oder weniger?)

Also, es ist eine zweistellige Zahl.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweistellig.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** So viel darf man sagen. Ja. - Ich kann gerne was dazu sagen: Das liegt in der Natur der Dinge. Fernmeldeaufklärung ist heute eine Sache, die in vielen Fällen nur noch in internationaler Kooperation zu leisten ist. Das hat zu tun einmal mit technischen Gegebenheiten; das hat aber auch zu tun natürlich mit den begrenzten Ressourcen, die ein Dienst wie der Bundesnachrichtendienst zur Verfügung hat. Das heißt, diese Kooperation ist also nicht etwas, was man sozusagen macht deswegen, weil das Spaß macht, mal irgendwo hinzureisen, sondern weil es geboten ist aufgrund der Notwendigkeit und der Auftrags Erfüllung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Werden wir ja gleich noch in der nichtöffentlichen Sitzung näher besprechen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da gehört es, glaube ich, hin. - Und jetzt hat der Kollege von Notz noch eine Frage.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur eine Nachfrage, Herr Dr. Heuser. Sie haben gesagt, dass Hashwerte eingesetzt werden, auch um große Datenmengen -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Erkennbar zu machen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zu komprimieren und dann erkennbar zu machen, um sie steuern zu können.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es auch vorstellbar, dass man kleine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Datenmengen - - für die einfach einen Hashwert benutzt, um sie zu verschlüsseln?

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Dann müsste man die Daten ja ersetzen durch diesen Hashwert; -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - sonst hätte man ja keine Verschlüsselung. Das würde ich im Einzelfall nicht ausschließen. Das entspricht aber nicht der Intention eines Hashwertes. Das hat dann einen anderen Charakter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist halt die Frage, da Sie die amerikanischen Selektoren nie angeguckt haben. Nur, wir wissen, dass ein Großteil dieser Selektoren eben nicht erkennbar, nicht lesbar war. Und deswegen: Wir haben uns ja von Anfang an immer gewundert, dass die Amerikaner so bereitwillig all diese Selektoren, die ja kleine Geheimnissen sind und irgendwie das Auftragsprofil der USA verraten, teilen. Und das wäre ja vielleicht ein Lösungsansatz, wenn man eben in der Lage wäre, einen Selektor zu verschlüsseln, indem man einfach einen Hashwert daraus macht.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das würde aber - was ich jetzt sage, ist rein spekulativ -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** - voraussetzen, dass im Arbeitsprozess, wenn der Selektor wirklich eingesetzt wird, man ihn natürlich entschlüsselt haben muss; denn sonst greift er ja nicht. Stellen Sie sich vor, Sie haben eine IP-Adresse, die suchen Sie in einem Datenstrom. Wenn Sie die aber verschlüsselt haben, dann geht das ja ins Leere. Sie müssen also im Arbeitsprozess, also während des Datenverarbeitungsprozesses, dieses Datum sozusagen wieder entschlüsseln und dann einsetzen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das leuchtet mir ein. Könnte es sein - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Das wäre sehr aufwendig, würde ich aber von der Prinzipseite her nicht ausschließen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es könnte sein, dass man - -

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Wäre denkbar bei entsprechender Rechenkapazität. Denkbar.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch ein ganz interessanter Gedanke. Ganz herzlichen Dank.

**Zeuge Dr. Ansgar Heuser:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, ich gucke mal in die Runde. - Ich sehe wohl keine Fragen mehr, die in öffentlicher Sitzung an unseren Zeugen gestellt werden können. Damit sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung.

Ich schlage für die weitere Vernehmung von Dr. Heuser folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Heuser am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich hatte es gerade gesagt, wir sind am Ende des öffentlichen Teils der Beweisaufnahme. Herr Dr. Heuser, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben. Es schließt sich jetzt die nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Vernehmung an. Dafür bitte ich Sie sich bereitzuhalten. Wir machen das so zügig, wie es nur geht.

Ich danke der Öffentlichkeit für die Teilnahme an dieser Sitzung, wünsche allen noch einen guten Abend, eine gute nachträgliche Berichterstattung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses ist am Donnerstag, 1. Dezember 2016. Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen. Herzlichen Dank. Schönen Abend noch!

(Schluss des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 17.15 Uhr -  
Folgt Sitzungsteil  
Zeugenvernehmung, Streng  
Geheim)

# **ANLAGE 1**

Dr. Ansgar Heuser  
Bundesnachrichtendienst  
Gardeschützenweg 71 – 101  
12203 Berlin

17.12.2016

Deutscher Bundestag  
Sekretariat PA 25  
Dorotheenstraße 88  
10117 Berlin

Betr.: Stenografisches Protokoll der 118. Sitzung des  
1. Untersuchungsausschusses am 24. November 2016  
Bezug: Ihr Schreiben PA 25 -5503 vom 29. 11. 2016  
Anlage - 1 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

bis auf die in der Anlage (s.d.) formulierte Präzisierung bestehen von meiner Seite keine weiteren Korrektur- oder Ergänzungswünsche.

Mit freundlichem Gruß



**Seiten 80 f. des Protokolls**

**hier:**

**Präzisierung meiner Aussage zur Frage**

**MdB Dr. von Notz: „ ... Sie wussten, dass US-Selektoren in Bad Aibling gesteuert wurden?“**

**und zu anschließenden diesbezüglichen weiteren Fragen**

Die Frage der Steuerung von US-Selektoren in Bad Aibling war niemals Gegenstand der Erörterung innerhalb der Abteilung TA, und sie wurde nach meiner Kenntnis auch nicht mit der US-Seite thematisiert.

Allerdings bin ich stets davon ausgegangen, dass in der Erfassungsstelle Bad Aibling auch von NSA stammende Selektoren zum Einsatz kamen, und ich vermute, dass meine damaligen Mitarbeiter Herr D.B. und Herr W.K. dies ebenso gesehen haben, auch wenn das – wie oben bemerkt – niemals zwischen uns besprochen worden ist.